

Kommunikationskonzept Kernenergie - Strategie, Argumente und Maßnahmen

für die [REDACTED] GmbH

Berlin, 19. November 2008

Ansprechpartner:
[REDACTED]

Inhaltsverzeichnis

Management Summary 5

1 Methodik 9

1.1 Informations- und Ideensammlung 9

1.2 Analyse und Strategie 10

2 Einschätzung zur politischen und öffentlichen Diskussion 11

2.1 Politische Situation 15

 2.1.1 CDU/CSU 15

 2.1.2 FDP 17

 2.1.3 SPD 18

 2.1.4 Bündnis 90/Die Grünen 20

 2.1.5 Die Linke 22

2.2 Rolle der Medien 22

2.3 Öffentliche Meinung 25

2.4 SWOT-Analyse 29

3 Empfehlungen für eine Kommunikationsstrategie 30

3.1 Strategie und Kernbotschaften 30

 3.1.1 Versorgungssicherheit und Klimaschutz 31

 3.1.2 Lösung für ein Endlager vorantreiben 33

3.2 Szenarien Public Affairs 34

 3.2.1 Szenario 1: Reaktive Begleitung 35

 3.2.2 Szenario 2: Argumentative Unterstützung von CDU/CSU und FDP 36

 3.2.3 Szenario 3: Aktive grenzüberschreitende Kommunikation 37

3.3 Zusammenfassung und Fazit für eine Kommunikationsstrategie 38

4 Argumentationslinien 42

4.1 Versorgungssicherheit und Klimaschutz 42

 4.1.1 Argumentationslinie 42

 4.1.2 Klimaschutzziele der Bundesregierung 43

 4.1.3 Versorgungssicherheit 2020 44

 4.1.4 Beispiel virtuelles Kraftwerk 49

4.1.5 Beispiel Kraft-Wärme-Kopplung	50
4.2 Lösung eines sicheren Endlagers	52
4.2.1 Situation	52
4.2.2 Argumentationslinie	52
4.2.3 Die Suche nach einem Endlager	54
4.3 Energiesicherheit und Geostrategie.....	60
4.3.1 Argumentationslinie	60
4.3.2 Erdgas	61
4.3.3 Andere Förderregionen für Erdgas.....	63
4.3.4 Alternative Uran	65
4.4 Deutsche Technologieführerschaft	66
4.4.1 Argumentationslinie	66
4.4.2 Internationale Sicherheitsstandards.....	67
4.5 Kernenergie als Preisdämpfer	70
4.5.1 Argumentationslinie	70
4.5.2 Gestehungskosten	70
4.5.3 Großhandelspreis (EEX).....	72
4.6.4 Kundenpreis	74
4.6 Kernkraft als sichere Energieform.....	76
4.6.1 Argumentationslinie	76
4.6.2 Strahlungsbelastung und Krebsrisiko	77
4.6.3 Sicherheitskonzeption	78
4.6.4 Terrorismus	79
5 Maßnahmen und Formate	81
5.1 Plattformen.....	81
5.1.1 Klassische Formate für die Zielgruppe Politik	82
5.1.2 Erweiterte Formate für die Zielgruppen Politik und (Fach-)Öffentlichkeit	85
5.1.3 Etablierte Formate	86
5.1.4 Neue Formate	89
5.2 Veröffentlichungen	93

5.2.1 Neue Formate 94
5.3 Beispiel für einen möglichen Maßnahmen-Plan zum Thema Endlager 96
5.4 Beispiel für einen möglichen Maßnahmen-Plan zum Thema Klimaschutz..... 97
7 Auswahl: Zielgruppen, Multiplikatoren und wichtige Stakeholder 100
8 Anhang 105

Management Summary

Das Gesamtziel der vorgelegten Strategie ist es, die politisch-öffentlichen Debatte um die Verlängerung der Restlaufzeiten deutscher Kernkraftwerke positiv zu beeinflussen – unter der Prämisse dabei die Reputation von [REDACTED] zu wahren und auszubauen. Dem Gesamtziel vorgelagert sind operative Teilziele:

- die Kernenergiebefürworter mit Argumenten mobilisieren und bestmöglich versorgen,
- Brücken schlagen zu den Gegnern durch proaktive Positionierung zu zentralen Themen der Kernkraft,
- die gegenüber der Kernenergie unentschlossenen Bevölkerungsteile überzeugen.

Die Kernkraft und die Diskussion um die Verlängerung der Restlaufzeiten in Deutschland ist eines der kontroversesten politischen Themen überhaupt. Mit dem Aufkommen der Klimaschutzdebatte und weiter steigenden Energiepreisen gelangte die Kernkraft 2006 wieder auf die politische Agenda. Nach den Vorfällen in Krümmel und Brunsbüttel 2007 brachte die Dena Anfang 2008 die im Fall des Atomausstiegs drohende Stromlücke ins Gespräch, was der Kernkraft wieder Auftrieb bringt. Die Befürworter wittern Morgenluft, stoßen aber auf eine harte Linie von Gegnern. Die Diskussion um Asse II oder die Störfälle im französischen Tricastin sowie jüngsten Ausschreitungen bei den Castortransporten bestätigen dies.

Die extreme Politisierung des Themas verhärtet die politischen Fronten. Der Wahlkampf wird diese Tendenz verstärken. So ist ein Kompromiss für eine Laufzeitverlängerung im Fall einer Neuaufgabe einer Großen Koalition unmöglich. Ein Kompromiss würde für die SPD als „Umfallen“ gewertet. Auch als Verhandlungsmasse bei anderen strittigen Fragen ist das Thema Laufzeitverlängerung nach Aussagen aus der SPD-Fraktion und dem Bundesumweltministerium damit unbrauchbar. Die Union befürwortet die Laufzeitverlängerung in der Öffentlichkeit, um ihr Profil zu schärfen. Sie ist sich gleichzeitig der Gefahren einer „öffentlich ausgetragenen Schlacht“ bewusst: Beim kleinsten Störfall wird der Union das Wahlkampfthema Kernkraft am Wahltag auf die Füße fallen; zudem mobilisiert das Thema die Anhänger von Grünen und SPD.

Die Thematisierung der Kernenergie im Wahlkampf ist also nicht im Sinne von [REDACTED]

[REDACTED] So bleibt nur die Möglichkeit, die wahlkampfstrategischen Gegebenheiten zu akzeptieren und die Befürworter in der Wahlkampfphase argumentativ so auszurüsten und zu informieren, dass eine scharfe emotionale Debatte unterbleibt und Brücken ins andere Lager nicht eingerissen, sondern erhalten werden. Dies gelingt nur,

- wenn [REDACTED] konsequent und beharrlich mit dem Argument Klimaschutz und Versorgungssicherheit den Schulterschluss zwischen Kernkraft und erneuerbaren Energien (EE) betont. Diesen Kurswechsel hat [REDACTED] etwa mit dem Ausbau seiner EE-Sparte bereits eingeleitet, aber auch mit seinen Kampagnen für EE-Projekte und die „ungeliebten Klimaschützer“. Der Kurs sollte mit voller Kraft verfolgt werden, um Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu erzeugen und dem Wahlkampf die Schärfe zu nehmen.
- wenn das für die öffentliche Meinung strategisch entscheidende Thema Endlager offensiv kommuniziert wird. Mit oder ohne Atomausstieg: Deutschland braucht ein sicheres Endlager [REDACTED] sollte dieses Thema umfassend besetzen, steuern und sich so der Unsicherheit in der Bevölkerung annehmen. In jeder Debatte und bei jedem Kontakt wird betont, dass der Betrieb eines sicheren Endlagers unumgänglich ist, und dass die Lösung für ein sicheres Endlager mit Gorleben womöglich in einigen Jahren greifbar ist.

Bereits in vorangegangenen Analysen hat PRGS festgestellt, dass es den großen Block der gegenüber der Kernkraft Unentschlossenen zu gewinnen gilt. Ein nachhaltiger Wandel der öffentlichen Meinung gelingt jedoch nur über vertrauensbildende Maßnahmen, wie sie in den beiden Kernbotschaften formuliert werden. Vor allem mit diesen beiden Themen kann [REDACTED] auch die emotionalen Bedürfnisse in der Bevölkerung befriedigen, Ängste und Unsicherheit nehmen. Als Variante bietet sich aber auch an, etwa beim Thema Geostrategie/Importabhängigkeit die Ängste vor einer russischen Dominanz zu nutzen. Nur mit der Kombination von Emotion und Argumentation gelingt ein Wandel in der öffentlichen Meinung, gelingt Vertrauensbildung.

Um das Gesamtziel zu erreichen, schlägt PRGS eine zeitlich abgestimmte Strategie vor, die sich den Teilzielen widmet.

- Im ersten Quartal 2009 werden die politischen Reihen der Befürworter, insbesondere im bürgerlichen Lager bei CDU/CSU und FDP geschlossen. Bis dahin sind die von PRGS vorgeschlagenen Argumentationslinien für [REDACTED] weiter elaboriert und in politische Papiere überführt. Des Weiteren unterstützt PRGS [REDACTED] bei der Organisation einer Reihe von Gesprächen. Im Großteil handelt es sich um Fachgespräche mit einzelnen Abgeordneten bzw. Vertretern der Ministerien. Darüber hinaus werden Gespräche gebündelt, etwa in Sitzungen mit den Involvierten Arbeitskreisen der Parteien. Der Ansprechpartner soll dadurch in seinem energiepolitischen Weltbild bekräftigt und für die anstehenden Debatten argumentativ aufgerüstet werden. Die Argumentationslinien sind in drei Prioritätskategorien eingeteilt (vgl. Kapitel 4).
- Ab Quartal 2/2009 beginnt [REDACTED] mit der Besetzung von öffentlichen Teildebatten zur Kernkraft. Nach interner Vorbereitung, informellen Vorabstimmungen mit Partnern in Politik, Wirtschaft und Medien und einer letzten Bewertung der öffentlichen Diskussion werden die beiden Bereiche „Klimaschutz und Versorgungssicherheit“ und „Endlager“ besetzt. Dies geschieht durch eine „leise“ Kommunikationskampagne (viel „Aufklärungsarbeit“ mit den Medien bzw. diskrete PR) und begleitende Formate (z.B. Streitgespräche auf verschiedenen Ebenen oder Grassroots-Aktivitäten). Zum einen wird dabei in der Verknüpfung Klimaschutz/Energieversorgung (positiv besetzt) Zustimmung gesammelt, zum anderen die offene Flanke (Endlager) durch glaubwürdiges Engagement geschlossen und den Gegnern ein zentrales Argument geraubt. „Laute“ PR mobilisiert hingegen die Gegner unnötig (vgl. hierzu das Anti-Campaigning von Greenpeace im November 2008 auf die Initiative von Vattenfall „Verbraucher gegen den Klimawandel“, die in „Mit Vattenfall ins Klimachaos“ umgewandelt wurde).

Grundsätzlich gilt zweierlei:

- Eine politische Diskussion zur Kernenergie wird im Bundestagswahlkampf 2009 stattfinden.
- Eine einvernehmliche Einigung aller am politischen Prozess Beteiligten ist unmöglich.

Emotional besetzten Themen wie die Kernkraft bergen immer die Gefahr, dass sie aufgrund externer Ereignisse (z.B. Schadensfall in einem osteuropäischen Kraftwerk) an Dynamik gewinnen. Das Konzept orientiert sich am Machbaren. Es ist glaubwürdig und lenkt Aktivitäten gezielt dahin, wo sie ein Maximum an Wirkung erzielen.

1 Methodik

Die Mitglieder des PRGS-Energieteam verfügen über jahrelange Erfahrung im energiepolitischen Bereich. Durch ihre Erfahrung, etwa durch die Tätigkeit in einem Energieverband oder auf Europäischer Ebene in Brüssel, bringen sie die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Strategieentwicklung mit: Eigene Expertise, die es ermöglicht, politische Sachverhalte zu erfassen und ausgewählte Akteure, Argumente und Maßnahmen kritisch zu hinterfragen.

1.1 Informations- und Ideensammlung

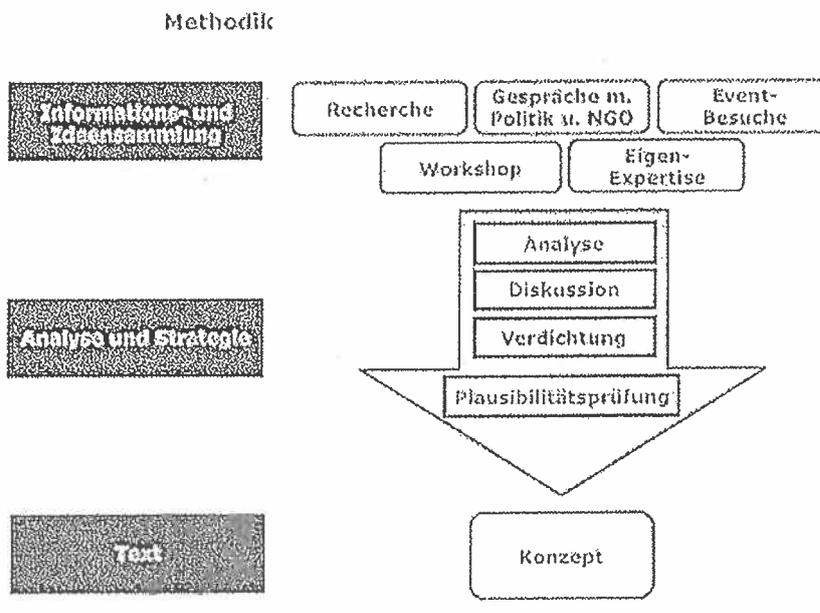
Grundstein der Konzepterstellung war die umfangreiche Recherche in Datenbanken und bereits vorliegenden Informationsmaterial. Neben den Verlautbarungen der involvierten Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, NGO und Öffentlichkeit wurden ebenso die zentralen Medien auf ihre Berichterstattung hin untersucht. Um diese Ergebnisse einer Plausibilitätsprüfung zu unterziehen, wurden mehrere Hintergrundgespräche und interne Diskussionen geführt.

PRGS führte zahlreiche vertrauliche Gespräche mit Vertretern aus Politik, Energiewirtschaft und Medien. Diese sollten die Informationssammlung ergänzen und wertvolle Einschätzungen zu Teildebatten liefern. Gespräche wurden durchgeführt u.a. mit Journalisten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, des Handelsblattes, der Wirtschaftswoche und der Welt. Ebenso erhielt PRGS wichtige Hinweise über die bisweilen differenzierten Einstellungen etwa von Umwelt-NGO (WWF, Greenpeace) oder Verbänden aus der EE-Branche (BEE, BWE). Im Bundestag wurden (auch ehemalige) Abgeordnete und Mitarbeiter der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Grünen angesprochen, die einen direkten Bezug zur Kernkraft hatten, etwa zur Endlagerproblematik. Selbstverständlich wurden diese Gespräche ohne Nennung [REDACTED] oder des Auftrags geführt.

Darüber hinaus nahmen Teammitglieder an ausgewählten Energieveranstaltungen im politischen Berlin teil. Dies diente zum einen dazu, einen direkten Eindruck über die (Teil-)Diskussionen zu bekommen (Aufnahme von Argumenten, „Stimmung“ im Plenum oder auf dem Podium etc.), zum anderen sollten aber die Formate gezielt dahingehend analy-

siert werden, ob diese für die Kernkraft-Debatte und eine Einbringung der [] geeignet erscheinen.

Als zentraler Teil der Ideensammlung wurde am 4. November 2008 in Berlin ein Kreativ-Workshop mit Vertretern des PRGS-Belrates, PRGS-Mitarbeitern und Externen für bestimmte Teildisziplinen (z.B. strategische Medienarbeit oder Lobbying) durchgeführt. Schwerpunkt war die Diskussion von möglichen Argumentationslinien, die sowohl von Befürwortern, als auch Gegnern der Kernkraft ins Feld geführt werden. Die ausgewählten Argumente wurden priorisiert, den Akteuren zugeordnet und mit Maßnahmen versehen.



1.2 Analyse und Strategie

Im Analyse und Strategieteil wurden die gesammelten Erkenntnisse zu den drei zentralen Blöcken Argumente, Akteure und Maßnahmen gewichtet und weiter verdichtet. In einem fortwährenden Diskussionsprozess wurde das Für und Wider der einzelnen Bestandteile hinterfragt und einer Plausibilitätsprüfung unterzogen. Hierzu wurden auch Externe und

Fachfremde hinzugezogen, um sicherzustellen, dass nicht etwa „Fachblindheit“ Ergebnis und Konzepterstellung beeinträchtigt.

Die einzelnen Bestandteile wurden daraufhin zusammengeführt und in zwei unabhängigen Diskussionsgruppen vorgestellt. Einwände und Ergänzungen wurden bewertet und aufgenommen. Das nun vorliegende Papier stellt das Ergebnis dieses Prozesses dar.

2 Einschätzung zur politischen und öffentlichen Diskussion

Klimaschutz steht auf der politischen Agenda ganz oben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nutzt das Thema, um sich in den letzten Monaten verstärkt in der Energiepolitik vom Koalitionspartner SPD abzusetzen. Seit der Klausurtagung der CDU/CSU-Fraktion vom September 2008 hat die Intensität noch einmal zugenommen. Neue Nachrichten über die Beschleunigung des Klimawandels durch den Weltklimarat, steigende Rohstoffpreise, diskussionswürdige Endverbraucherpreise machen die Energiepolitik und mit ihr die Kernenergie zu einem wichtigen Thema im heraufziehenden Wahljahr 2009. Beispielfürhaft hierfür sind die beiden jüngst kurz aufeinanderfolgend erscheinenden Broschüren von BMU und BMWi einmal mit Argumenten für und einmal gegen die Kernkraft.

Mit dem designierten US-Präsidenten Barack Obama verbinden sich Erwartungen in der Bundesregierung, durch die USA neuen Schwung in die Klimapolitik zu bringen (vgl. Spiegel 46/2008). Am Morgen nach der US-Wahl mahnte der neue CSU-Generalsekretär zu Guttenberg in der ARD, die deutsche Wirtschaft müsse aufpassen, die Technologieführerschaft bei EE nicht an die USA zu verlieren. Die jüngsten Ereignisse um den Castortransport nach Gorleben machen deutlich, dass die Kritiker der Kernenergie in hohem Maße in der Lage sind, Bevölkerung und Medien in ihrer kritischen Haltung zu mobilisieren. ■■■■ wird sich einer Fortsetzung des emotionalen Grundsatzstreits kaum entziehen können.

In einer Zeit, in der Regierungsmehrheiten tendenziell schrumpfen und regierungsfähige Koalitionen eher unkomfortablen Abstimmungsprozessen entgegensehen, bleibt unter anderem die Position einer pragmatischen, wirtschaftlich aufgeschlossenen SPD für die

Energiewirtschaft ein wichtiges strategisches Ziel. Unter den Bedingungen des Wahlkampfes wäre sie jedoch zur rigorosen Verteidigung des vertraglich vereinbarten Ausstiegs gezwungen.

Andererseits birgt der Bundestagswahlkampf auch eine andere Option: Die Bildung einer klaren bürgerlichen Mehrheit aus CDU/CSU und FDP im Bundestag, mit denen eine Revision des Atomgesetzes umgesetzt werden könnte. Aus dieser Konstellation heraus ergeben sich eine Reihe von Zielen und in der Folge sich daran knüpfende Fragestellungen, denen dieses Konzept nachgeht. Es muss zum jetzigen Zeitpunkt sich entwickelnder Wahlplattformen und Kampagnen der Parteien als Beginn einer Strategieentwicklung gesehen werden, deren endgültige Festlegung weiteren Arbeitsschritten vorbehalten bleiben muss. Eben dafür legt PRGS mit diesem Konzept eine diskussionsfähige Marschroute vor. Die Aufgaben dieses Konzeptes lassen sich wie folgt formulieren:

- Entwicklung einer Kommunikationsstrategie, um die Fronten im Wahlkampf aufzuweichen, um Brücken zu bauen und die große Gruppe der Unentschlossenen zu überzeugen.
- Entwicklung von Argumentationslinien zur erfolgreichen Positionierung der Befürworter der Kernenergie.
- Formulierung von geeigneten Kommunikationsformaten für [REDACTED] für das Wahlkampfjahr 2009.

Vor dem Wahljahr 2009 bestimmen eine Reihe von Themen die Szene, die die Energiepolitik entweder direkt in den Fokus der politischen Auseinandersetzung rücken oder aber doch auch Abstrahleffekte haben können. Dies ist besonders dann der Fall, wenn grundlegende, längerfristige politische Einstellungen der Wähler berührt werden. Auf diesem Weg können moralische Werthaltungen von Meinungsführern und Wählern direkt auf Sachfragen in der Energiepolitik durchschlagen. Dies ist für die Diskussion um die Kernenergie, die seit vielen Jahrzehnten zum Teil hoch emotional geführt worden ist, von wesentlicher Bedeutung. Lassen sich aktuelle Themen oder Ereignisse mit der Frage der Energiepolitik verbinden, können sich gleichermaßen Chancen und Risiken für die Fachdebatte um die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken ergeben.

- Die Diskussion über verantwortliches Management und nachhaltiges Wirtschaften könnte vom derzeit schwer in Mitleidenschaft gezogenen Finanzmarkt auf die den Energiesektor durchschlagen. Dieser Diskurs um eine erneuerte „moralische Verantwortung der Wirtschaft“ (vgl. Rede des Parl. Geschäftsführers der CDU-CSU-Fraktion, Norbert Röttgen, vor dem Deutschen Bundestag) bietet zwei Argumentationsmuster die sich mit der Energiewirtschaft verknüpfen lassen: 1. Sozialisierung von Folgekosten: Der Vorwurf an die Banken, sie würden die Folgen ihrer riskanten Geschäfte der Gesellschaft aufbürden, lässt sich auf die Risikofrage der Kernenergie sowie die Kosten der Entsorgung übertragen. 2. Kurzfristiges Gewinnstreben verhindert nachhaltiges Wirtschaften: Unter dem Schlagwort der „Gier“ wird zusehends die kurzfristige Gewinnorientierung börsennotierter Unternehmen thematisiert. Anschlussfähig ist daher die Argumentation, die Verlängerung der Restlaufzeiten verhindere bzw. behindere die Strategie einer nachhaltigen Energieversorgung durch erneuerbare Energien: Die Konzerne würden astronomische Gewinne einstecken, ihr Eigennutz schädige auf Dauer die Gesellschaft.
- In Sachen Klimaschutz herrscht seit der Klimakonferenz von Bali, dem aufschreckenden 4. Sachstandsbericht zum Klimawandel durch das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) von 2007 ein Wettlauf der Ideen. Klimapolitik wird als wichtiges Wahlkampfthema erwartet. Über Klimaschutz und regenerative Energien käme auch die Kernenergie in den Fokus. In dieser Konnotation besteht die Gefahr, dass die Kernenergie erfahrungsgesättigt als „alte“, „riskante“ Technologie, den innovativen, zukunftsorientierten neuen Formen der Energieerzeugung gegenüber gestellt wird.
- „Mehr Netto vom Brutto“ lautet die Formel, mit der Vertreter von CDU-CSU häufig dem Thema soziale Gerechtigkeit begegnen. Es ist zu erwarten, dass im Wahlkampf die Frage sozialer Gerechtigkeit in einem ganzen Kaleidoskop von Varianten angesprochen wird: Soziale Ungleichheit im Sinne von Herkunft, Bildung und Aufstiegschancen, problematische Auseinanderentwicklungen bei den Einkommen („Einkommensschere“), reale Einkommensverluste durch hohe Preissteigerungen. Auch ist es bereits geübtes Reaktionsmuster der Politik, sich als Verteidiger der Verbraucherinter-

ressen gegen eine ungerechte Preisgestaltung, intransparentes Marktverhalten und ungerechtfertigte Gewinnmitnahmen (Terminus „Abzocke“ ist etabliert) zu präsentieren. Auch die Energiepreise sind dabei im Fokus. Hier im Wahlkampf unfreiwillig Anlässe zu schaffen, kann teuer zu stehen kommen.

Am Ende sprechen derzeit sehr viele Argumente für eine Fortsetzung des schon ritualisierten politischen Konflikts: Erneuerbare Energien stehen gegen eine konventionelle Energieproduktion. Die fundamentale Opposition gegen die Kernenergie wird erneuert. Die Haltung „Raus aus der Kernenergie“ wird rituell reproduziert, neu aufgelegt und zementiert. Sie kann den agierenden politischen Formationen verführerisch nützlich für die Mobilisierung sein. Die Notwendigkeit und auch die Chance für eine vorurteilslose Bestandsaufnahme mit dem Ziel einer realistischen, wirtschaftlich vernünftigen und zukunftsweisenden Energiepolitik im Sinne der Energieversorgungsunternehmen dürfte im Wahlkampf kaum eine Chance erhalten. Hier wird die politisch erkennbare „Chance“ zu einer Wert- und Richtungsentscheidung über die Kernenergie einer abwägenden Sachpolitik den Rang ablaufen.

Als Beispiel für die Ritualisierung des energiepolitischen Konflikts mögen zwei Pressemitteilungen des CDU-Abgeordneten und Koordinators in Energiefragen Joachim Pfeiffer vom 29. Oktober und 3. November dienen: „Gabriels Äußerungen haben erneut bewiesen, dass die SPD in Wahrheit keinerlei Interesse an einer zeitnahen Lösung hat. Obwohl er es besser weiß, spielt Gabriel lieber auf der populistischen Anti-Kernkraft-Klaviatur und führt einen regelrechten Kreuzzug gegen die Kernenergie. Die ungeklärte Endlagerfrage missbraucht er dabei als Gegenargument. Diese rein politisch motivierte Verzögerungstaktik ist teuer und geht zu Lasten der nachfolgenden Generationen. [...] Hermann Scheer sollte die Chance nun nutzen und bei sich klar Schiff machen. Am besten er macht weiter Lobbyarbeit für die Solarwirtschaft, legt allerdings das Deckmäntelchen der Politik in Zukunft dafür ab.“ Ein gegen die Solarwirtschaft ausgerichtetes Lagerdenken mag aus dem politischen Konflikt heraus erklärbar sein, für eine Wählerschaft, die nachhaltig ökologisches Wirtschaften grundsätzlich begrüßt, ist es irritierend und mutet ideologisch an.

Vor diesem Panorama der gesellschaftlichen Wertorientierungen zur Zeit des beginnenden Wahlkampfes kann nun die Einschätzung der parteipolitischen Positionierungen und ihre Auswirkungen auf das Unternehmen [REDACTED] erfolgen.

2.1 Politische Situation

2.1.1 CDU/CSU

Die letzten Monate zeigen eine in der Sache sehr streitbare CDU/CSU. Angefangen von der bayerischen, hessischen und niedersächsischen Landesregierung, assistiert vom CSU-geführten Wirtschaftsministerium wurde der vertraglich durch die rot-grüne Koalition ausgehandelte Atomausstieg wieder und wieder in Frage gestellt. Mit dem von der Bundesregierung verabschiedeten Integrierten Energie- und Klimaprogramm (IEKP) hat sich die CDU/CSU nachdrücklich und wahrnehmbar den klimafreundlichen Energien verschrieben.

Mit dem Grundsatzprogramm der Union vom Dezember 2007 begann die Bundestagsfraktion einzelne bislang strittige und im Koalitionsvertrag ausgeklammerte Zusammenhänge der Energiewirtschaft systematisch anzugreifen. Dabei wurden immer wieder aktuelle Themen mit der Grundsatzfrage Kernenergie verknüpft. So stand der Beschluss des Fraktionsvorstands zur Energiepolitik vom 10./11. September 2008 stark unter dem Eindruck steigender Energiepreise sowie einer als drückend empfundenen Importabhängigkeit von Russland. Folgende politische Stimmungen hat die Union versucht, als Appell an eine neuerliche Wende in der Energiepolitik zu deuten und in Anspruch zu nehmen:

- das Unbehagen über die Abhängigkeit von Energieimporten aus einem zunehmend aggressiven, zumindest aber politisch unzuverlässigen Russland,
- die Sorge vor drückenden, unkontrollierbaren Preissteigerungen am Energiemarkt und damit verbunden die sozialen Effekte gezügelter Preissteigerungen,
- die mediale Präsenz der Bemühungen um den Klimaschutz, der Sorgen um den

Klimawandel und die Positionierung der Kernenergie als Lösung zur Verminderung der CO₂-Emission.

Diese Vorarbeiten bieten einiges an Kampagnen-Potenzial, machen rückblickend aber auch deutlich, wie flüchtig diese Themen unter Umständen sind. Dennoch bietet dieser Weg Möglichkeiten, die angstbesetzte, hohe Emotionalität, mit der das Thema Kernenergie bislang belastet ist, anzugreifen. Gleichzeitig deutet sich auf Seiten von CDU und CSU aber auch ein Arbeitsprogramm an, dass offenbar systematisch kritische Punkte in der Diskussion um die Technologie abarbeitet:

- den Anspruch, ein konsistentes Klimaschutzprogramm vorzulegen, in dem die Nutzung der Kernenergie nur ein Baustein von vielen ist,
- die Herstellung von mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt, der den Verbrauchern und Erzeugern alternativer Energien mehr Möglichkeiten bietet,
- die Entwicklung eines Kernenergienutzungsgesetzes mit dem Vorschlag einer Laufzeitverlängerung um acht auf 40 Jahre durch das Wirtschaftsministerium im Rahmen einer Projektgruppe Energiepolitisches Programm (PEPP) im August 2008,
- die Klärung offener Fragen wie: atomares Endlager (fraktionsinterne Veranstaltung im Oktober 2008) oder Nutzung der Kernenergie durch andere Nationen.

Mit Blick auf den bevorstehenden Wahlkampf tun CDU und CSU gut daran, sich auf die Debatte um die Energiepolitik einzustellen – unabhängig davon wie offensiv die Partei das Thema letztlich behandeln wird. Für eine sachorientierte Diskussion und Entscheidung ist der Wahlkampf sicher nicht geeignet. Eine hart geführte Wahlkampfdebatte erschwert allerdings spätere Koalitionsverhandlungen: Die Möglichkeit einer schwarz-grünen Zusammenarbeit würde eliminiert und die Fortführung der großen Koalition belastet. Dennoch muss die Union sich darauf einstellen, dass Sozialdemokratie, Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei das Thema Klimaschutz offensiv propagieren werden. Steht der Union für diesen Fall ein tragfähiges, überzeugendes Konzept zur Verfügung, kann dies ein wichtiger, nennenswerter Beitrag für den zu führenden Wahlkampf sein. Es liegt im Interesse der EVU und insbesondere [REDACTED] diese Argumentationslinien zu

fördern und dafür entsprechende Plattformen anzubieten.

Personell verbindet sich die Klimapolitik der CDU/CSU direkt mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich über G8, EU und die nationale Klimapolitik hat stark einbinden lassen. Mit CSU-Wirtschaftsminister Glos und den unterstützenden Landesregierungen erscheint die Positionierung Pro-Kernenergie vor allem über die Landespolitik repräsentiert, sekundiert durch die Fachpolitiker der Fraktion und den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und den Koordinator in Energiefragen Joachim Pfeiffer. Für den Wahlkampf braucht die Kanzlerin insofern eine konsistente Argumentationskette, weil sie die Option Kernenergie im Wettlauf um die erfolgreichste, innovativste Klimapolitik nicht belasten darf.

2.1.2 FDP

Die FDP steht mit ihren Positionen zur Energiepolitik in großem Einklang mit den Zielen der CDU/CSU. Mit der heraufziehenden Krise der Energiepreise im Sommer 2008 haben auch bei ihr die Anstrengungen, für mehr Bewegung auf dem Energiemarkt zu sorgen deutlich zugenommen. Mit ihrer Regierungsbeteiligung in vier für die Energiewirtschaft wichtigen Bundesländern (Bayern, Niedersachsen, Baden-Württemberg und NRW) nimmt sie auch administrative Aufgaben in der Energiepolitik wahr. Wesentliche Positionen sind:

- Laufzeitverlängerung für deutsche Kernkraftwerke (seit 2006 verschiedentlich erneuert),
- Verstärkung der Energieforschung,
- stärkerer Wettbewerb auf dem deutschen Energiemarkt,
- Ausbau der regenerativen Energien und breiter Energie-Mix.

Im Zuge der bisherigen Schwerpunktbildung (Zukunftsforum Deutschland 2020) in den Bereichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Bildung sowie Familienpolitik ergeben sich Verknüpfungspunkte mit einzelnen energiepolitischen Positionen. Eine Fokussierung auf Klimapolitik ist zum jetzigen Zeitpunkt eher unwahrscheinlich bzw. würde stets als wirtschaftspolitisches Umbauprogramm aufgefasst und kommuniziert werden. In diesem Zusammenhang wäre eine FDP auf anschlussfähige Impulse von außen offen und zum

Teil sogar angewiesen, um in einem Wettlauf der Konzepte und Ideen mithalten zu können.

2.1.3 SPD

„Atomkraft – ein teurer Irrweg. Die Mythen der Atomwirtschaft“ titelt eine Broschüre des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Redaktionsschluss war August 2008. Sie lässt sich gleichermaßen als rationale Argumentationslinie der SPD-Energiepolitik und als Anleitung für die Weiterentwicklung einer Gegenstrategie lesen. Die Nutzung der Kernenergie

- schafft keinen ökologischen Nutzen, weil die Klimafreundlichkeit durch große Mengen gefährlicher Abfälle erkauft werden muss,
- schützt nicht das Klima, weil die Technologie nicht in Krisengebieten genutzt werden kann und darf,
- ist in ihren Risiken prinzipiell nicht beherrschbar,
- ist eine Gefahr für den weltweiten Frieden,
- bedarf weltweit immer noch einer Lösung bei der Endlagerung,
- hat einen zweifelhaften Wirkungsgrad und kann weder Gas noch Öl als Energieträger ersetzen,
- hat hohe Entwicklungs- und Entsorgungskosten, die in Modellrechnung in der Regel nicht eingepreist sind,
- wirkt nicht preisdämpfend,
- verhindert bei längeren Laufzeiten die Entwicklung neuer, regenerativer Energien,
- schafft keine Unabhängigkeit von Importen, während Uran als Rohstoff nur noch sechzig Jahre preislich attraktiv verfügbar bleibt
- ist unter dem Strich eine unwirtschaftliche Technologie und lohnt sich nur bei hohen staatlichen Subventionen.

Gleichfalls sind die entscheidenden, emotionalisierbaren Argumente in der Broschüre

bereits angelegt. Hier wird eine Klaviatur der Eskalation und Skandalisierung deutlich, die sich im Wahlkampf beinahe nach Belieben einsetzen lässt:

- Die Debatte der Laufzeitverlängerung dient nur den Profitinteressen einer oligopolen Energiewirtschaft.
- Die Energieunternehmen, die einen Vertrag mit der Bundesregierung (dem Staat und seinen Bürgern) geschlossen haben, werden vertragsbrüchig.
- Aus Profitgier werden hohe ökologische Risiken zu Lasten der Bevölkerung in Kauf genommen.
- Hier wird eine Technologie des letzten Jahrhunderts gegen neue, saubere Technologien der Zukunft in Stellung gebracht.

Die Möglichkeit, dass die SPD mit solchen Argumenten ggf. überziehen könnte und damit unglaubwürdig erschiene, sind als äußerst gering einzuschätzen. Vielmehr ist diese Argumentationslinie dazu geeignet, sehr viele gesellschaftliche Organisationen (von Naturschutzverbänden bis zu den Kirchen) zu mobilisieren und bereits über Jahrzehnte eingeschliffene Reaktionsmuster der früheren Protestbewegung wiederzubeleben.

Als treibende Kraft der SPD im Bereich Klima- und Energiepolitik ist das Umweltministerium mit Minister Gabriel und den beiden Staatssekretären Müller und Machnig anzusehen. Unterstützt wird das BMU durch Umweltpolitiker aus dem Bundestag wie den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Ulrich Kelber oder Marco Bülow („Sonnensfreunde“). Der Wirtschaftsflügel der SPD ist zurzeit politisch geschwächt durch

- die Vorgänge im hessischen Landtagswahlkampf um den ehemaligen Wirtschaftsminister Clement,
- den angekündigten Rückzug des Sprechers der Arbeitsgruppe Rainer Wend aus der Bundespolitik,
- in der Vergangenheit durch allzu große Nähe zu Energieversorgern bekannt gewordene Abgeordnete wie Reinhard Schultz.

Grundsätzlich ist zu empfehlen, die Möglichkeiten für eine kooperative Haltung in der SPD

auf längere Sicht auszuloten. Die Wahrscheinlichkeit, dass einzelne meinungsführende Parteimitglieder im Wahlkampf eine Abkehr vom vertraglich fixierten Ausstiegsszenario befürworten, ist jedoch nach den Erfahrungen mit Wolfgang Clement im hessischen Wahlkampf sehr gering.

Gleichwohl ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass die SPD selbst für den Wahlkampf die politische Differenzierung vom derzeitigen Koalitionspartner sucht, indem sie die Umwelt- und Klimapolitik von Minister Gabriel zu einem inhaltlichen Schwerpunkt macht. Zumal sie damit auch ein wirtschaftspolitisches Innovationsthema (regenerative Energie als Weltmarktführer und Exportschlager) besetzen und gleichzeitig die Handschrift der SPD in der großen Koalition vorzeigen kann. Gleichzeitig hofft die SPD mit dem Thema Kernkraft ihren lahrenden linken Flügel wieder zu mobilisieren.

2.1.4 Bündnis 90/Die Grünen

Alle Gedankenspiele über eine Zusammenarbeit von Schwarz-Grün, wie sie jüngst auch vom neuen Parteivorsitzenden Cem Özdemir auf dem Parteitag der Grünen formuliert wurden, erreichen an dem Punkt Verlängerung der Restlaufzeiten ihre Grenze. Für die Partei ist das Thema als Mobilisierungsfaktor noch wesentlich höher einzuschätzen als für die SPD. Beide Parteien werden sich stattdessen um die bessere Klimapolitik bei den Wählern bewerben. Die Partei hat durch ein Argumentationspapier vom 1. Oktober bereits Grundlagen für ihre Argumentation gelegt. Darin heißt es unter anderem:

„Um so dringlicher würde es, den übrigen Kraftwerkspark so umzubauen, dass er flexibel auf die Schwankungen bei der Einspeisung von Strom aus Sonne, Wind und Wasser reagieren kann. Gaskraftwerke können das – Atomkraftwerke können das nicht! Verlängerte Laufzeiten von AKW und ein ehrgeiziger Umbau in Richtung Erneuerbare Energien schließen sich aus. Hinzu kommt die schlechte Energiebilanz der AKW.

Wir raten dringend dazu, mit dem Atomausstieg nicht defensiv umzugehen. Es gibt gute Gründe für eine 'Neubewertung der Atomenergie':

Die Risiken sind gestiegen, insbesondere durch das Terrorrisiko und weil die Reaktoren altern.

Selbst die Große Koalition mit ihrer Zweidrittel-Mehrheit hat das ungelöste Atommüllproblem nicht einen Schritt voran gebracht.

Die Verbreitung ziviler Nukleartechnik dient Ländern wie Nordkorea und Pakistan als Vorstufe zur 'Bombe', im Iran wird der Missbrauch befürchtet."

Zu den Empfehlungen des Papiers gehört nach den Worten der Verfasser unbedingt eine offensive Gegenstrategie, da im Vorfeld der Bundestagswahl eine „beinharte politische Auseinandersetzung“ erwartet werde. In der Folge satteln die Verfasser mit einer Reihe von Vorschlägen bei den Bedingungen des Ausstiegs drauf:

- Erhöhung der Sicherheitsauflagen auf den aktuellen Stand der Wissenschaft und die Pflicht zur Nachrüstung bei alten Anlagen,
- Festhalten an alternativer Standortsuche für ein Endlager und Verpflichtung der Betreiber für Offenhaltungskosten von Gorleben,
- Überführung der betrieblichen Rückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds,
- Einführung einer Brennelementesteuer,
- Anhebung der Deckungsvorsorge bei der Versicherung von Anlagen,
- Reform der Atomverwaltung durch Zentralisierung beim Bund,
- Konzentration der bundesrechtlichen Zuständigkeit beim BMU,
- Intensivierung der Stromwechselkampagne weg vom Atomstrom.

Mit diesen Forderungen könnten die Grünen den Handlungsspielraum der Energieunternehmen künftig zusätzlich einzuengen, mindestens aber geben diese Punkte neue „Verhandlungsmasse“ über die Inhalte des Atomgesetzes bis hin zu theoretisch möglichen Koalitionsverhandlungen mit der SPD nach der Bundestagswahl.

Eingebettet ist diese offensive Verteidigung des Ausstiegs aus der Kernenergie in eine Klimaschutzkampagne, die ein eigenes Internetportal erhalten hat (<http://gruenes.klima.de>). Hier sammelt die Partei im Stile einer Kampagnenplattform Kontakte, Mitstreiter und den Willen zur Partizipation ein. Dies dürfte die Mobilisierungsfähigkeit der Partei im Wahlkampf über das Netzwerk mit bestehenden Umweltschutzorganisationen hinaus stärken.

2.1.5 Die Linke

Das einfache Strickmuster der Linkspartei gilt auch in der Energiepolitik: Protest pur. Selbst das im Atomgesetz vereinbarte Ausstiegsszenario birgt für die Bundestagsfraktion angesichts großer Terrorgefahren ein viel zu hohes Risiko. „Die einzige Schlussfolgerung aus den Terrorgefahren für deutsche AKWs und die ungeklärte Endlagerfrage kann der schnellstmögliche Ausstieg aus der gefährlichen Atomtechnologie sein“, heißt es in einer Pressemitteilung vom 5. September 2008. Schließlich wird die Energiepolitik auch im Beschluss des Parteivorstands über die Wahlstrategie 2009 genannt, der am 6. September getroffen wurde.

Das energiepolitische Rezept setzt wie das von SPD und Grünen auf:

- erneuerbare Energien,
- Effizienzsteigerung,
- mehr Transparenz bei der Preisgestaltung der Stromtarife,
- Aufbrechen der Monopolstrukturen der Energiebranche durch Trennung von Netz und Produktion,
- beschleunigter Ausstieg aus der Kernenergietechnik.

Für diese wie für viele andere Positionen der Partei Die Linke gilt: Ihr Wählerpotenzial liegt in den traditionellen Wählerschichten der SPD. Die angeführten Positionen werden darum geeignet sein, die SPD auf dem eingeschlagenen Kurs zu halten. Andernfalls läuft sie Gefahr nach links Wähler mit ökologischen Interessen zu verlieren. Dies kann vor allem dort der Fall sein, wo – wie in Hessen oder Niedersachsen – Kernkraftwerke älteren Typs stehen und deren ursprüngliche Zielmarke der Stilllegung ins Wanken gerät.

2.2 Rolle der Medien

Die medial-öffentliche Debatte um die Kernenergie verläuft zyklisch: Die sachliche Debatte pro Kernenergie wird durch Negativ-Ereignisse (z.B.: Störfall, Endlager-Probleme) immer wieder gedeckelt, um nach einiger Zeit wieder an Gewicht zu gewinnen. Die De-

batte um die Kernenergie ist dabei extrem polarisierend. Sie verläuft meist in einer klaren Pro-Contra-Aufteilung, in der Zwischentöne kaum wahrgenommen werden.

Auch die Medienberichterstattung spiegelt den polarisierenden politischen Diskussionsverlauf wieder. Eine Betrachtung der Energie-Journalisten der deutschen Leitmedien verdeutlicht dies. Lediglich die Welt nimmt mit Daniel Wetzel als schwarz-grünem Redakteur eine vermittelnde Position zwischen den Lagern wahr. Der Spiegel festigt mit seinem allseits kritisch-provokanten Kurs den großkoalitionären Status-quo. Interessant auch die FTD, die mit Timm Krägenow und Olaf Preuß (Autor des Buchs „Energie für die Zukunft. Die Sonne nutzen - Das Klima schützen - Die Wirtschaft stärken“) zwei ausgewiesene ökoliberaler auf das Thema Energie angesetzt hat:

FAZ

Andreas Mihm 
 Konrad Mrusek 

Wirtschaftswoche

Steffi Augter 
 Andreas Wildhagen 







Welt

Daniel Wetzel 

Der Spiegel

Wolfgang J. Reuter 
 Frank Dohmen 

FTD

Timm Krägenow 
 Olaf Preuß 

Spiegel-Online	
Anselm Waldermann	
Süddeutsche Zeitung	
Michael Bauchmüller	
Cerstin Gammelin	
Frankfurter Rundschau	
Vera Gaserow	
taz	
Nick Reimer	

Die deutschen Leitmedien sind prinzipiell politisch ausgerichtet. Eine Diskussion in den Medien auf der Basis im Wesentlichen bereits bekannter Sachverhalte wird in Zeiten des Wahlkampfes kaum große Durchschlagskraft entfalten. Der an Emotionen appellierende Protest aus dem linken Spektrum der Parteienlandschaft, passende Inszenierungen kritisch-ausgerichteter Gruppierungen werden dagegen leichter in die verschiedenen Formate der Medien gelangen. Die Geschichte der Revision des Atomvertrags – der Ausstieg aus dem Ausstieg – ist dagegen schnell erzählt. Sie würde nur als Negativfolie zur Darstellung des Bürgerprotests dienen.

 hat aus diesem Grund mit Recht einen schädlichen Medientenor im Wahlkampf zu fürchten. Gelingt es nicht, aus dem bestehenden Muster auszubrechen und das altbekannte, unversöhnliche Lagerdenken zu durchkreuzen, werden auch für eine Neubewertung heranzuziehende Aspekte wie die Klimafreundlichkeit oder die Technologieführerschaft der deutschen Kernenergie nicht die notwendige Durchschlagskraft finden. Im Gegenzug besteht die Gefahr, offensiv geführten Medienkampagnen der wahlkämpfenden Parteien wenig entgegensetzen zu können. Die EVU müssten beständig die Rolle des passiven Kronzeugen spielen – sowohl als Zeuge der Anklage wie auch der Verteidigung.

Nachdem in Hessen der Weg für Neuwahlen eingeschlagen wurde, und der Energiepolitik bereits im letzten Landtagswahlkampf hohe Bedeutung zukam, besteht nunmehr

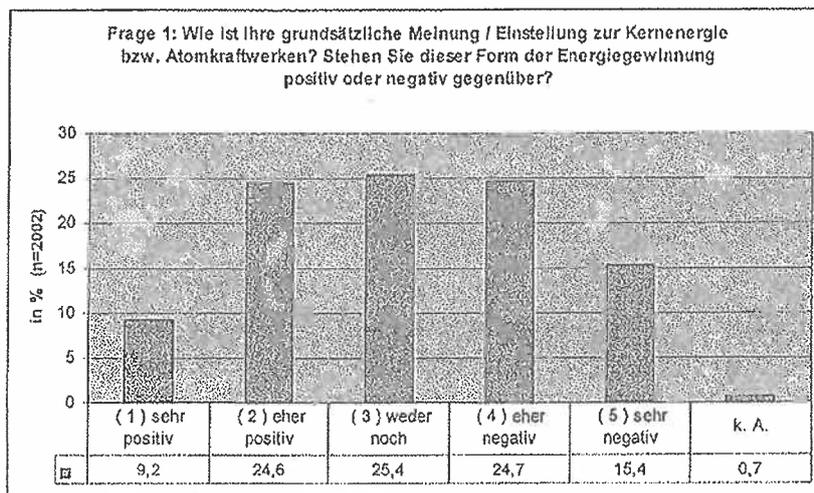
unmittelbarer Handlungsbedarf für die Ausarbeitung einer stimmigen Kommunikationsstrategie. Gleichfalls lassen sich als regionale Schwerpunkte einer auch in der Fläche greifenden Kampagne die Bundesländer Hessen, Bayern und Niedersachsen festmachen. Jedes stellt besondere Herausforderungen an die Kommunikationsarbeit:

- Hessen bietet eine Testlaufstrecke für die klima- und energiepolitischen Argumentationslinien, Aktionsformen und Mobilisierungspraktiken – und wird allein aufgrund der Vorgeschichte und des zeitgleich beginnenden Bundestagswahlkampfes bundespolitisch bedeutsam sein. Zudem treffen hier die parteipolitischen Extrempositionen aufeinander. Drittens gehören die beiden Reaktoren Biblis A und B zu den Atommeilern, die während der nächsten Legislaturperiode vom Netz gehen sollen.
- Niedersachsen verfügt zwar über politisch stabile Verhältnisse, hat mit den beiden strittigen Projekten Gorleben und Asse allerdings auch regional sowohl die Endlager- als auch die Risikofrage in besonderem Maße zu diskutieren.
- Bayern hat durch die CSU maßgeblichen Anteil an der Neuaufgabe der politischen Diskussion um die Nutzung der Kernenergie geleistet, verfügt über abzuschaltende Reaktoren in der nächsten Legislaturperiode (Isar 1) und startet mit einer neuen Landesregierung in die energiepolitische Auseinandersetzung. Zudem stellt sich die Frage nach dem schlummernden Protestpotenzial nach der harten Auseinandersetzung um die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf in den 80er Jahren.

2.3 Öffentliche Meinung

Vergleicht man das Ergebnis der von [REDACTED] PRGS unveröffentlichten GfK-Umfrage 2/08 mit der Emnid-Umfrage des Deutschen Atomforums vom Juni 2007, so schneidet die Kernenergie bei der GfK wesentlich schlechter ab, was die persönliche Einstellung der Menschen zur Kernenergie anbelangt. Während vor den Ereignissen in Krümmel und Brunsbüttel im Juni 2007 bei Emnid noch 48 Prozent der Befragten der Kernenergie gegenüber positiv eingestellt waren, sind es bei GfK nur noch 33,8 Prozent. Die Zahl der Unentschlossenen („weder noch“/„k.A.“) nimmt bei GfK ebenfalls drastisch zu: 26,1 Pro-

zent (Emnid: neun Prozent). Die Ablehnung ist weiterhin mit 40,1 Prozent sehr hoch (Emnid 43 Prozent). Erst durch die neutrale Fragestellung und das breite Antwortspektrum der GfK-Umfrage wird die große Zahl der dem Thema Kernenergie unentschiedenen Menschen deutlich.



Der Nachteil der meisten Umfragen zur Kernenergie ist ihre politische Motivation und Zielrichtung. So werden den Befragten meist Suggestivfragen oder geschlossene Fragen zur Ja-Nein-Beantwortung vorgelegt. Die Ergebnisse sind daher für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet, nicht aber für die tatsächliche politische Analyse. Wichtig sind daher bei einer Meinungsumfrage eine neutral formulierte Frage und ein abgestuftes Antwortspektrum, wie bei der GfK-Umfrage von [REDACTED]/PRGS vom Februar 2008. Nur so kann die öffentliche Meinung annähernd realistisch abgebildet und für die politische Analyse nutzbar gemacht werden.

Ein weiterer Nachteil vieler Meinungsumfragen zur Kernenergie ist im sozial- und kommunikationswissenschaftlichen Ansatz vor allem des Instituts für Demoskopie aus Allensbach (IfD) zu sehen: So ging IfD-Gründerin Elisabeth Noelle-Neumann stets davon aus, dass die öffentliche Dominanz von mächtigen Medien und Regierung die öffentliche Meinung der gesamten Bevölkerung verfälscht. Wenn also mächtige Medien und eine rot-

grüne Regierung den Vorteil des Atomausstiegs lautstark publizieren, entsteht in der Bevölkerung der Eindruck, dass diese Meinung vorherrschend sei. Aus Angst vor gesellschaftlicher Isolation würde ein großer Teil der Bevölkerung schweigen oder sogar die andere, vermeintlich vorherrschende Meinung vertreten, so die Theorie von Noelle-Neumann.

Die Ergebnisse von IfD, Emnid u.a. legen daher immer den Schluss nahe, dass allein ein Regierungswechsel ausreichen würde, um die Stimmung in Deutschland pro Kernenergie zu drehen. Die schweigende Masse an Menschen, die unter einer rot-grünen Regierung aus Isolationsfurcht gegen die Kernkraft votierte, würde so unter einer schwarz-gelben Koalition wieder für die Kernkraft stimmen.

Doch Noelle-Neumanns Theorie der „Schweigespionage“ aus den 70ern ist heute eine wissenschaftliche Randmeinung. Die Theorie wurde nie empirisch, etwa durch Inhaltsanalysen, belegt. Der Kommunikationswissenschaft erscheinen heute bei der Bildung von öffentlicher Meinung soziokulturelle und individualpsychologische Aspekte relevanter, als die Thesen der „Massenpsychologie“ aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Kommunikationswissenschaft geht seit den 50er Jahren davon aus, dass die Medien nicht bestimmen, was wir denken, sondern höchstens worüber wir denken. Lediglich die Agenda wird also von den Medien oder Politik festgelegt. Die Meinung darüber bilden sich die Menschen selbst (Ansatz der Agenda-Setting-Forschung).

Menschen sind etwa durch ihre Herkunft, Erfahrungen, Bildung, Familie und Milieus geprägt. Das Thema Kernkraft war zusammen mit den Themen Umweltschutz und Verteidigung in den 1970ern und 1980ern soziokulturell dominant und ist immer noch gesellschaftsprägend, da die Meinungen und Ansichten an weitere Generationen (abgeschwächt) tradiert werden. Ein Regierungswechsel pro Kernkraft würde also nicht die öffentliche Meinung zur Kernenergie grundlegend ändern, sondern lediglich die Kernenergie wieder stärker thematisieren und die Debatte zu diesem Thema wieder anfeuern. Die Folgen: Würde eine schwarz-gelbe Regierung den Atomvertrag mit den EVU auflösen, würde das derzeit weitgehend befriedete Thema Kernkraft neu aufflammen und die nächsten Jahre als Thema für Kampagnen von NGO, SPD und Grünen dienen. Die Vor-

2.4 SWOT-Analyse

Strengths	Weaknesses
<ul style="list-style-type: none"> ➢ Große Finanzkraft und Marktmacht ➢ Große Kompetenz beim Thema Energie und insb. Kernkraft ➢ Große Ressourcen bei den Abteilungen Kommunikation und Politik ➢ Starke Corporate Identity unter den Mitarbeitern ➢ Kernkraft ist CO₂-arme Grundlastversorgung 	<ul style="list-style-type: none"> ➢ Schlechtes Image der EVU ➢ Kernkraft polarisiert u. emotionalisiert ➢ Viele Vorwürfe bereits stereotypisiert ➢ Finanzkraft/Marktmacht wird als Arroganz/Übermacht wahrgenommen ➢ Meinungsführerschaft oft beim Gegner ➢ Konzern-Größe macht schwerfällig (Strategie, Taktik) ➢ keine Glaubwürdigkeit beim Klimaschutz ➢ Störfälle bei KKW jederzeit möglich
Opportunities	Threats
<ul style="list-style-type: none"> ➢ KKW als Brückentechnologie zum Ausbau der EE für mehr Klimaschutz ➢ Kompetenz bei der unumgänglichen Lösung der Endlagerfrage ➢ Verbündete beim Thema Kernenergie aus unterschiedlichen Lagern ➢ Mehr Glaubwürdigkeit durch Kommunikation <u>+ Handeln</u> pro Klimaschutz ➢ Gruppe der Unentschlossenen beim Thema KKW überzeugen 	<ul style="list-style-type: none"> ➢ Negativ-Wahlkampf v. SPD, Grüne... ➢ Schlechte Argumente der Befürworter ➢ Negativ-Kampagnen d. NGO ➢ Negativ-Berichterstattung der Medien ➢ Identifikation des Klimaschutz / EE / CCS-Engagements als Greenwashing ➢ Auch in den nächsten Legislaturperioden keine günstigeren Regierungskonstellationen ➢ Umsatz und Gewinnrückgang in D.

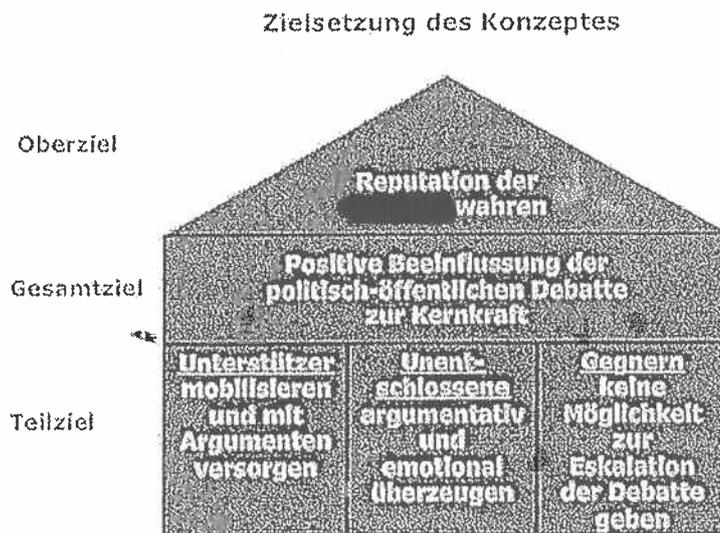
Die SWOT-Analyse zeigt, dass ██████ Chance im Klimaschutz liegt. Noch ist ██████ in der öffentlichen Wahrnehmung hier unglaubwürdig. In der Kombination „Kernenergie + EE“ kann ██████ seine Glaubwürdigkeit beim Klimaschutz stärken. Diese Kombination muss ██████ jedoch aktiv kommunizieren und in Deutschland unter Beweis stellen. Durchbricht ██████ nicht die gewohnt polarisierend verlaufende Debatte, droht in Deutschland der Status quo beim Atomausstieg mit entsprechendem Umsatz- und Gewinnrückgang – oder heftige Proteste inklusive Image-Verlust, falls eine schwarz-gelbe Regierung den Ausstieg aus dem Ausstieg ohne Rücksicht auf öffentliche Belange durchpeitschen will.

3 Empfehlungen für eine Kommunikationsstrategie

3.1 Strategie und Kernbotschaften

Strategisches Hauptziel ist die positive Beeinflussung der Kernenergie-debatte, um die Grundlage für eine Verlängerung der Restlaufzeiten zu schaffen. Die Thematisierung der Kernenergie im Wahlkampf ist daher nicht im Sinn von **Kernkraft**, da hier das Thema nicht lösungsorientiert sondern polemisch debattiert wird. Die Parteien werden jedoch die Kernkraft auf die Wahlkampf-Agenda setzen. **Kernkraft** sollte daher drei Teilziele verfolgen, um sein strategisches Hauptziel zu erreichen:

- die Befürworter in der Wahlkampfphase argumentativ stärken und ausrüsten,
- mit neuen Argumenten eine Eskalation der Debatte verhindern und Brücken ins andere Lager erhalten und ausbauen,
- die der Kernkraft gegenüber Unentschlossenen argumentativ und emotional überzeugen.



Um Vertrauen zu schaffen und um zu überzeugen, muss sowohl die rationale als auch die emotionale Ebene der Diskussion um die Kernenergie betrachtet werden. Sowohl Medien als auch Politik spielen mit Emotionen bzw. gehen auf Emotionen in der Bevölkerung ein, um Aufmerksamkeit und Zustimmung zu erzeugen. Oft ist dabei die rational-argumentative Ebene zweitrangig. Gerade mit Ängsten vor der Zukunft, vor Gesundheitsschäden, vor Unsicherheit bei der Energieversorgung oder vor den Folgen des Klimawandels schüren Politiker die Stimmung, um so den öffentlichen Bedarf ihrer mehr oder weniger stringenten Lösungsvorschläge zu erhöhen und so Profil und Attraktivität ihrer Partei zu stärken. Es gilt also für [REDACTED] nicht nur argumentativ, sondern auch emotional die richtigen Themen zu besetzen. Dies gelingt [REDACTED] vorrangig mit zwei Themen:

- Das Argument der Versorgungssicherheit und der notwendigen Bedingung der nationalen und internationalen Klimaschutzziele (Kernenergie + EE = Klimaschutz + Versorgungssicherheit) ist das Top-Thema der energiepolitischen Debatte. Auf der emotionalen Ebene gibt dieses Thema Hoffnung für die Zukunft.
- Die Meinungsführerschaft in der Debatte um ein sicheres Endlager ist bislang bei den Kernkraftgegnern. [REDACTED] wird dieses Thema besetzen, Lösungen anbieten und die Meinungsführerschaft übernehmen. Auf der emotionalen Ebene nimmt [REDACTED] damit eine große Unsicherheit, die in der Bevölkerung vorherrscht,

Als nachgelagertes, aber dennoch chancenreiches Thema hat PRGS die Import-Abhängigkeit vor allem von russischem Erdgas identifiziert. Dieses geostrategische Thema weckt historisch tradierte Ängste vor Russland. Diese Ängste kann [REDACTED] in der Debatte für sich nutzen. Zumindest im Stromsektor ist Uran auch weiterhin eine außenwirtschaftlich und geostrategisch sichere Alternative. Mit diesen Themen kann [REDACTED] Vertrauen bilden und so die der Kernkraft gegenüber Unentschlossenen für sich gewinnen.

3.1.1 Versorgungssicherheit und Klimaschutz

Der Umbau des deutschen Kraftwerkspark und die künftige Sicherung der deutschen Stromversorgung stehen unter dem Postulat der Klimaschutzziele von Bund und EU. Die

CO₂-arme Kernkraft als mittelfristige Brückentechnologie in Verbindung mit erneuerbaren Energien könnte in Deutschland daher Mehrheiten finden. Wer das Klima schützen will und sich dabei zwischen „Pest und Cholera“ (Sigmar Gabriel) – also zwischen Kernenergie und Kohle – entscheiden muss, könnte anders als die SPD auch zu einer Verlängerung der Restlaufzeiten tendieren, wie etwa FDP, Unionsparteien und andere Stakeholder. Die Kernenergie in Deutschland ist damit trotz aller Schwierigkeiten beim Image-Building ein Joker bei der Stromerzeugung in Sachen Klimaschutz.

Gleichzeitig ist die Kernenergie nach wie vor ein wichtiger Pfeiler bei der Versorgungssicherheit. Die Debatte um die Stromlücke ausgelöst von der Dena-Studie Anfang 2008 offenbarte die argumentativen Schwächen der Kernenergiegegner: Die jährliche Bereitstellung einer bestimmten TWh-Menge garantiert noch keine kontinuierlich ständig verfügbare Leistung für die deutsche Stromversorgung (vgl. 4.1).

■ kann hier Brücken zu Klimaschützern bauen und versuchen, über diese Flanke die Front der Kernkraftgegner aufzuweichen. Hierzu sollte ■ konsequent und beharrlich mit dem Argument Klimaschutz den Schulterchluss zwischen Kernkraft und erneuerbaren Energien (EE) betonen. Diesen Kurswechsel hat ■ etwa mit dem Ausbau seiner EE-Sparte bereits eingeleitet, aber auch mit seinen Kampagnen für EE-Projekte und die „ungeliebten Klimaschützer“. Der Kurs sollte mit voller Kraft verfolgt werden, um Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu erzeugen und dem Wahlkampf die Schärfe zu nehmen.

Die Argumentation „erneuerbare Energien plus Kernkraft“ vertreten auch Autoritäten wie etwa Prof. Dr. Fritz Vahrenholt (SPD, Ex-Umweltsenator HH, Ex-Shell, Ex-Repower, jetzt RWE Innogy), Prof. Dr. Claudia Kemfert (Energie-Expertin des DIW, Humboldt-Uni) oder Prof. Dr. Norbert Walter (Chef-Volkswirt der Deutschen Bank; DB Research). Hierbei wird die Kernkraft als „Brücken-Technologie“ bezeichnet, die den weiten Weg in das CO₂-freie Zeitalter der erneuerbaren Energien ebnen soll. Diese Argumentation vertreten auch einige Leitmedien wie die Wirtschaftszeitungen, FAZ-Gruppe oder Welt-Gruppe und sie ist bei den G8-Staaten mehrheitsfähig.

Das ehrliche Engagement für den Klimaschutz weckt Vertrauen und Hoffnung. Gleichzeitig wird über die Kombination Kernkraft plus EE Sicherheit für unsere zukünftige Energieversorgung vermittelt.

3.1.2 Lösung für ein Endlager vorantreiben

Mit oder ohne Atomausstieg: Deutschland braucht ein sicheres Endlager. ■■■ sollte dieses Thema offensiv und kontinuierlich besetzen.

Die Akzeptanz der Atomkraft durch die Bürger könnte im Wahlkampf weiter schwinden – und damit auch ihre Legitimität. Eine zentrale Rolle spielt das Thema Endlagerung. Nach den Vorfällen in der Asse hat Sigmar Gabriel die Endlagerung als Wahlkampfthema identifiziert, und das auch, weil sich die CDU einer neuen Standortsuche verweigert. Für die Bürger ist dies überwiegend ein mit Furcht, Skepsis und Ablehnung emotional durchdrungenes Thema. Diejenigen, die an die Sicherheit der Endlager-Standorte glauben, befinden sich in der Minderheit. Das Thema Endlager birgt aber eine große Chance: Eine Kommunikationskampagne, die beim Bürger Angst und Ausweglosigkeit durch Vertrauen und Zuversicht ersetzt, verheißt einen großen Zugewinn an Glaubwürdigkeit.

Die Sub-Botschaften einer Kampagne müssen daher lauten:

- Die Energiekonzerne verstehen die Sorgen und Ängsten der Bürger.
- Sie sind gewillt, sich damit zu beschäftigen.
- Die Betreiber sind bereit, ihre Positionen zu überdenken.

Darum sollten sich die Betreiber offensiv für einen erneuten Standortvergleich der bereits abgeschlossenen Endlagersuche einsetzen. Der Vorschlag eines „international peer review“ blieb zuletzt jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung weit hinter dem Gabriel-Vorschlag zurück und beeindruckte auch die Union nicht. Die Aussicht auf ein sichereres Endlager kann den Bürgern positive Assoziationen mit der Kernkraftbetreibern vermitteln, denn eine neue Suche sendet das Signal der Hoffnung, dass die mit dem Atommüll verbundenen Probleme nicht als unlösbar hingegenommen werden, und dass technologische

Lösungen bereitstehen. Hierbei kann man die Diskussion etwa in Frankreich oder der Schweiz aufnehmen, ob Salz, Ton oder Granit das bessere Wirtsgestein sei.

Die Dauer des Analyse- und Entscheidungsprozesses bringt [REDACTED] einen Zeitgewinn, um Vorzüge zu demonstrieren, Erfolge besser zu kommunizieren, Vertrauen zu gewinnen und notwendige Investitionen für die Zukunft zu tätigen. Ferner stellt der Zuspruch zu einer neuen Endlagersuche kein Bekenntnis zum Ausstieg dar. Im Gegenteil: Am Ende dieser Suche besteht die Möglichkeit, dass die Resultate längere Laufzeiten rechtfertigen. Entscheidend ist, dass der Vorstoß von [REDACTED] zeitnah erfolgt. Nur so kann sichergestellt werden, dass [REDACTED] als diejenige Instanz wahrgenommen wird, die den notwendigen Anstoß gegeben hat. Diese exklusive Position kann dann nicht mehr genommen werden.

Ziel der Endlager-Kommunikation ist es das Totschlag-Argument zu entkräften, das die Endlagerung ein weltweit ungelöstes Problem sei. Der Eindruck, vor einem Problem zu stehen, das die Fähigkeiten der Menschheit zu überfordern scheint, weil sie keine technische Lösung findet, würde ansonsten weiterhin Ängste schüren. Schafft [REDACTED] es, das Thema „Endlagerung“ kommunikativ erfolgreich zu besetzen, können hier große Schritte auf dem Weg einer Image-Verbesserung erzielt werden. Glaubwürdig erkennbar zu machen, dass die Betreiber sich ihrer Verantwortung bewusst sind und aktiv in langfristige Akzeptanz investieren, stellt die ersten Schritte auf dem Weg zu mehr Zuspruch, Vertrauen und aufkeimender Legitimität dar – und ist damit der Nährboden für längere Laufzeiten.

Daher gilt es, das Thema Endlager proaktiv zu besetzen und die Kommunikation zur Endlagerung zu bestimmen, bevor es im Wahlkampf kaputt geredet wird. In jeder Debatte und bei jedem Kontakt wird betont, dass der Betrieb eines sicheren Endlagers unumgänglich ist, und dass die Lösung für ein sicheres Endlager mit Gorleben womöglich in einigen Jahren greifbar ist.

3.2 Szenarien Public Affairs

Für [REDACTED] lassen sich im Wesentlichen drei mögliche Szenarien mit

unterschiedlichen Konsequenzen ableiten:

3.2.1 Szenario 1: Reaktive Begleitung

SPD und die Grünen begannen und beginnen ihre Kampagne zum Klimaschutz bereits in den hessischen Landtagswahlkämpfen. Auch im weiteren Jahresverlauf dient das Thema dazu, im energiepolitisch ausgerichteten Wahlkampf die Haltung von CDU/CSU und FDP zum Umgang mit der Kernenergie zur parteipolitischen Differenzierung nutzen. SPD und Grüne eröffnen gleichermaßen die Agitation gegen eine „revisionistische“ Energiepolitik. CDU/CSU und FDP werden als Erfüllungsgehilfen von vier geldgierigen Energiekonzernen denunziert, die mit einer veralteten, riskanten Technologie auf Kosten der Sicherheit der Bürger Milliardengewinne einfahren wollen. CDU/CSU und FDP gelten ihnen als Steigbügelhalter eines beispiellosen Vertragsbruchs, bei dem sich die Unternehmen bei der ersten Gelegenheit aus einem mit der Nation geschlossenen Vertrag davon stehlen. Zu allem Überfluss würde eine solche Entscheidung auch noch das Klimaschutzziel gefährden, weil der Umbau der Energiewirtschaft und mit ihm mehr Preiswettbewerb gefährdet werden.

Die von [REDACTED] ausgearbeiteten Positionen und Argumentationslinien für eine Neuausrichtung der Energiepolitik unter Einbeziehung der Kernenergie haben unter diesen Bedingungen wenig Chancen einen maßgeblichen, eigenständigen Raum in der Berichterstattung einzunehmen. Reaktive Statements gelangen meist über Aussagen wahlkämpfender Politiker von CDU/CSU und FDP oder Verbandssprecher in die Medien. Dafür wird [REDACTED] eher selten direkt angegriffen. Es überwiegt die kollektive Denunziation wie oben beschrieben. Das mediale Gegengewicht bilden branchenübliche Plattformen von Dena, Atomforum, IZ Klima, BDI usw. sowie die konservativen Leitmedien Welt, FAZ, Focus und die Wirtschaftstitel (Wirtschaftswoche, Manager Magazin, Impulse). Hier gelingt es, korrigierende Interviews und Statements abzudrucken. Für Meinungsäußerungen im TV bestehen die Redaktionen auf ein Interview mit dem Konzernchef.

Konsequenzen: Da die Kommunikation des Unternehmens vor allem unterstützend, beratend und dämpfend ausgerichtet ist, bleibt der Einfluss auf die öffentliche und auf die veröffentlichte Meinung gering. Das vorherrschende Meinungsbild, dass die bürgerlichen

Parteien und Energieunternehmen gleichgerichtete Interessen verfolgen, wird reproduziert. Die Reputation des Unternehmens leidet durch die Sippenhaft. Es wird unter Umständen Ziel von Protestaktionen der Bürgerbewegung. Der Kontakt zur SPD kühlt deutlich ab und fällt für politische Kompromisse längerfristig aus.

Von einer reaktiven Haltung [REDACTED] rät daher PRGS ab.

3.2.2 Szenario 2: Argumentative Unterstützung von CDU/CSU und FDP

[REDACTED] entscheidet sich für eine aktive Unterstützung der Argumentation der bürgerlichen Parteien. Es muss eine Grundsatzentscheidung zwischen den Lagern gefällt werden, und das Unternehmen setzt auf Sieg. Auf diese Weise lassen sich Unternehmenspositionen direkt in den Wahlkampf und die flankierenden Plattformen integrieren. Alle Medien beleuchten eindringlich diese womöglich unausgesprochene, aber doch offensichtliche politische Allianz. Eine Polarisierung zwischen den Lagern bringt das Thema Laufzeitverlängerung als unumgängliche Lösung einer konsequenten Klimapolitik ganz nach oben auf die Agenda. Dadurch wird einiger Raum geschaffen, die ausgearbeiteten Argumente in der nötigen Ausführlichkeit auszubreiten. So gelingt es auch gelegentlich, die Position [REDACTED] zusätzlich zu denen der bürgerlichen Parteien zu erläutern. Die direkt gegen das Unternehmen unternommenen Protestaktionen einiger Aktivisten lassen das Unternehmen als Opfer von Extremisten erscheinen. Ein möglicher Aufruf zum Boykott wird in Kauf genommen.

Konsequenzen: Die eigene Kampagne für eine Laufzeitverlängerung verschafft Handlungsspielraum. Den wirtschaftlichen Zielen wird die Reputation des Unternehmens untergeordnet, denn auf Dauer gesehen wird sich dieser Weg als der richtige erweisen. Die Interessenallianz mit den bürgerlichen Parteien wird auf Dauer gefestigt. Das Verhältnis zur SPD und Grünen ist auf dem Gefrierpunkt.

PRGS hält daher eine alleinige Orientierung zu Union und FDP für zu einseitig. Damit verändert sich der Frontverlauf in der Kernkraft-Debatte nicht. Das alte Lagerdenken verhindert neue Wege und neue Brücken. Pluspunkte in der öffentlichen Meinung lassen sich so nicht nachhaltig sammeln. Es geht um den Dialog mit allen Parteien und

Stakeholdern.

3.2.3 Szenario 3: Aktive grenzüberschreitende Kommunikation

eröffnet die Debatte um die Kernkraft. Dies ist möglich, weil das Unternehmen die gewohnten Bahnen des lagerbezogenen, ritualisierten Konflikts verlässt und einen eigenen Weg am Rande der laufenden Wahlkampfkommunikation einschlägt. Darum beschränkt sich nicht nur darauf, Argumentationslinien der Parteien zu bestärken oder zu widerlegen. Ziel der Kommunikation ist es, einen ersten wichtigen Schritt zu unternehmen, die schädlichen Emotionen in der Debatte zu neutralisieren und neu auszurichten. Dies gelingt, indem nicht nur in der Rolle eines KKW-Betreibers agiert, sondern als ein Energieversorger der sein Handeln an den gleichen energiepolitischen Zielen orientiert wie seine Kunden, die Wähler aller Parteien sind. Das Unternehmen eröffnet die Diskussion über den Weg zu stabiler Versorgung und mehr Klimaschutz, über den unterschiedliche Meinungen existieren können, und wird so zum Dialogpartner für alle politischen Kräfte. Dafür bleibt das Unternehmen im direkten Wahlkampfgeschehen eher außen vor und liefert nur Begleitmusik, die den Wahlkämpfern Vorlagen liefert.

Konsequenzen: Eine solche Strategie erfordert schnellen Entschluss und schnelles Handeln. Dann lassen sich über das Moment der Initiative und das Moment der Überraschung große Aufmerksamkeit in allen Medien erzielen. Auf diese Weise gelingt es als individueller Akteur mit eigenem Stil und als Meinungsführer wahrgenommen zu werden, der sich von seinen Mitbewerbern positiv unterscheidet. Das verdient Respekt. In der Branche wird dies ggf. als Alleingang empfunden, muss aber in Kauf genommen werden. Auch die bürgerlichen Parteien verlieren bei dieser Ausrichtung einen exklusiven Partner, können aber als Dialogpartner weiter hofiert werden. Es ergeben sich Optionen, den Kontakt zu SPD und Bündnis 90 / Die Grünen auf eine zum Besseren veränderte Grundlage zu stellen. Entscheidend bleibt, dass für die Kommunikation Richtung Kunde / Bürger / Wähler eine Kommunikation auf Augenhöhe gewählt wird, die um Legitimation für eine Energieversorgung der Zukunft wirbt.

PRGS empfiehlt eine aktive Kommunikationsstrategie, um mit neuen Argumentations-

linien und Kommunikationsinstrumenten alte Fronten aufzubrechen. Wenn [REDACTED] als Kernkraftbetreiber offensiv und neu diskutiert, kann [REDACTED] auch 2009 mit meinungsbildend wirken. Das Meinungsmonopol der stereotyp argumentierenden und polemisierenden Parteien wird so gebrochen.

3.3 Zusammenfassung und Fazit für eine Kommunikationsstrategie

- Die SPD bleibt intransigent beim Thema Atomausstieg, auch wenn einzelne Sozialdemokraten Fürsprecher der Kernkraft sind.
- Die SPD hat für den Wahlkampf derzeit allerdings eine schwache Stellung (Umfrage-Dauertief). Damit es wieder zu einer Großen Koalition kommen kann, bräuchte die SPD mehr als 30 Prozent der Wählerstimmen. Mit dem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier und dem neuen alten Parteilchef Franz Müntefering wird die SPD im Wahlkampf jedoch wieder populärer und eine große Koalition wieder wahrscheinlich. Damit bliebe es beim Atomausstieg.
- Auch bei neuen Koalitionskombinationen wie Schwarz-gelb-grün oder Rot-gelb-grün bliebe es wegen der Haltung der Grünen beim Atomausstieg.
- Union und FDP wären im Wahlkampf auch ohne das Thema Kernenergie im Vorteil. Die Union will das Thema jedoch zur Profilierung nutzen.
- Das emotionalisierende Thema Kernenergie bietet andererseits die Chance zur Wähler Mobilisierung für SPD und Grüne.
- Damit rückt die Kernenergie auf die vorderen Plätze der Wahlkampf-Agenda.
- Es besteht die Gefahr, dass sich die Fronten weiter verhärten und sich die öffentliche Meinung durch den Wahlkampf und entsprechend begleitende Kampagnen wieder in ein altes unversöhnliches und extremes Freund-Feind-Muster teilt. Die Gruppe der Unentschlossenen und Kompromissfähigen würde so schrumpfen. Die Kernenergie würde die Gesellschaft wieder polarisieren.

So ergibt sich nach Ansicht von PRGS folgende Kommunikationsstrategie für [REDACTED] Kernkraft:

- Da die Kernenergie unausweichlich Wahlkampfthema wird, sollte [REDACTED] versuchen, Teil-Debatten offensiv zu steuern und Argumente bereitzustellen. [REDACTED] nimmt so die Rolle des Agenda-Setters an.
- Daher: Keine Bestätigung des ritualisierten Konfliktmusters durch Bestärkung alter Argumentationslinien von CDU/CSU und FDP, sondern Kreation neuer Argumentationslinien und Argumentationsschwerpunkte.
- Hierfür setzt [REDACTED] eine zeitlich den Wahlkampf begleitende politische Kampagne zur Zukunft der Energiepolitik auf, die primär auf Aufklärung durch neuen Input setzt. Thema: [REDACTED] geht vorweg und gestaltet die Zukunft der Energieversorgung.
- Somit gilt es, CDU/CSU und FDP mit neuen Argumentationsansätzen zu versorgen, um das eigene Lager zu stärken, aber auch um alte Stereotype und Rituale aufzubrechen.
- Eine weitere Möglichkeit, um die Debatte in einem polemisierenden Wahlkampf zu entschärfen, ist es, den Dialog über die alten Lagergrenzen hinweg zu suchen und mit neuen Argumentationslinien Brücken zwischen den Lagern zu schlagen, um die Kompromissfähigkeit beim Thema Kernenergie in Politik und Gesellschaft zu fördern.
- PRGS hat hierfür folgende Argumentationslinien identifiziert:
 - Hoffnung für die Zukunft geben: Kernenergie + EE = Versorgungssicherheit + Klimaschutz.
 - Ängste und Unsicherheit nehmen: [REDACTED] treibt die Lösung für ein sicheres Endlager engagiert voran.
- Als weitere offensiv zu vertretende Themen bieten sich in der zweiten Reihe Geostrategie und Technologieführerschaft an. Hier werden die Themenwelten Unabhängigkeit und Innovation bedient. Vor allem das Thema Geostrategie eignet sich, um bestehende Ängste in der Bevölkerung vor einer Abhängigkeit von Russland zu nutzen.

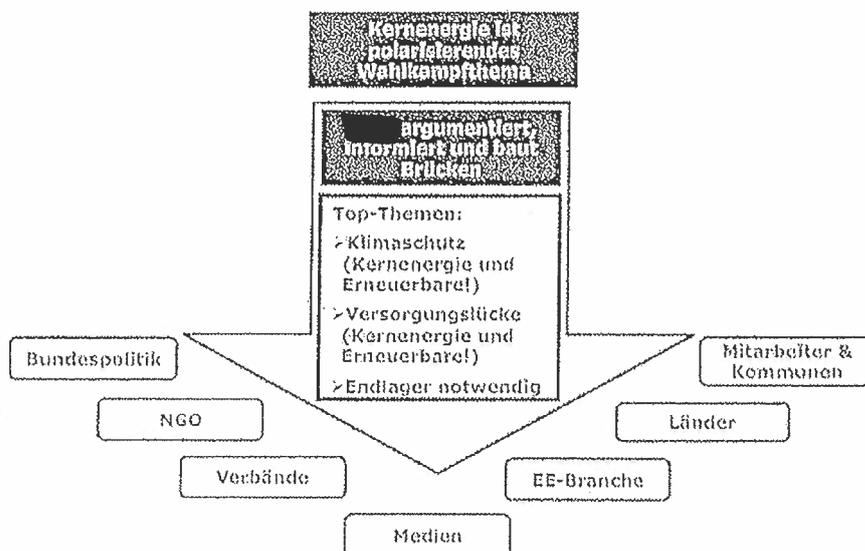
- Die Argumente Preisdämpfung und Sicherheit für die Meta-Themen Kosten und Risiken sollten wegen ihrer erhöhten Komplexität weniger offensiv oder reaktiv gefahren werden.
- PRGS empfiehlt in erster Linie eine Public-Affairs-Strategie, also die Kommunikation mit Politik und Stakeholdern als Motoren und Multiplikatoren der Debatte.
- Die Presse sollte indirekt oder gezielt und punktuell angegangen werden, um die angestoßenen Debatten öffentlich zu befördern.
- Um die öffentliche Meinung positiv zu beeinflussen, rät PRGS zudem in Kapitel 5 zum Einsatz geeigneter Meinungsumfragen, Internet-Lösungen (Information + Diskussion) und spezieller Grassroots-Aktivitäten sowie der Einbindung der KKW-Standorte.
- Weit gestreute Werbe- und Marketing-Aktivitäten sind nach Ansicht von PRGS nicht angebracht, um das Vertrauen von Öffentlichkeit, Medien, Politik und Stakeholdern in [REDACTED] zu stärken.
- PRGS hat in Kapitel 4 die Argumentationen aufgeführt. In Kapitel 5 macht PRGS Vorschläge zu entsprechenden Kommunikationsformaten. Kapitel 6 des Konzepts bietet eine Zeitschiene zum Überblick.

In jedem Fall sollte [REDACTED] auch über die Bundestagswahl hinaus:

- weiter sachlich argumentieren. Stoßrichtung:
 - Verlängerung der Restlaufzeiten unterstützt Klimaschutz und Energiewende.
 - Positive Verbindung Kernkraft und erneuerbare Energien betonen.
 - Kontinuierlich das Thema Endlager auf die Agenda setzen und besetzen.
 - Vor deutschem Know-how-Verlust warnen angesichts neuer KKW in Osteuropa etc.

- Zugeständnisse prüfen in Richtung Strompreis, „Atomsteuer“, Klimaschutz-Fonds etc., um das Image aufzubessern und um Verhandlungsmasse während der Koalitionsverhandlungen und der Phase der Regierungsbildung zu gewinnen.
- So weit wie möglich durch tatsächliche Projekte und Aktionen neue Argumentationsgrundlagen schaffen (Netzausbau, Strompreise, Erneuerbare Energien), um Glaubwürdigkeit herzustellen.
- Keine Werbekampagnen pro Kernenergie fahren, da diese angesichts des Vertrauensverlusts der EVU unglaublich und damit kontraproduktiv wirken.

Kommunikationskonzept



4 Argumentationslinien

█ sollte die offensive Kommunikation auf wenige vorteilhafte Themen beschränken. Höchste Priorität haben folgende Themenkreise, da sie auf der politischen und öffentlichen Agenda vorne angesiedelt sind und hohes emotionales Potenzial besitzen:

- Versorgungssicherheit unter der Bedingung der deutschen Klimaschutzziele,
- nahe liegende Lösung eines sicheren Endlagers.

Für eine offensive Kommunikation eignen sich auch die positiven Themen aus der zweiten Reihe:

- geostrategische Sicherheit bei Energieversorgung und möglichst hohe Unabhängigkeit von Energie-Importen,
- deutsche Technologieführerschaft im Bereich Kernkraft.

Folgende Themen sollten wegen ihrer Komplexität oder Zwiespältigkeit nur reaktiv behandelt werden:

- Kernenergie als Preisdämpfer an der EEX,
- mögliches Strahlenrisiko wissenschaftlich ausgeschlossen (erhöhte Leukämie-Raten)

4.1 Versorgungssicherheit und Klimaschutz

4.1.1 Argumentationslinie

Die Klimaschutzziele der Bundesregierung sind die notwendige Randbedingung für den Umbau des deutschen Kraftwerkparcs.

Bleibt es beim Ausstieg aus der Kernenergie wird Deutschland in Zukunft ein ernstes Problem bei Versorgung und CO₂-Ausstoß bekommen, da die emissionsarme Kernkraft durch die CO₂-intensive Kohlekraft ersetzt wird und CCS auf absehbare Zeit nicht marktreif ist. Die hohen Erdgaspreise lenken die Investitionsströme weg von modernen Gas-

kraftwerken in zu Kohlemaillern. Damit wird das auch das Ziel des Emissionshandels ad absurdum geführt, der Anreiz für mehr Gas und weniger Kohle sein sollte.

Mit Atomausstieg wird die Kraftwerkslücke also mit CO₂-intensiven Kohlekraftwerken geschlossen.

Eine Abkehr vom Atomausstieg würde die Kraftwerkslücke über 2025 hinaus schließen und alternativen Energieformen als Brücke zur Effizienz- und Effektivitätssteigerung dienen. Die Klimaschutzziele der Bundesregierung wären somit wieder erreichbar.

4.1.2 Klimaschutzziele der Bundesregierung

Die Erneuerung des deutschen Kraftwerkparks steht unter der Prämisse des Klimaschutzes. Internationale Verpflichtungen den Klimaschutz voranzutreiben fordern auch Deutschland zum Handeln auf. So will die Bundesregierung bis zum Jahr 2020 den Ausstoß von Treibhausgasemissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 um 40 Prozent zu reduzieren. Instrumente der EU-Mitgliedsstaaten sind hierfür der Emissionshandel, der Ausbau erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sowie vermehrte Energie-Einsparung in allen Energie-Sektoren.

- Erneuerbarer Energien u. KWK: Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2020 auf 30 Prozent zu erhöhen. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Wärmebedarf soll auf 14 Prozent steigen. Die Kraft-Wärme-Kopplung soll ihren Anteil an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2020 auf 25 Prozent verdoppeln.
- Emissionshandel: In den nächsten 15 Jahren werden voraussichtlich mindestens 40.000 Megawatt elektrische Kraftwerksleistung ersetzt werden müssen. Der Emissionshandel soll dazu führen, dass im Rahmen dieses Modernisierungsprozesses effiziente Technologien und CO₂-arme Brennstoffe verstärkt genutzt werden. Mit dem Emissionshandel will die Bundesregierung ihr in der Nachhaltigkeitsstrategie beschlossenes Ziel der Senkung des CO₂-Ausstoßes bis 2020 um 36 Prozent im Vergleich zu 1990 erreichen.

- **Energieeffizienz:** Die Energieproduktivität soll allgemein um drei Prozent pro Jahr steigen. Der Primärenergieverbrauch von Gebäuden wird ab 2009 um 30 Prozent gesenkt, ab 2012 nochmals um die gleiche Größenordnung (EnEG, EnEV, CO₂-Gebäude-sanierungsprogramm).
- CCS spielt in der realen Kraftwerks- und Klimaschutzplanung des nächsten Jahrzehnts noch keine Rolle.

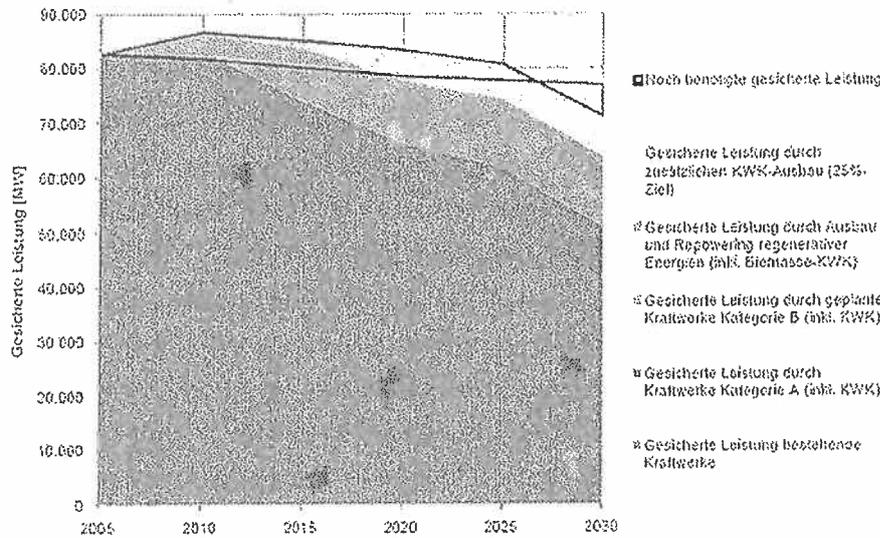
Als besonders CO₂-arme Stromerzeuger gelten laut Öko-Institut die Onshore-Windenergie (24 g CO₂ pro kWh), die deutsche Kernkraft (32 g/kWh) und aus südlichen Ländern importierter Solarstrom (27 g/kWh). Das Öko-Institut berechnet dabei Herstellung und Rohstoffförderung mit ein. Zum Vergleich: Bei einem Braunkohle-Kraftwerk fallen 1.153 g CO₂ pro kWh an, bei einem (Import-)Steinkohlekraftwerk 949 g/kWh.¹

4.1.3 Versorgungssicherheit 2020

Neben dem Klimaschutz steht die Versorgungssicherheit Deutschlands als dringlichstes Ziel fest. Doch Deutschland geht der Strom aus: Schon ab 2012 wird die Jahreshöchstlast von rund 80 Gigawatt (GW) der deutschen Stromversorgung nicht mehr vollständig gedeckt, so das Ergebnis der Kurzanalyse zur Kraftwerks- und Netzplanung in Deutschland der Deutschen Energie-Agentur (Dena). Dies gilt auch, wenn derzeit geplante Kohlekraftwerke mit hoher Realisierungswahrscheinlichkeit ans Netz gehen, alle Effizienzpotenziale ausgeschöpft werden und sowohl der Ausbau der regenerativen Energien (auf 30 Prozent) als auch der Kraft-Wärme-Kopplung (auf 25 Prozent) voranschreiten.

Das Grundproblem besteht darin, dass die über das Jahr produzierte Strommenge von erneuerbaren Energien nicht zu jeder Tages – oder Jahreszeit verfügbar ist. So müssen in den warmen windarmen Sommermonaten, wenn die Windenergie wenig Strom produziert, dennoch dauerhaft 80 MW verfügbar sein. Dies kann der deutsche Kraftwerkspark

¹ Ökoinstitut (Hg.): Treibhausgasemissionen und Vermeidungskosten der nuklearen, fossilen und erneuerbaren Strombereitstellung. Darmstadt 2007. S. 7.



Energieprogramm der Bundesregierung mit Laufzeitverlängerung (Quelle: Dena)

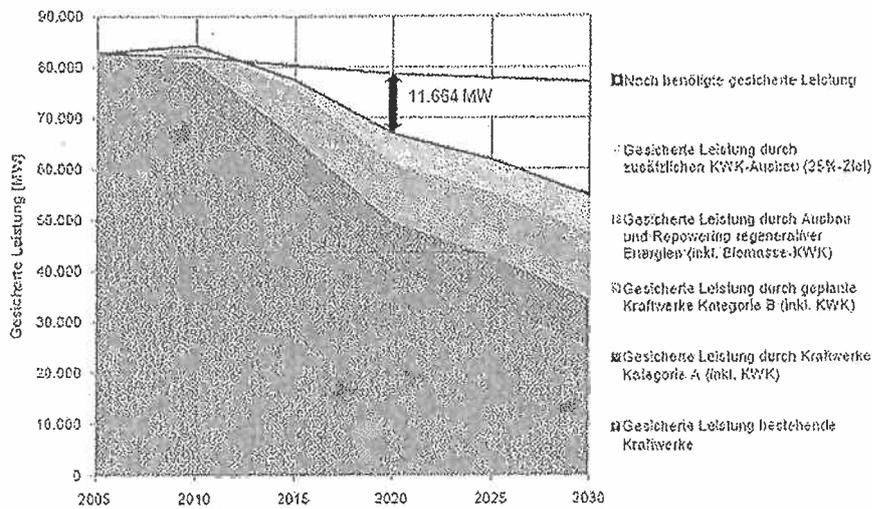
	2005	Energieprogramm Bundesregierung, Atomausstieg			Energieprogramm Bundesregierung, aber mit Laufzeitverlängerung		
		2010	2015	2020	2010	2016	2020
(MW)							
Jahreschöpfung	76.700	75.933	74.388	72.865	75.933	74.399	72.865
Benötigte gesicherte Leistung	62.700	61.873	60.210	58.555	61.873	60.210	58.555
Gesicherte Leistung Kraftwerkbesonderheit	62.700	74.657	58.621	49.328	77.129	64.575	60.810
Gesicherte Leistung durch Kraftwerke Kategorie A	0	6.216	9.023	9.023	6.245	9.629	9.629
Gesicherte Leistung durch geplante Kraftwerke Kategorie B	0	0	5.491	5.491	0	5.491	5.491
Gesicherte Leistung durch REG-Ausbau	0	2.732	4.089	5.603	2.732	4.089	5.603
Gesicherte Leistung durch KWK-Ausbau (25%-Ziel)	0	497	1.359	5.705	487	1.368	5.706
Noch benötigte gesicherte Leistung	0	-12.611	-2.837	-11.661	-14.793	-4.817	-14.877

Die optimistische Prognose des Umweltbundesamts „Atomausstieg und Versorgungssicherheit“ vom März 2008 sieht trotz Atomausstiegs auch 2020 keine Stromlücke. Dabei setzt das UBA die prognostizierte Nenn-Leistung der erneuerbaren Energien mit der tatsächlich verfügbaren Leistung gleich. Das ist ein Fehler. So liefern etwa 25 GW installierte Windenergie nicht einmal in der windreichen Jahreszeit volle Leistung, in heißen Sommermonaten geht die verfügbare Leistung und damit auch die Windstromerzeugung gegen Null. Dann müssen andere Kraftwerke einspringen. In der Dena-Netzstudie von 2005 haben sich Windkraftbranche und Netzbetreiber auf eine gesicherte und ständig verfügbare

jedoch nicht mehr garantieren, wenn Kohle- und Kernkraftwerke Schritt für Schritt vom Netz gehen.

Selbst bei sinkendem Stromverbrauch, wie es das Energieprogramm der Bundesregierung vorsieht, kann der Kraftwerkspark ab 2012 unsere Stromversorgung nicht mehr sicherstellen. Bis 2020 wächst die Lücke zwischen Jahreshöchstlast und gesicherter Kraftwerksleistung auf 11,7 GW, bei konstanter Stromnachfrage sogar auf 15,8 GW.

Eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke um 20 Jahre auf dann durchschnittlich 52 Jahre, würde diese Differenz um 10 bis 15 Jahre verzögern. Die Kernkraft dient dabei als Brückentechnologie, bis eine alternative Energieversorgung ausreichend effizient und effektiv ist. In der Zwischenzeit geht es um den starken Ausbau der erneuerbaren Energien und des Stromnetzes, die Entwicklung effizienter Speicher für schwankenden Öko-Strom aus Wind und Sonne und die Nutzung weiterer Energiespar-Potenziale.



Energieprogramm der Bundesregierung mit Atomausstieg (Quelle: Dena)

(Kategorie A: Kraftwerke nach 2005 im Betrieb; Kategorie B: Kraftwerke mit hoher Realisierungswkt.)

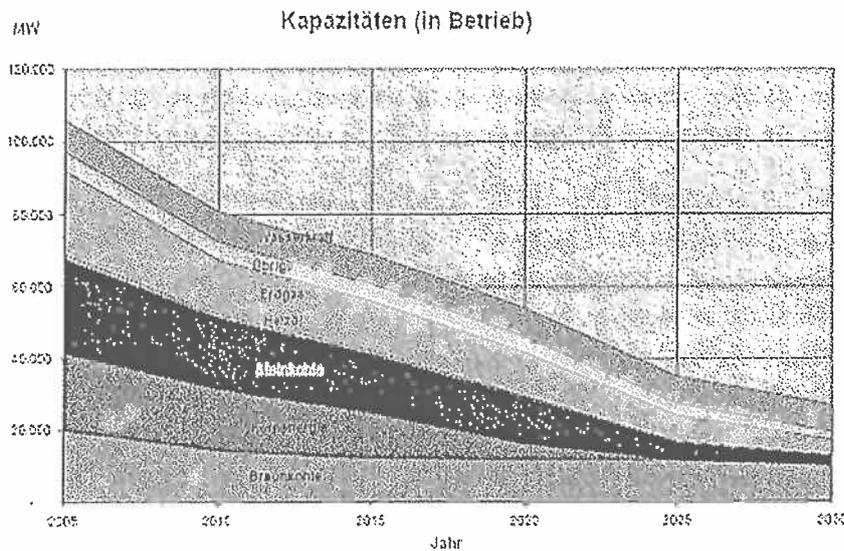
bare Windenergieleistung von 6 Prozent der installierten Kapazität als feste Berechnungsgrundlage verständigt²: Bei 25 GW Nennleistung wären dies also lediglich 1,5 GW dauerhaft verfügbare Leistung. Dieser Wert wächst auch mit dem Bau höherer Windkraftanlagen bzw. Offshore-Windparks nur geringfügig.

Von den für 2020 vom UBA prognostizierten 37 GW Windenergiekapazität steht also nur ein kleiner Teil ständig gesichert zur Verfügung. Um diese Schwankungen der Windenergie auszugleichen, müssen langfristig große und effiziente Speicher (etwa skandinavische Pumpspeicherkraftwerke) zur Verfügung stehen oder die bundesweite Kopplung mit anderen erneuerbaren Energiequellen, wie es im Versuchsprojekt „Virtuelles Kombikraftwerk“ bereits angedeutet wurde. Bis dahin wird die Windenergie jedoch keine dauerhaft hohe verfügbare Leistung bereitstellen können.

Die Argumentation des UBA überrascht, da die Behörde 2006 noch in der Studie „Klimaschutz und Investitionsvorhaben im Kraftwerksbereich“ dramatische Veränderungen im deutschen Kraftwerkspark prognostizierte. Demnach sollten neben den rund 20 GW Kernkraft-Leistung bis 2025 auch 23 der derzeit etwa 28 GW Steinkohle- und 5 der derzeit 20 Braunkohlekraftwerksleistung sowie 10 der derzeit rund 18 GW Gaskraftwerksleistung aus Altersgründen vom Netz gehen. Das Umweltbundesamt sah also vor kurzem noch ein Schrumpfen der konventionellen Kraftwerksleistung von rund 90 GW auf rund 30 GW voraus. So kommt das UBA zum Schluss: „Insgesamt zeigt sich, dass bis 2020 etwa 50 Prozent der Kraftwerke vom Netz gehen, bis zum Jahr 2030 sogar etwa 75 Prozent.“³ Dies zeigt auch die UBA-Grafik:

² Dena (Hg.): Energiewirtschaftliche Planung für die Netzintegration von Windenergie in Deutschland an Land und Offshore bis zum Jahr 2020. Berlin 2005.

³ UBA (Hg.): Klimaschutz und Investitionsvorhaben im Kraftwerksbereich. Dessau 2006. S. 4.



Weniger drastisch als die Dena-Studie, aber in die gleiche Richtung weist der Monitoringbericht zur Versorgungssicherheit des Bundeswirtschaftsministeriums: Von 15 GW neuen benötigten konventionellen Kraftwerkskapazitäten gelten bis 2015 nur 8 GW mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 66 Prozent als gesichert. Der Monitoringbericht merkt an, dass der Bau neuer Kohle- und Gaskraftwerke von der Höhe des Erdgas- bzw. CO₂-Zertifikatspreis und der Akzeptanz in der Bevölkerung abhängt. So wurde der Bau einer Reihe von Kraftwerken mit einer veranschlagten Leistung von über 10 GW in den letzten Monaten aus der Planung genommen.⁴

Auch wenn erneuerbare Energien rein zahlenmäßig die wegbrechende konventionelle Kraftwerksleistung in den nächsten Jahren ersetzen würden, könnten diese damit bei weiten nicht die gleiche ständig täglich benötigte Leistung erbringen. Der deutsche Kraftwerkspark muss also zwangsläufig mit fossilen und CO₂-intensiven Kraftwerken erneuert werden – wenn es beim Atomausstieg bleibt. Dazu kommt für das Klima erschwerend hinzu, dass wegen der hohen Erdgaspreise die geplanten Kraftwerksinvestitionen

⁴ Vgl. BMWi (Hg.): Monitoring-Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie nach § 51 EnWG zur Versorgungssicherheit im Bereich der leitungsgebundenen Versorgung mit Elektrizität, Berlin 2008, S. 11ff.

plant und projektiert analog zum Regenerativen Kombikraftwerk von Schmack, Enercon und Solarworld (www.kombikraftwerk.de) ein virtuelles Null-CO₂-Kraftwerk mit der Kopplung von KKW, WKA, BioKW u. Pumpspeicher als Nord-Süd-Achse. beweist dadurch, dass sich Kernkraft und erneuerbare Energien – insbesondere die fluktuierende Windenergie – bei der Stromversorgung ergänzen können. Und das ohne Kohlestrom. Damit liegt im Trend:

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos am 27.6.2007 in einer Pressemitteilung zum Regenerativen Kombikraftwerk: „Das Demonstrationsprojekt zeigt, dass ein virtuelles Kombikraftwerk die Möglichkeit bietet, durch die gemeinsame Regelung kleinerer, dezentraler Energieerzeuger Energie wie ein herkömmliches Großkraftwerk bereitzustellen.“ Der Einsatz intelligenter Steuerungs- und Regeltechnik erlaubt die Zusammenschaltung von dezentralen Wind- und Solaranlagen mit Biogas- und Wasserkraftanlagen, so dass die un-stete Windstromeinspeisung kompensiert werden kann. Laut Bundesminister Glos sollten solche Lösungen weiter entwickelt werden, um die notwendige Netzstabilität auch bei steigender Stromeinspeisung aus Wind- und Solaranlagen zu gewährleisten.⁷

4.1.5 Beispiel Kraft-Wärme-Kopplung

Jedes thermische Kraftwerk kann die entstehende Abwärme verwerten – auch ein Kernkraftwerk. So können Kernkraftwerke die Wärme zur Fernwärmeversorgung nutzen und so ihrem Nutzungsgrad steigern (Greifswald, Stade, aktuell: KKW Gösgen in der Schweiz). Auch kann ein KKW in KWK für die Wärmeversorgung nahe gelegener Großstädte oder Prozesswärmeversorgung der (anzusiedelnden) Industrie verantwortlich sein. So kann die Abwärme auch in ländlichen Gegenden beispielsweise zur Bio-Treibstoff-Produktion genutzt werden. Die USA, Indien, Japan und Russland etwa nutzen die Abwärme der Atomkraft seit Jahrzehnten, um Meerwasser zu entsalzen.

Momentan wird bei keinem AKW in Deutschland KWK angewandt. Die Nachrüstung wäre technisch ohne große Schwierigkeiten möglich, so das Kernforschungszentrum Jülich. Al-

⁷ <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=209362.html>

vor allem in Braun- und Steinkohlekraftwerke fließen werden, was das Erreichen der Klimaschutzziele der Bundesregierung gefährdet.

Würden laut UBA vor allem Kohle- und einige Gaskraftwerke den alten Kraftwerkspark modernisieren, könnte dies bis 2020 nur eine Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes um rund 14 Prozent ermöglichen. Damit wäre das von Bundestag und Bundesregierung angepeilte Ziel, die gesamten CO₂-Emissionen bis 2020 um 36 Prozent (gegenüber dem Basisjahr 1990) zu senken, verfehlt.

Das bestätigt von der Tendenz her auch das Deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR) in seiner Leitstudie Erneuerbare Energien 2008: Würde beim Neubau fossiler Kraftwerke auf Kohle statt Gas gesetzt, könnten die CO₂-Emissionen bis 2020 nur um rund 25 Prozent reduziert werden. Von den 28 Gigawatt fossiler Altkraftwerke, die bis 2020 stillgelegt werden, dürften höchstens 10 Gigawatt mit Kohle ersetzt werden.⁵

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) setzt folgende Messlatte: „Die durchschnittlichen CO₂-Emissionen der zwischen 2006 und 2020 in Betrieb gehenden fossilen Kraftwerke dürfen 368 g pro kWh nicht überschreiten, wenn das 40-Prozent-Ziel der Bundesregierung eingehalten werden soll!“ Diesen Wert würden jedoch lediglich mit Erdgas befeuerte Kraftwerke unterschreiten. Die Emissionen von Stein- und Braunkohlekraftwerken liegen jeweils bei mehr als dem doppelten Wert.⁶

Auch wenn DUH, DLR oder UBA im Detail unterschiedliche Zahlen für die Modernisierung des Kraftwerksparks verwenden – die Tendenz in allen Studien ist gleich: Die Klimaschutzziele werden ohne Atomkraft 2020 nicht erreicht.

4.1.4 Beispiel virtuelles Kraftwerk

Einer der wichtigsten Aufgaben der Energieversorger ist es, in Zukunft die Integration der erneuerbaren Energien ins Netz zu gewährleisten. Dies kann nur Aufgabe der etablierten EVU sein.

⁵ Vgl. DLR: „Leitstudie 2008“ Weiterentwicklung der „Ausbaustrategie Erneuerbare Energien“ vor dem Hintergrund der aktuellen Klimaschutzziele Deutschlands und Europas. Berlin Oktober 2008.

⁶ DUH: Klimaschutzziele und Kohlekraftwerke. Vortrag 2/2008.

Irdings sind hohe Investitionen für den Anschluss ans Fernwärmenetz notwendig und in Anbetracht des Atomausstiegs sind diese Investitionen zu riskoreich. Zwar wird bei der Kombination von KWK mit Kernkraft mit jeder produzierten Einheit Wärme eine bestimmte Einheit hoch rentablen Stroms weniger produziert, aber bei einer Verlängerung der Restlaufzeiten und gestiegener Anforderungen an den Klimaschutz würde sich diese Investition für alle Beteiligten nachhaltig lohnen.

4.2 Lösung eines sicheren Endlagers

4.2.1 Situation

Eine zentrale Rolle bei der Debatte um Kernenergie spielt das Thema Endlagerung. Nach den in den Medien vielfach thematisierten Vorfällen im ehemaligen Bergwerk Asse hat Sigmar Gabriel die Endlagerung als Wahlkampfthema identifiziert, und das auch, weil sich die CDU einer neuen Standortsuche verweigert.

Für die Bürger ist die Endlager-Debatte überwiegend ein mit Furcht, Skepsis und Ablehnung emotional durchdrungenes Thema. Diejenigen, die an die Sicherheit der Endlager-Standorte glauben, befinden sich in der Minderheit. Die Kernkraftbetreiber selbst meiden das Thema, da technisch überzeugende Lösungen weltweit noch nicht identifiziert werden konnten. Dabei hat sich die Problematik der Endlagerfrage in diesem Jahr weiter verschärft: Das Versagen der Asse-Betreiber hat den schwelenden Ressentiments in der Bevölkerung gegen die Atomkraft frischen Wind zugeführt. Die Bilder von Fässern, die mit tödlichem Inhalt und ohne jede Vorsicht im Salzstock versenkt wurden, untergräbt die Glaubwürdigkeit der Vertreter, die wiederholt die Fähigkeit betonen, mit der Problematik der Endlagerung angemessen umgehen zu können. In einem von Technologie dominierten Alltag, der in 30 Jahren Forschung keine überzeugende Lösung für das Problem gefunden hat, mehren sich die Zweifel, ob jemals eine Lösung gefunden werden kann. Der Eindruck, vor einem Problem zu stehen, das die Fähigkeiten der Menschheit zu überfordern scheint, weil sie keine technologische Lösung findet, befeuert die Fantasie – und die Angst.

4.2.2 Argumentationslinie

Die Endlagerfrage ist bislang ausschließlich von den Atomkraftgegnern besetzt, weil der Weg zu einer Lösung lange und beschwerlich ist, und die deutsche Bevölkerung sehr ängstlich auf strahlenden Atommüll reagiert. Doch eins ist allen klar: Mit oder ohne Atomausstieg – Deutschland braucht für die bestehenden Nuklearabfälle ein sicheres Endlager. So ist das Moratorium von 2000 zur weiteren Erforschung der Lebenszyklen zur Klärung

der Endlagerfrage nur ein politischer Zeitgewinn, aber für die Sicherheit der Bevölkerung ein Zeitverlust.

Die Endlagerfrage ist unabhängig von der Frage des Atomausstiegs stets akut. Hier könnte diese vermeintliche Schwäche der Kernkraft umgedreht und aktiv kommuniziert werden: Die Lösung der Endlagerfrage ist eine zentrale Herausforderung für diese und kommende Generationen. Durch das Moratorium und den geplanten Ausstieg aus der Kernenergie kann diese Frage nicht gelöst werden. Aufgrund der Brisanz und den temporären Ausmaßen des Problems besteht für die Kernkraftbefürworter die Pflicht, aber auch die Chance, entscheidend zur Lösung der Endlagerfrage beizutragen.

█ sollte sich auf die Unterstützung der Politik bei der Endlagerfrage konzentrieren. Bereits von der Energiewirtschaft vorgeschlagen wurde eine „international peer review“: Bestehendes Datenmaterial über alle möglichen Standorte sollen ausgewertet und 2011 in international besetzten Workshops präsentiert werden. Dies ähnelt auch dem Vorschlag von Bundesumweltminister Gabriel, bis 2010 bestehende geologische Daten zu überprüfen, um möglicherweise realistische Alternativen zu Gorleben zu finden. █ stellt sich der Verantwortung und setzt sich für den Beginn einer neuen Endlagersuche ein. So setzt █ auch ein Signal, dass die mit dem Atommüll verbundenen Probleme nicht als unlösbar hingenommen werden – im Gegenteil: technologische Lösungen stehen bereit bzw. werden weiter entwickelt. Hier besteht eine klare Chance zur Imageverbesserung, die langfristig zu Vertrauen und Akzeptanz in der Bevölkerung führen könnte – der Nährboden für längere Laufzeiten.

Die Debatte von einem emotional aufgeladenen Pro versus Contra gelangt so auf eine sachlichere und lösungsorientierte Ebene: In Zusammenarbeit mit Politik, Wirtschaft und Wissenschaft untersucht █ stellvertretend für die EVU Alternativen zu Gorleben. Die Botschaft: Wir dürfen nichts unterlassen, um höchste Sicherheit für nachfolgende Generationen zu gewährleisten.

Für die Öffentlichkeit und die Kritiker soll das Bild entstehen, dass sich die Betreiber keineswegs der Verantwortung entziehen, sondern in einem Dialog mit allen betroffenen Gruppen (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft/Forschung, Überwachungsämtern, Umwelt-

gruppen, Verbänden) an der Lösung arbeiten. Durch ihre technisches Know-how und ihre Expertise im Bereich Kernenergie sind die Betreiber ein wertvoller Verbündeter bei der Lösung der Endlagerfrage. Dies kann gegenüber allen Stakeholdern offen kommuniziert werden. Hierdurch kann [REDACTED] ebenfalls einen weiteren Kritikpunkt der Atomkraftgegner entkräften: Die Entscheidung für Gorleben als Endlager, die 1977 getroffen wurde, wird häufig als politische Entscheidung gewertet. Durch die Unterstützung einer ergebnisoffenen Suche nach Alternativen und deren Prüfung wird diesem Argument die Grundlage entzogen werden. Dadurch könnte die Endlagerfrage pragmatisch angegangen und der Hauptkritikpunkt der Kernkraftgegner entkräftet werden.

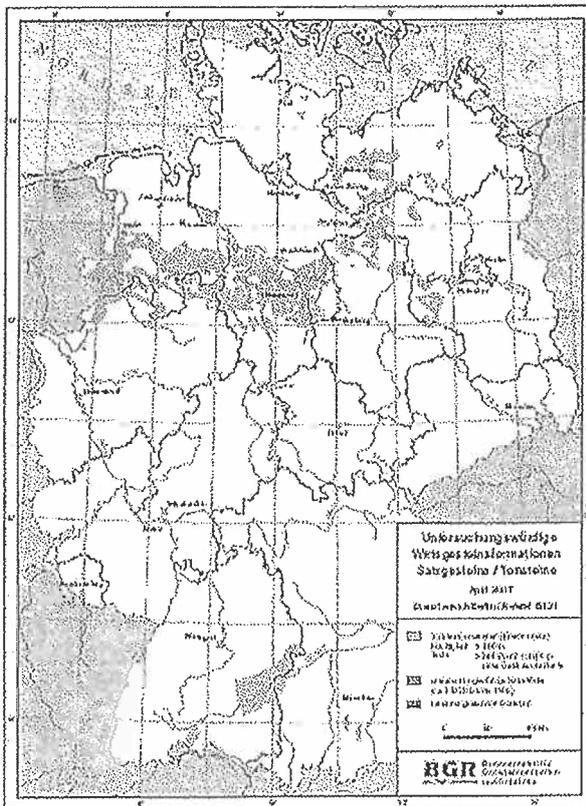
4.2.3 Die Suche nach einem Endlager

Bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie entstehen radioaktive Abfälle: In Forschung und Medizin schwach- und mittelradioaktive sowie beim Betrieb von KKW auch hochradioaktive Reststoffe.

Bisher ist in keinem der 41 Staaten, die die Kernenergie nutzen, ein Endlager aktiv. In Deutschland sind etwa 90 Prozent der anfallenden nuklearen Abfälle schwach- und mittelradioaktiv (ca. 270.000 Kubikmeter) und etwa 10 Prozent hochradioaktiv (ca. 24.000 Kubikmeter). Zurzeit befinden sich die radioaktiven Abfälle in Zwischenlagern bzw. an den KKW-Standorten. Für die Endlagerung radioaktiver Abfälle hat sich weltweit das Konzept des Einbringens der Abfälle in tiefe geologische Formationen (ca. 300–1.000 m Tiefe) durchgesetzt.

Weltweit werden Salz-, Ton- und Granitformationen auf ihre Eignung als Endlager untersucht. In Deutschland kommen unter den Salzstöcken die Standorte Zwischenahn, Gorleben, Wahn, Gülze-Sumte und Wattenkatt in Betracht. Bei den Tonformationen konzentriert man sich ebenfalls auf norddeutsche Standorte, weil die süddeutschen Formationen entweder in seismisch aktiven Gebieten oder in Karstregionen liegen (Schwäbische Alb), die aufgrund des hohen Wasserzutritts nur bedingt geeignet erscheinen.

Der technische Vorteil von Salzstöcken zur Endlagerung liegt in dessen viskoplastischen Eigenschaften – unter hohem Druck verschiebt sich das Material –, die zu einem Verschluss von Hohlräumen führen. Bei der Auswahl eines Salzstockes wurde das bisher als Vorteil angesehen. Das Bundesumweltministerium forderte allerdings erstmals im Juni 2008 in einem Entwurf, dass Atommüll für 500 Jahre potential rückholbar sein müsse. Demnach würde sich der Vorteil eines Salzstockes unter diesen Gesichtspunkten in einen Nachteil verwandeln. Trotzdem gilt Salz unter den weiteren alternativen Gesteinsarten für ein Endlagern Ton und Kristalline Gesteine am sichersten gegen Wassereintrüche – zumindest sofern das Salz nicht wie im Lager Asse II durch einen Grundwassereintruch weggespült wird.

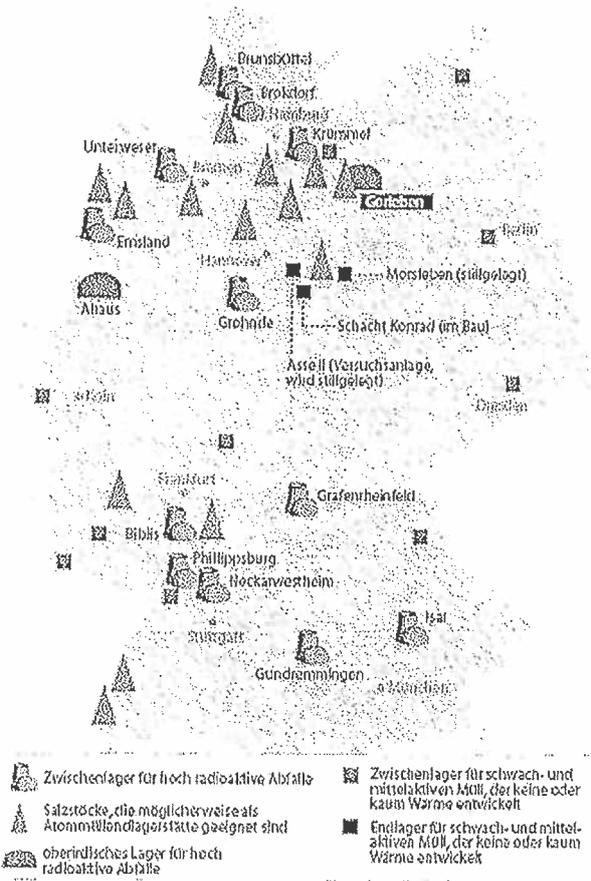


Ton- und Tongesteine bieten zwar weniger Widerstand gegen Wassereintrüche als Salz, die Werte liegen allerdings immer noch im sicheren Bereich. Allerdings schirmen Tonlager den Abfall zwar ebenfalls von der Biosphäre ab, verlieren diese Eigenschaft aber bei der Wärmeentwicklung beim radioaktiven Zerfall und eignen sich daher lediglich für nicht wärmeentwickelnde hochradioaktive Abfälle. So ist das Endlager Schacht Konrad bei Salzgitter als ehemaliges Eisenerzbergwerk nur für radioaktive Abfälle mit geringer Wärmeentwicklung geeignet. Kristalline Gesteine wie Granit oder Gneis wiederum besitzen eine hohe Festigkeit und Hohlraumstabilität sowie geringe Temperaturemp-

findlichkeit. Allerdings sind sie weitaus durchlässiger für Wasser als Ton oder Salz. Da in Deutschland solche Gesteine fehlen, fällt diese Alternative bei der Endlagersuche weg.

Mit der Erforschung von Endlagerstätten wurde bereits 1963 im Rahmen des Atomprogramms begonnen. Im Februar 1977 benannte die Niedersächsische Landesregierung schließlich den Salzstock Gorleben als einzigen Standort für das Endlager sowie das Entsorgungszentrum. Der Festlegung von Gorleben ging die Arbeit einer Projektgruppe voraus, die innerhalb weniger Monate 140 Salzstöcke untersuchte. Von diesen Salzstöcken blieben vier übrig: Lichtenhorst, Wahn, Maria Glück (Höver) und Gorleben. Die Auswahlkriterien betrafen unter anderen Flächennutzung, Besiedlungsdichte, Strahlenschutz und Endlagergeologie, wobei geowissenschaftliche Argumente nach Ansicht der Kritiker lediglich einen geringen Stellenwert aufwiesen. Der ursprüngliche Ansatz, drei potenziell geeignete Salzstöcke parallel zu untersuchen und einer vergleichenden Bewertung zu unterziehen wurde durch die Benennung Gorlebens aufgegeben. Die fehlende Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidung für Gorleben ist bis heute einer der Gründe, warum der Widerstand gegen den Standort so vehement ist. Damit hängt auch die Ablehnung der Kernkraft durch eine Mehrheit der Bürger zusammen.

Zudem sind große Teile der Fachwelt überzeugt, dass es mehrere Standorte in Deutschland gibt, die für Endlager in Frage kämen. Folgende Abbildung gibt einen Überblick über potentielle Standorte in Deutschland



Die Erkundung des Salzstockes wurde allerdings im Jahr 2000 auf Veranlassung der damaligen rot-grünen Bundesregierung unterbrochen. Das auf drei bis zehn Jahre angelegte Moratorium soll zur Klärung allgemeiner konzeptioneller und sicherheitsrelevanter Fragen zur Endlagerung genutzt werden. Das Bundesamt für Strahlenschutz stellte 2005 schließlich fest, dass für eine effektive Lösung der Endlagerfrage weiter nach Alternativen zu Gorleben gesucht werden müsse. Dies hängt vor allem mit neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden zusammen, mit denen potenzielle Lagerstätten untersucht und geprüft werden können. Daher sind Vergleiche zwischen verschiedenen potenziellen Standorten notwendig, um den relativ besten Standort zu identifizieren. Dies gilt auch für Gorleben. Der Standort muss sich danach mit anderen Standorten einer verglei-

chenden Bewertung stellen.

Vor allem das Bundesumweltministerium und das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) fordern in Pressemitteilungen und Stellungnahmen⁸ immer wieder eine solche vergleichende Standortsuche. Sie stoßen dabei aber auf Widerstand aus der Industrie und Politik, insbesondere aus den Reihen der CDU, die auf Gorleben beharrt.

Momentan ist die Frage nach der weiteren Erkundung von Gorleben als Endlager nicht geklärt. Experten betonen allerdings, dass bisher keine Fakten gegen den Salzstock als Endlager sprechen. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) weist darauf hin, dass aus den Ergebnissen der Gutachten nicht die zwingende Notwendigkeit eines Standortvergleichs abgeleitet werden kann und die in den Einzelgutachten aufgezeigten Ergebnisse nicht gegen die positive Bewertung der geologischen Befunde am Standort Gorleben und damit auch nicht gegen eine Weiterführung der Erkundung sprechen.⁹ Ein in der Zwischenzeit von der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) erstelltes Gutachten bestätigt die Einschätzung der BGR. Dies bedeutet, dass zwar bisher nichts gegen ein Endlager in Gorleben spricht. Trotzdem wird die Suche nach Alternativen unterstützen, um dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen nachzukommen.

Unabhängig davon wird an möglichen Technologien geforscht, die die Halbwertszeit von radioaktivem Müll deutlich verringern sollen. Deutschland setzt mit seiner Nukleartechnologie in diesem Bereich Standards.

Gegner der Kernenergie argumentieren, die Erkundung Gorlebens ohne vollzogenen Ausstieg aus der Nutzung verleite zur Verlängerung der Restlaufzeiten und erhöhe so das Risiko nuklearer Stör- und Unfälle. Das ist falsch. Richtig ist, dass unabhängig vom Atomausstieg die Abfälle momentan oberirdisch lagern – entgegen der weltweit akzeptierten Praxis, radioaktive Abfälle trocken und möglichst tief unterirdisch zu verwahren. Das Moratorium hat ein nukleares Risiko erhöht und nicht verringert. Abwarten bedeutet bei der

⁸ Stellvertretend für viele: Osnabrücker Zeitung: Bundesamt für Strahlenschutz drängt auf neues Verfahren bei der Endlagersuche. 5.11.2008

⁹ Stellungnahme der BGR zum Synthesebericht des BfS „Konzeptionelle und sicherheitstechnische Fragen der Endlagerung radioaktiver Abfälle – Wirtsgesteine im Vergleich“. Abrufbar unter: http://www.bgr.bund.de/cdn_101/nn_324478/DE/Themen/Geotechnik/Aktuelles/2006_02_20_aktuelles_stellungsynthese_ausf.html

Enlager-Frage Zeit vergeuden. Eine Lösung für die Lagerung radioaktiven Mülls muss so oder so und vor allem unabhängig von partei-taktischen Erwägungen gefunden werden.

4.3 Energiesicherheit und Geostrategie

Weltweit hat der Zusammenhang zwischen Sicherheits- und Klimapolitik bereits Eingang in den politischen und wissenschaftlichen Diskurs gefunden. Dabei sind sich die unterschiedlichsten Akteure und Ebenen – von UNO über EU bis zu nationalen Interessengruppen, von der Münchener Sicherheitskonferenz und NATO über Greenpeace bis zu CIA und Pentagon – weitgehend einig: Der weltweite Temperaturanstieg schürt Konflikte um natürliche Ressourcen wie Wasser, Nahrung und Lebensräume. Die Folge: Die Sicherheit Deutschlands und Europas wird durch den Klimawandel gefährdet.

Der CO₂-Ausstoß bei der Energiegewinnung gilt in Wissenschaft und Politik als verantwortlich für den weltweiten Klimawandel. Um diesen CO₂-Ausstoß zu reduzieren, muss im deutschen Strommix vor allem weniger Kohle eingesetzt werden, da Kohle pro Kilowattstunde die größte Menge an CO₂ emittiert. Die Alternativen liegen auf der Hand: Erdgas, Kernkraft und Erneuerbare Energien sind deutlich sauberere Energieträger. Erdgas (zu 81 Prozent) und Uran (zu 100 Prozent) müssen jedoch importiert werden. Somit ist auch die Energiepolitik ein Bestandteil deutscher Sicherheitspolitik. Sobald es um die Frage der Versorgungssicherheit und um Energie-Importe geht, spielen sicherheitspolitische Aspekte der Herkunftsländer immer eine Rolle.

4.3.1 Argumentationslinie

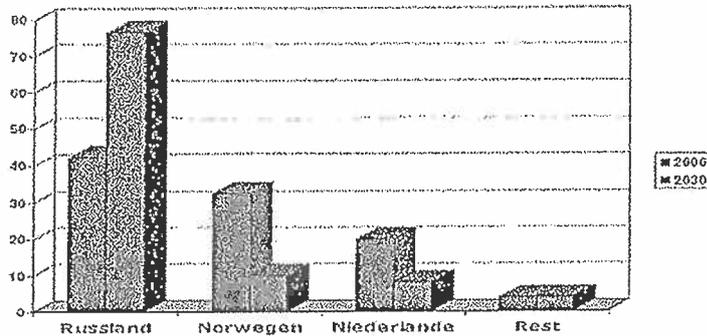
Um die ehrgeizigen nationalen Ziele bei der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zu erreichen und somit künftigen Klima-Konflikten die Grundlage zu entziehen, muss Deutschland den zur Stromerzeugung eingesetzten Energiemix überdenken. Braun- und Steinkohle sind zwar in heimischen Stätten vorhanden, Steinkohle muss jedoch wegen der hohen Förderkosten importiert werden. Zusätzlich belasten diese Energieträger das Klima erheblich. Auch die notwendigen Erdgas-Importe sind gering diversifiziert. Bis zu 45 Prozent des Gases wird aus Russland, ein weiterer großer Bestandteil aus dessen Einflussbereich im Kaukasus importiert. Weitere Handelspartner sind Nigeria und Staaten aus dem Nahen Osten. Viele diese Förderländer sind politisch instabil, in regionalen Konflikten involviert oder zögern nicht, ihre wirtschaftliche Macht als politische Waffe einzusetzen. Im Gegen-

satz dazu ist Deutschland mit Ländern, aus denen es Uran importiert, institutionell verbunden. Kanada, Großbritannien und Frankreich sind politisch stabile Demokratien, die Deutschlands Abhängigkeit von Uran kaum als politische Waffe einsetzen werden. Gleichzeitig senkt der Ausbau erneuerbarer Energien die Import-Abhängigkeit von Energie-Rohstoffen und mindert den CO₂-Ausstoß.

Somit haben Kernkraft und Erneuerbare Energien gemein, dass sie erstens das Klima am wenigsten belasten und zweitens auch die sicherheitspolitisch am meisten ausgewogenen Alternativen bei der Energieerzeugung sind. Diese Ansicht vertreten etwa auch sicherheitspolitische Experten aus NATO und der Führungsakademie der Bundeswehr, die sich auf der Jahreskonferenz Erneuerbare Energien 2006 über die Rolle der Erneuerbaren Energien bei der Verbreitung von (Energie-)Sicherheit zu dem Thema geäußert hatten (www.jahreskonferenz.de).

4.3.2 Erdgas

2007 kam mit 36-42 Prozent der Hauptteil der deutschen Gasimporte aus Russland. Zudem fallen 16 Prozent der deutschen Kohleimporte auf das Land. Dies verdeutlicht die herausragende Rolle, die Russland in der Energiesicherheitspolitik für Deutschland spielt. Diese Abhängigkeit wird zukünftig noch steigen, da andere Quellen in Europa (Norwegen, Niederlande) den steigenden Gasbedarf vor allem im Falle eines Atomausstiegs langfristig nicht decken können. Schätzungen zufolge führt der Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland und einigen anderen EU-Ländern zu noch größeren Erdgasimporten von außerhalb Europas, da bis 2025/2030 dieser Ausstieg und der weiter ansteigende Erdgasbedarf nicht durch erneuerbare Energien ersetzt werden kann (s. Abbildung unten). Fest steht, dass die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Erdgas in Zukunft zunehmen wird.



Gasimporte Deutschland nach Herkunftsländern im Jahre 2004 und 2030 in %. Quelle: DIW Berlin

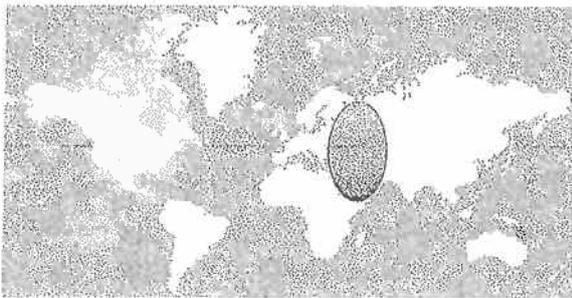
Russland nutzt die momentane wirtschaftliche und sicherheitspolitische Entwicklung in den internationalen Beziehungen, um alte Stärke wiederzuerlangen. Gleichzeitig versucht der Kreml, sich als führende Macht nicht nur im eigenen regionalen Umfeld, sondern auch in einem multipolaren Sicherheitssystem zu positionieren. Durch die wirtschaftliche Entwicklung (langfristige Verteuerung von Rohstoffen, insb. Öl) ist Russland wieder in der Lage, seine energiewirtschaftliche Infrastruktur zu modernisieren und auszubauen. Vor allem in seinem direkten Einflussbereich (Vorderasien, Kaukasus) strebt Russland nach mehr Einfluss auf Förder- und Transitländer. Dabei hat das Land in den vergangenen Jahren konsequent eine Renationalisierung seiner Energiewirtschaft verfolgt und dabei den Versuch gezielter Einflussnahme auf den GUS-Raum (etwa mit dem Ziel der Kontrolle der Transitrouten nach Westeuropa in Belarus und der Ukraine) nicht gescheut.

Der Georgien-Konflikt im Sommer 2008 zeigt, dass Russland einen gesteigerten Einfluss der NATO und des Westens in der Region nicht akzeptieren wird. Durch die Invasion in georgisches Kernland bewirkte Russland, dass das Transitland Georgien, durch das die geplante Pipeline des EU-Projektes Nabucco laufen soll, leicht politisch destabilisiert werden kann. Da dieses Projekt Europa und Deutschland mit kaspischem (und vielleicht auch ägyptischem und irakischem) Erdgas versorgen soll, ist die Versorgungssicherheit kei-

neswegs gewährleistet. Es ist damit zu rechnen, dass das Land in Zukunft vor ähnlichen Aktionen nicht zurückschrecken wird¹⁰.

4.3.3 Andere Förderregionen für Erdgas

Die unten stehende Abbildung zeigt die strategische Ellipse, die den Hauptversorgungsraum fossiler Energieträger für Deutschland darstellt. Hier liegen u.a. 69 Prozent der Weltgasreserven. Geopolitisch lässt sich der Raum weiter aufteilen: Der Norden ist dabei zwar relativ stabil, in Richtung Süden nimmt die politische Stabilität allerdings ab, eine Tendenz, die auch von externen Einflüssen gefördert wird. Das untere Drittel, also die Regionen Nahost/Südwestasien sind teilweise von schweren politischen Konflikten geprägt. Zwar besteht im Bezug auf die Förderstaaten (z.B. Saudi-Arabien) eine gewisse Verlässlichkeit, der Nahostkonflikt birgt aber schwer einzuschätzende Risiken. Zusätzlich ist eine Eskalation des Streites um das iranische Atomprogramm nicht unwahrscheinlich, mit unabsehbaren Folgen für die politische Stabilität in der Region.



Gasförderungsregion

Der größte Teil der nachgewiesenen Reserven in der strategischen Ellipse befindet sich in der Hand von Staatsfirmen (NOC) und wird von den jeweiligen Regierungen kontrolliert. Die Energieversorgung der Importländer hängt damit wesentlich von einer kleinen Zahl von NOC und den dahinter stehenden Regierungen ab. Beim Beispiel Russland gilt vor al-

¹⁰ Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.): „Energiesicherheit 2050 – Eine ressortübergreifende Herausforderung“, Berlin 2008

lem der Gas- und Ölproduzent Gazprom als verlängerter Arm der machtpolitisch orientierten Regierung im Kreml. Durch die staatliche Kontrolle ist zudem eine effiziente Investition in die Infrastruktur nicht sicher gestellt. Mit dem somit drohenden Investitionsrückstand steigt das Risiko, dass die Versorgungskette unterbrochen werden kann oder zumindest verletzlicher wird.

Neben Russland als Hauptlieferant für Gas nach Deutschland sind auch die Transitländer anfällig für politische und wirtschaftliche Konflikte. Der Streit zwischen Russland und Weißrussland 2004 um Gaspreise und gedrosselte Lieferung zeigte, dass russische Gaslieferungen nach Europa nicht bedingungslos gesichert sind. Zwar war der Lieferstopp für Europa nicht von Russland intendiert und der Streit ist inzwischen geregelt worden. Dennoch spiegelt das Ereignis die Unberechenbarkeit der Transitrouten wider.

Seit langem wird versucht, das internationale Energiesystem mit einer Governance-Struktur zu regeln. Für Russland und andere Förderländer überwiegt dabei der Nutzen bilateraler Energieabkommen gegenüber Systemen kollektiver Energiesicherheit, wie etwa eine jüngst vorgeschlagene „Energie-NATO“ oder eine „Energie-KSZE“. Daher werden diese solche Vorschläge nicht ernsthaft in Erwägung ziehen sondern eher den bisher absehbaren Weg des „Ressourcennationalismus“ verfolgen, mit Verstaatlichung der Energiemärkte und bilateralen Lieferverträgen (insb. Gas, das nicht an einer Börse gehandelt wird und an den Ölpreis gebunden ist). Alternativ erwägen Länder wie Russland, Syrien und Iran sogar die Gründung einer Gas-OPEC, um sich noch größere Marktmacht anzueignen. Die Internationale Energieagentur (IEA) warnte kürzlich vor einer solchen Kartellbildung¹¹. Dies könne eine treibende Wirkung auf die Preise haben, da Russland mit Indien und China andere Abnehmerländer mit steigendem Energiebedarf zur Verfügung stehen.

Zudem stellt sich bei der Wahl der Gaslieferung stets auch die Frage nach einer moralischen Energie-Außenpolitik. Iranische Gaslieferungen bieten sich beispielsweise als Alternative zu russischen Lieferungen an. Neben der unabsehbaren Entwicklung des Atom-

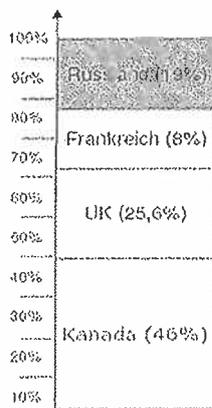
¹¹ Der Spiegel: „Internationale Energieagentur warnt vor Gas-Kartell: Preistreibende Wirkung“. Abrufbar unter <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/0,1518,586487,00.html>

Konfliktes ist aber aufgrund der antisemitischen Äußerung des Präsidenten Ahmadinedschad zum Holocaust eine enge Kooperation mit dem Land äußerst fragwürdig.

4.3.4 Alternative Uran

Deutschland ist beim Uranbedarf vom Import abhängig. Dabei stammt ein Großteil des importierten Uran aus Kanada (46 Prozent), Großbritannien (25,6 Prozent) und Frankreich (8 Prozent)¹². Dies verdeutlicht, dass der Großteil der Uranimporte (81 Prozent) aus Ländern stammt, mit denen Deutschland engste politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Verknüpfungen hat. Allein die Mitgliedschaften in Organisationen wie der Europäischen Union oder der NATO bedingen friedliche Konfliktlösungsmechanismen und Kooperation zwischen diesen Ländern.

Deutschland importiert Uran aus...



Zwar stammt auch ein nicht geringer Anteil des Urans aus Russland. Im Gegensatz zum Erdgas wird Uran aber nicht durch Pipelines befördert. Transitstaaten haben somit keine Möglichkeit, die Lieferungen zu beeinflussen (Im Gegensatz zu den Erdgaslieferungen durch Weißrussland oder Ukraine). Bisher haben sich auch keine Transportvorkommnisse ereignet, bei denen Personen durch Freisetzung radioaktiver Stoffe einer gefährlichen Strahlenexposition ausgesetzt worden sind. Ferner sind die Kosten geringer, da keine Entgelte in den Transitstaaten anfallen. Somit ist der Import von Uran politisch und wirtschaftlich gesichert und birgt keine Gefahren für die Versorgungssicherheit.

Quelle: BGR

¹² Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: „Energieversorgung für Deutschland“. Berlin, 2006. Abrufbar unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/energieglpfe/statusbericht,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

4.4 Deutsche Technologieführerschaft

Deutschland ist in den Sparten Kernenergietechnik und Atomphysik führend. Deutschland muss sein Know-how weiter ausbauen und auf Schwellenländer transferieren, die in großem Maße in die Kernenergie investieren wollen. Im Sinne einer globalen Sicherheitspolitik sind die Sicherheit und der sichere Betrieb von Kernkraftwerken weltweit oberstes Gebot. Daher sind deutsche Ingenieure, Techniker und Physiker auf dem Gebiet der Kernenergie weiterhin gefragt.

So fordert der Verband der Ingenieure (VDI) in seinem Thesenpapier zur Energietechnik und Energieforschung: „Weitere Forschung zur Reaktorsicherheit und Lagerung nuklearer Abfälle auch unter dem Aspekt, international gesprächsfähig zu bleiben.“ Denn: „Nicht zuletzt auf Grund der Energiepolitik und Energieforschung in der Vergangenheit verfügt Deutschland heute über eine umfangreiche und fortschrittliche Technologiepalette mit einem breiten Mix verschiedener Energieträger zur Bereitstellung von Strom und Wärme. Dies ermöglicht es, die Sekundärenergien relativ kostengünstig für Klein- und Großverbraucher bereitzustellen. In Deutschland befinden sich die weltweit effizientesten Braunkohlenkraftwerke, erdgasgefeuerten Gasturbinen-Kombikraftwerke und Windkraftanlagen. Den deutschen Kernkraftwerken wird international ein hoher Sicherheits- und Verfügbarkeitsstandard zugesprochen.“¹³

4.4.1 Argumentationslinie

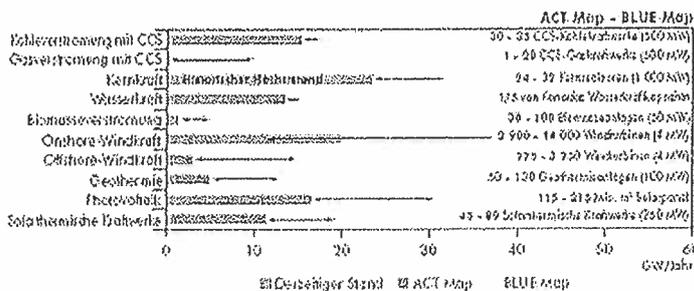
International geht der Trend hin zur verstärkten Nutzung der Kernenergie: Laut IEA-Studie Energy Technology Perspectives 2008 müssen bis 2050 jedes Jahr weltweit 32 Atomkraftwerke, 17.500 Windturbinen und 215 Mio. Quadratmeter Solarpanelen gebaut werden, um Versorgungssicherheit und Klimaschutz zu gewährleisten (s. Abbildung unten). Deshalb muss sich die Bundesregierung das Know-how bewahren, die Sicherheit auch von Kernkraftwerken in den Nachbarländern beurteilen zu können. Dazu ist eigene

¹³ VDI (Hg.): Thesenpapier der VDI-Gesellschaft Energietechnik zur Energieforschung in Deutschland. Düsseldorf 2004.

Nukleartechnologie notwendig. Diese trägt über ihre Referenzwirkung dazu bei, internationale Sicherheitsstandards zu erhöhen. Dies kann vor allem vor dem Hintergrund der

Bildungsdebatte in

Abbildung ES.3 » Durchschnittlicher jährlicher Investitionsbedarf in der Stromerzeugung: ACT-Map- und BLUE-Map-Szenario, 2005-2050



Deutschland genutzt werden. Die Politik wird nicht müde, Bildung und Wissen (Humankapital) als höchstes Gut zu preisen und die Wichtigkeit dieses Politikfeldes zu betonen.

Gleichzeitig wird immer wieder davor gewarnt, dass im Bereich innovative Technologien und Forschung ein globaler Wettbewerb im Gange ist. Deutschland kann es sich also nicht leisten, im Falle der Nukleartechnologie mit einem kurzfristigen Ausstieg aus der Kernkraft hier an Boden zu verlieren. Vielmehr muss mehr in die Kernforschung investiert werden, um auch bei Sicherheitstechnologien zukünftig internationale Standards setzen zu können.

4.4.2 Internationale Sicherheitsstandards

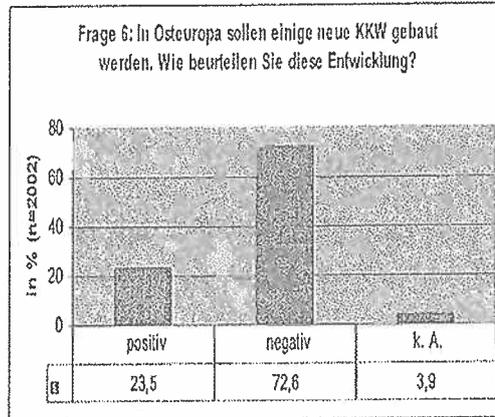
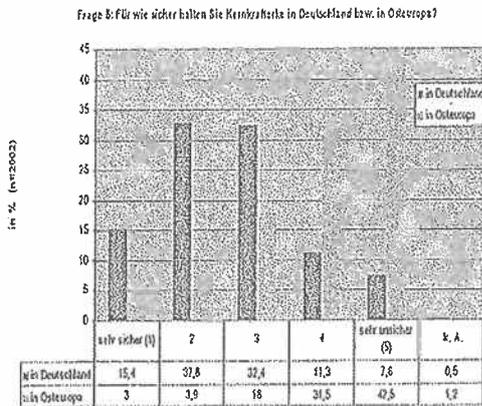
Selbst in der EU wird der deutsche Sicherheitsstandard für KKW nicht überall erreicht. Stattdessen werden gerade in den osteuropäischen Ländern Reaktoren betrieben, die nicht annähernd dieselbe Zuverlässigkeit bieten. Das nur 60 km von der deutschen Grenze gelegene tschechische Kernkraftwerk Temelin verzeichnete von 2000-2005 15 Störfälle. Aufgrund des steigenden Energiebedarfs ist geplant, Temelin um zwei weitere Blöcke zu erweitern. Der Beginn des Ausbaus ist für 2013 geplant. Ein weiteres fragwürdiges Beispiel osteuropäischer Kernkraftwerkstechnik ist der Neubau des KKW Belene in Ungarn auf einem erdbebengefährdeten Gebiet. (PRGS erstellte hierzu für [redacted] im Januar 2008 eine Bewertung.)

Hieraus ergibt sich folgende Konstellation: Sichere deutsche Kraftwerke werden abgeschaltet, anstatt durch weitergehenden Betrieb Stromexporte in Nachbarländer zu ermöglichen. Diese Stromexporte wiederum könnten den gestiegenen Bedarf in Tschechien decken und so die in den Medien thematisierte Erweiterung des Kraftwerks verhindern. Auf diese Weise trüge eine Verlängerung der Restlaufzeit deutscher Kernkraftwerke sogar zu einem erhöhten Sicherheitsniveau bei.

Deutschland muss sein Know-how in Sachen Kernenergie ausbauen und Maßstäbe für weltweite Sicherheitsstandards setzen und darf dies nicht den weniger sicheren Techniken anderer Länder überlassen. Auch hier kann [REDACTED] Agenda-Setter und Meinungsführer sein. Das Thema hat öffentlichkeitswirksames Potenzial, denn Kernenergie in Osteuropa wird von den Deutschen mit großer Mehrheit als höchst riskant beurteilt, so das Ergebnis einer unveröffentlichten GfK-Umfrage vom Januar 2008 von PRGS für [REDACTED]. Nur 6,9 Prozent der Deutschen halten osteuropäische Reaktoren für sicher. Dementsprechend lehnen 72,6 Prozent den Bau neuer KKW in Osteuropa ab. Größere Unfälle in osteuropäischen KKW halten sogar 58,3 Prozent der Deutschen für wahrscheinlich und 87,9 Prozent zumindest für nicht unwahrscheinlich. Auch die KKW-Gegner empfehlen daher überwiegend deutsche Reaktoren für osteuropäische KKW-Projekte. Insgesamt 86,9 Prozent sprechen sich für einen solchen deutschen Technologie-Transfer für mehr Sicherheit aus. Dass deutsche Energieversorger auch den Betrieb übernehmen sollten, unterstützt immer noch eine deutliche Mehrheit von 77 Prozent. Die deutsche Bevölkerung wünscht somit mit großer Mehrheit ein Engagement deutscher Unternehmen in Osteuropa, um dort mit deutschen Reaktoren für mehr Sicherheit zu sorgen.

Zusammenfassend:

- Die Deutschen haben große Angst vor osteuropäischen Reaktoren.
- Deutsche Unternehmen sollen mit deutschen Reaktoren für die Sicherheit an geplanten osteuropäischen KKW-Standorten sorgen.



Ein zweiter, mit den Nachbarländern verknüpfter Aspekt: Deutschland wird aufgrund der Abschaltung von KKW und einer drohenden Stromlücke mittelfristig auch auf Stromimporte aus dem Ausland angewiesen sein. Es ist nicht auszuschließen, dass es sich hierbei um Strom aus Kernenergie handeln wird. Somit verschafft sich Deutschland nach außen eine weiße, kernenergiefreie Weste und kann mit dem Finger auf die Nachbarländer zeigen, die selbst den Atomausstieg nicht im selben Ausmaß vorantreiben, aber die Stromversorgung Deutschlands mit ihren Exporten sicherstellen. Deutschland profitiert folglich von der Nutzung der Kernenergie. Ungewollte Begleiterscheinungen (Restrisiko, Atom-müll) verbleiben aber bei den Nachbarn. Solidarisches Handeln bedeutet aber nicht nur Nutzen, sondern auch Lasten zu teilen.

4.5 Kernenergie als Preisdämpfer

4.5.1 Argumentationslinie

[REDACTED] kann die niedrigen Gestehungskosten nur offensiv ausspielen, wenn die Argumentationslinie des Grenzkosteneffekts (Merit order-Effekt) von der Windenergie-Branche übernommen und auf die Kernkraft übertragen wird: Ohne Kernkraft droht Preisexplosion im Großhandel.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Es gibt einige Prominente, die die Kombination Kernkraft und Windenergie favorisieren (Norbert Walter, Claudia Kemfert, CDU-Landeregierungen NDS/SH etc.). Hier bieten sich Allianzen an.

Als Preistreiber werden die erhöhte Nachfrage nach Energierohstoffen ausgemacht, sowie die hoch subventionierte, ineffektive und langfristig ineffiziente Photovoltaik.

4.5.2 Gestehungskosten

Die betriebswirtschaftlichen Kosten der Stromerzeugung setzen sich zusammen aus:

- Brennstoffkosten (z.B. Stein-, Braunkohle, Erdgas, Uran),
- Kapitalkosten (Baukosten, Zins und Tilgung der Finanzierung),
- Kosten für Emissionsberechtigungs-scheine für CO₂,
- Personalkosten,
- Kosten für Reparatur und Wartung,
- Kosten für den Einsatz von Hilfs- und Betriebsstoffen und
- Kosten für die Haftpflichtversicherung.

Den größten Anteil an den Gestehungskosten nehmen die Brennstoff- und Kapitalkosten ein. Daher spielen insbesondere die steigenden Preise für Energierohstoffe eine wichtige Rolle bei der Kostenkalkulation, aber auch die steigenden Preise für Stahl und Kupfer (Turbinen, Generatoren) oder die Entwicklung der Kreditzinsen. Die fossil befeuerten Kraftwerke müssen zudem die Kosten des Emissionshandels mit einberechnen.

Weiterhin ist die Auslastung der Kraftwerke für die Gestehungskosten entscheidend. So müssen Kern- und Braunkohlekraftwerke die Grundlast der deutschen Stromversorgung decken und die überwiegende Zeit des Jahres laufen, um die Erzeugungskosten niedrig zu halten.

Zum Vergleich die mittleren Stromerzeugungskosten neuer Kraftwerke:

Strom aus:	Erzeugungskosten ct/kwh	
	von	bis
Solarzelle (PV-multikristallin)	30	50
Wasser-Kraftwerk	5	10
Erdgas-Blockheizkraftwerk	8,5	9,5
Biogas-Blockheizkraftwerk	6	8
Windpark onshore	6	8
Braunkohle-Kraftwerk	6,5	7,5
Import-Steinkohle-Kraftwerk	6	7
Erdgas-GuD-Kraftwerk	5,5	6,5
AKW	4,5	5,5

Quellen: Ökolinstitut, BWE, ISET, BMWI, RWI.

Bei einer längeren Betriebsdauer sinken die durchschnittlichen Gestehungskosten für alle Kraftwerksarten, da nach Ende der Finanzierung und Abschreibungsdauer die Kapitalkosten entfallen. So sinken die Gestehungskosten einer Windkraftanlage nach einer Laufzeit von 20 Jahren (Ende der Finanzierung und EEG-Vergütung) auf knapp 1 ct/kWh, bei Kernkraftwerken nach Ende der Finanzierung auf etwa 2 ct/kWh. Bei Wärmekraftwerken

(Kohle, Erdgas) machen die künftigen Brennstoff- und CO₂-Zertifikatspreise eine verlässliche Kostenprognose bei längeren Laufzeiten unkalkulierbar.¹⁴

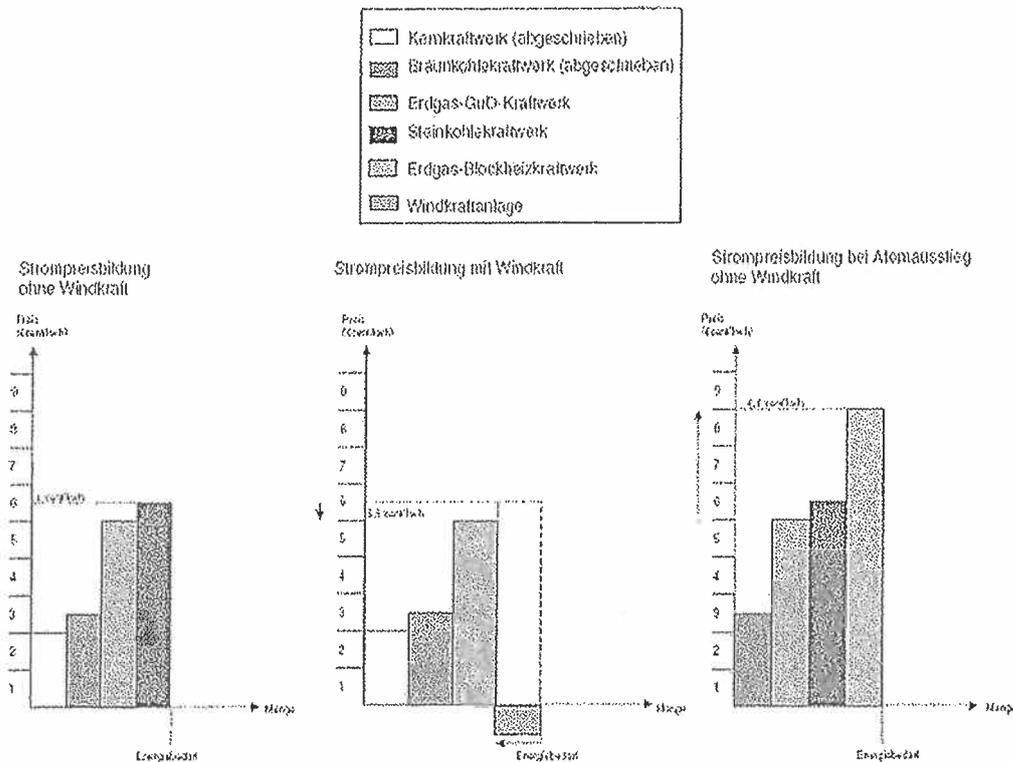
4.5.3 Großhandelspreis (EEX)

- Entwicklung: In den letzten fünf Jahren hat sich der Jahresdurchschnittspreis für Grundlaststrom an der Leipziger Strombörse auf ca. 7 ct/kWh mehr als verdoppelt, ebenso der Preis für Spitzenlast auf ca. 9 ct/kWh.¹⁵ Die Ursachen: Das Stromangebot verteuerte sich vor allem wegen der steigenden Brennstoffpreise. Nicht nur der Gaspreis explodierte in den letzten Jahren, auch der Preis für Kraftwerkskohle hat sich seit 2003 fast verdreifacht. Gleichzeitig nahm auch die Nachfrage leicht zu. So stieg der Bruttostromverbrauch in Deutschland seit 2002 von 587 auf 618 TWh.
- Grenzkosteneffekt (Merit-order-Effekt): Nicht das günstigste Kraftwerk bestimmt den Strompreis, sondern das teuerste, das gerade noch benötigt wird, um die Nachfrage zu decken. Werden etwa alte Gaskraftwerke angeworfen, um die plötzlich hohe Nachfrage kurzfristig zu decken, bestimmen sie mit ca. 11 ct/kWh den Strompreis im Großhandel und nicht die günstigen Braunkohle- oder Kernkraftwerke.
- Preisdämpfer Kernkraft und Windenergie: Da der Strom aus erneuerbaren Energien nicht an der Börse gehandelt, sondern über das EEG fix vergütet wird, spielen sie für die direkte Preisbildung an der Strombörse keine Rolle. Indirekt beeinflussen die erneuerbaren Energien jedoch sehr wohl den Preis an der EEX: Steht etwa in der kalten Jahreszeit sehr viel Windstrom zur Verfügung, werden an der Strombörse keine teuren konventionellen Kraftwerke nachgefragt, um den Bedarf für die Spitzen- und Mittellast zu decken – das Stromangebot ist insgesamt hoch, der Preis niedrig. Dies hat [REDACTED] zusammen mit der Uni Duisburg-Essen nachgewiesen. Laut Bundesver-

¹⁴ Vgl. ISET (Hg.): Windenergie Report Deutschland 2006. Kassel 2007; BWE (Hg.): www.wind-energie.de; Ökoinstitut (Hg.): Modelle für Laufzeitverlängerungen der deutschen Kernkraftwerke und Strompreissenkungen. Berlin 2005; Ökoinstitut (Hg.): Laufzeitverlängerungen der deutschen Kernkraftwerke und Strompreissubventionen. Berlin 2008; Ökoinstitut (Hg.): Treibhausgasemissionen und Vermeidungskosten der nuklearen, fossilen und erneuerbaren Strombereitstellung; RWI (Hg.): Stromerzeugungskosten neu zu errichtender konventioneller Kraftwerke. RWI-Papiere, Nr. 47, 1997; BMWi (Hg.): www.energie-verstehen.de.

¹⁵ Vgl. www.eex.de

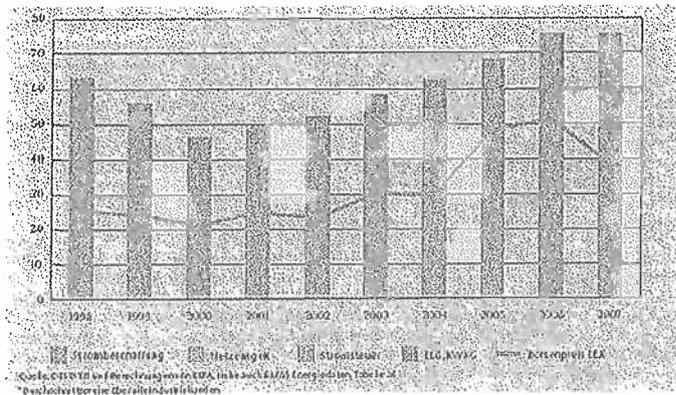
band WindEnergie überwiegt dieser preisdämpfende Effekt die Mehrkosten für Windenergie durch die EEG-Vergütung.



So, wie die Erneuerbaren Energien außerhalb des Börsenhandels dämpfend Einfluss auf den Großhandelsstrompreis nehmen, machen dies Kernkraftwerke innerhalb des Handels: Die Kernenergie liefert 23 Prozent des deutschen Stroms – ohne Kernkraftwerke kämen dauerhaft die teuersten Kraftwerke zum Einsatz, um die Stromnachfrage zu decken. Eine Preisexplosion an der Strombörse wäre die Folge, die – gerade in der windarmen Jahreszeit – auch die Windenergie nicht eindämmen könnte.¹⁶

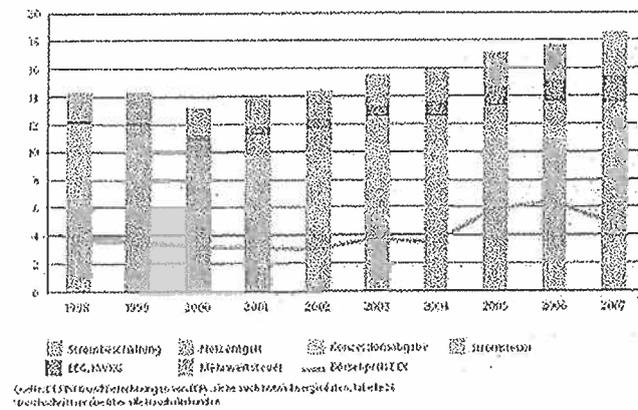
¹⁶ Vgl. „Beeinflussung der Spotmarktpreise durch Windstromerzeugung“. In: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Nr. 7 2006, S. 42ff. und: „Zur Wirkung des EEG auf den Strompreis“. In: HWWA Discussion Paper 348, August 2006.

4.6.4 Kundenpreis



▪ Industrie

Seit 2000 stiegen die Preise für Industriestrom laut Statistischem Bundesamt und BMWi um rund 60 Prozent. Die Gründe: der Preisanstieg bei den Energierohstoffen und der Ausbau erneuerbarer Energien – vor allem der Photovoltaik.



▪ Privatkunden

Seit 2000 stiegen die Preise für Haushaltsstrom laut Statistischem Bundesamt und BMWi um etwa 40 Prozent. Die Gründe: der Preisanstieg bei den Energierohstoffen, der weitere Ausbau der Photovoltaik und die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Beide Grafiken machen deutlich, dass der Strompreis vor allem wegen der Strombeschaffung und der steigenden Vergütungen für die Photovoltaik über das EEG steigen.

Wegen der hohen Nachfrage an Energierohstoffen durch Schwellenländer wie Indien und China ist auch in den nächsten Jahren nicht mit einem nachhaltigen Preisrückgang bei Erdöl/Erdgas oder Steinkohle zu rechnen.

Während die Photovoltaik einen kaum messbaren Anteil an der deutschen Stromerzeugung hat, fällt ihr jährlich leicht steigender Ausbau wegen der extrem hohen EEG-Vergütungen immer stärker ins Gewicht: Die Mehrkosten der Photovoltaik durch das EEG werden 2008 voraussichtlich 2,2 Mrd. Euro betragen – bei einem Beitrag von kaum 0,5 Prozent der deutschen Stromerzeugung.¹⁷ Im Gegensatz zur Windenergie (7,0 Prozent) wird die Photovoltaik aber auch in den nächsten Jahren keinen nennenswerten Beitrag zur deutschen Stromversorgung leisten und kann somit auch keine preisdämpfende Wirkung auf den Großhandelspreis entfalten.

¹⁷ BMU (Hg.): „Leitstudie 2008“ – Weiterentwicklung der „Ausbaustrategie Erneuerbare Energien“ vor dem Hintergrund der aktuellen Klimaschutzziele Deutschlands und Europas (DLR). Berlin 2008.

4.6 Kernkraft als sichere Energieform

Bei der Diskussion um Kernkraft spielt das Thema Sicherheit eine entscheidende Rolle. Die unter den Menschen verbreitete Angst vor erhöhter Belastung durch Strahlung ist dabei ein zentrales Thema. Sie hat verschiedene Ausgangspunkte: die Wirkung alltäglicher Strahlenbelastung, die Folgen eines potenziellen Unglücksfalls, die Möglichkeit krimineller Nutzung sowie ideologisch-prinzipielle Argumente. Ideologisch-prinzipielle Argumente zu entkräften ist kaum möglich, weshalb der Fokus auf den restlichen Aspekten liegt. Die in diesem Papier skizzierten Argumente sind eher defensiver Natur und daher passiv zu verwenden. Das Thema Sicherheit kann von [REDACTED] nur defensiv verwendet werden, da es sich für eine aktiv geführte Diskussion nicht eignet. Dennoch sollten Kernkraftbefürworter die Argumente in der Hinterhand bewahren, um souverän auf Angriffe reagieren zu können.

4.6.1 Argumentationslinie

Strom aus Kernenergie wird es auf Jahrzehnte hinaus in Deutschland geben. Die Frage ist nur, ob unsicheren, aus dem Ausland stammenden, oder verhältnismäßig sicheren, der aus Deutschland kommt.

Die Verlängerung der Restlaufzeiten ermöglicht Stromexporte. Dadurch wird in Drittstaaten, in denen geringere Sicherheitsstandards gelten, der Betrieb oder gar Neubau von Kernkraftwerken zum Zweck des Stromexports aufgrund tendenziell niedrigerer Energiepreise unattraktiv. Das Resultat ist ein Zuwachs an Sicherheit. Die Verlängerung der Restlaufzeiten ermöglicht ebenfalls die Bewahrung und den Ausbau vorhandenen Know-hows. Dieses Wissen kann wiederum in andere Länder exportiert werden, wo es zu mehr Sicherheit bei den Kraftwerken beiträgt.

Terroristische Attacken stellen ob ihrer extrem geringeren Wahrscheinlichkeit lediglich ein hypothetisches Risiko dar. Andere Ziele außerhalb Deutschlands sind weitaus gefährdeter für Terrorangriffe. Dennoch birgt das Thema ein hohes Risikopotential. Alte Kernkraftwerke sind in Deutschland nur unzureichend gegenüber Flugzeugeinschlägen geschützt.

Die Stromproduktion in den neueren, sicheren Kraftwerken sollte daher in den Mittelpunkt der – defensiv geführten – Argumentation gestellt werden.

4.6.2 Strahlungsbelastung und Krebsrisiko

Die im Dezember 2007 von Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) veröffentlichte Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von deutschen KKW (KIKK-Studie) hat in der Öffentlichkeit erneut die Frage aufgeworfen, ob und inwieweit die radioaktiven Emissionen aus KKW Krebserkrankungen bei Kindern verursachen. Dabei wurde festgestellt, dass ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Wohnortsnähe zu einem Kernkraftwerk und der Wahrscheinlichkeit für Kinder einer bestimmten Altersgruppe, an Leukämie zu erkranken, besteht. Sowohl bei der Bewertung als auch bei Stellungnahmen anlässlich der Veröffentlichung der Studie schließen die Autoren allerdings einen kausalen Zusammenhang aus, da die Emissionen und die daraus entstehende Strahlenbelastung um ein 1000-faches höher sein müsste, um die beobachteten Korrelationen erklären zu können. Die Wissenschaftler selbst resümieren in der Studie: „Es ist jetzt Aufgabe der Wissenschaft, einen Erklärungsansatz für die Differenz zwischen epidemiologischer und strahlenbiologischer Evidenz zu finden.“

Zahlreiche Folgestudien und Expertengruppen evaluierten in eigenen Studien die Ergebnisse der KIKK-Studie.¹⁸ Dabei kommt man zu unterschiedlichen Ergebnissen, die oft politisch motiviert sind. Fakt ist jedoch, dass die Datenlage zum strahlenbedingten Krebsrisiko bei Kindern für eine verlässliche Risikoabschätzung zu lückenhaft ist.

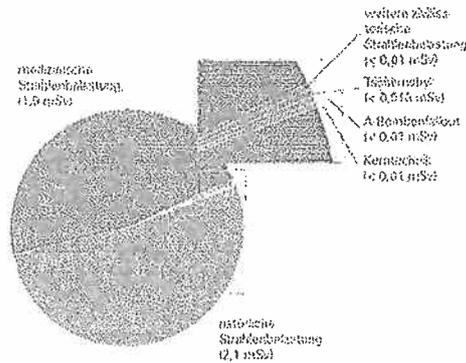
Die Strahlung, der der Mensch durch Kernenergie ausgesetzt wird, ist verschwindend gering¹⁹:

¹⁸ Dabei wurde vom Bundesumweltministerium die Strahlenschutzkommission (SSK) beauftragt, die Ergebnisse der KIKK-Studie zu bewerten. Aber auch hier kam man zu dem Ergebnis, dass die Ursache für die beobachtete Erhöhung der Leukämierate bei Kindern in der KIKK-Studie nicht klar ist. Da die Entstehung von Leukämie multifaktoriell ist, ist eine Vielzahl von Einflussfaktoren möglich, die das beobachtete Ergebnis bewirkt haben könnten. Der Bericht ist abrufbar unter <http://www.ssk.de/werke/volltext/2008/ssk0806.pdf>

¹⁹ Bundesumweltministerium: Umweltradioaktivität und Strahlenbelastung. Jahresbericht 2007.

- Die maximale Strahlungsbelastung durch KKW ist kleiner als 1 Prozent der natürlichen Strahlenbelastung.
- Ein einziger Atlantikflug verursacht zehnmals soviel Strahlenbelastung wie ein Kernkraftwerk in einem ganzen Jahr
- Bei einer computertomographischen Untersuchung ist man mehr Strahlung ausgesetzt, als wenn man 1000 Jahre neben einem Kernkraftwerk wohnen würde.

Den geringen Anteil der durch Kernenergie verursachten Strahlung veranschaulicht folgende Abbildung:



Durchschnittliche Strahlenbelastung in Deutschland 2006
 (basierend auf BMU-Bericht 2006)

4.6.3 Sicherheitskonzeption

Den Austritt radioaktiver Stoffe in jedem Betriebszustand zu verhindern, ist ein wesentliches Ziel beim Betrieb von Kernkraftwerken. Dazu besitzen deutsche KKW ein mehrstufiges, barriereartiges Sicherheitssystem. So liegt der Reaktordruckbehälter mitsamt dem Kühlkreislauf in einem Sicherheitsbehälter aus Stahl, der wiederum von einer Stahlbetonhülle umschlossen ist. Das so genannte Barrierekonzept zielt auf die physische, konstruktionsbasierte Zurückhaltung radioaktiver Stoffe. Es wird durch ein Überdruck-/ Un-

terdrucksystem ergänzt. Zusätzlich kontrollieren Messgeräte Luftströme und auch das gereinigte Abwasser.

Damit radioaktive Stoffe austreten können, müssen folglich mehrere Sicherheitsstufen durchbrochen werden. Nicht nur die technische Sicherheitskonzeption deutscher KKW ist international hoch geachtet, sondern auch die politisch-strukturelle Überwachung: Die deutsche Atomaufsicht wurde kürzlich von der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) als vorbildlich bezeichnet. In einzelnen Bereichen übertrifft die deutsche Aufsicht sogar noch die internationalen Standards. So wurde der Regelsetzungsprozess des Kerntechnischen Ausschusses (KTA) ebenso als beispielgebend für andere Länder hervorgehoben wie die in Baden-Württemberg etablierte Sicherheitskultur. In ihr werde neben Technik und Organisation auch der Mensch als wichtiger Faktor für die Sicherheit berücksichtigt.

Moderne Technologie, international anerkanntes Sicherheitsmanagement der dazugehörigen Prozesse sowie hervorragend qualifiziertes Personal führen dazu, dass deutsche KKW nicht nur faktisch, sondern auch in der internationalen Wahrnehmung zu den sichersten weltweit gehören.

4.6.4 Terrorismus

Als kriminelle Aktivitäten kommen in erster Linie Anschläge im Stil des 9/11 und der Diebstahl nuklearen Materials – Proliferation – in Betracht. Seit 2001 wird auf die Gefahr hingewiesen, die von Flugzeugabstürzen auf Kernkraftwerke ausgeht. Besonders seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington kommt in der Diskussion um Kernenergie immer wieder die Frage auf, wie terroristische Angriffe auf KKW mit panzerbrechenden Waffen oder entführten Passagierflugzeugen am effektivsten zu begegnen sei. In mehreren Studien wurde festgestellt, dass zumindest die älteren Kraftwerke in Deutschland (Biblis, Brunsbüttel, Isar 1) keinen Schutz gegen ein abstürzendes

Passagierflugzeug bieten.²⁰ Dabei entsteht für die Umwelt Gefahr in zweierlei Hinsicht: Erstens kann durch den Einschlag das Sicherheitssystem so beeinträchtigt werden, dass es in Folge zu einer Kernschmelze kommen kann. Ferner kann bereits durch den Einschlag des Flugzeugs große Mengen an Radioaktivität freigesetzt werden.

Andererseits: In Deutschland gibt es mehrere hundert „Gefährliche Anlagen“. Mit Abstand am besten geschützt gegen Terrorakte sind die Kernkraftwerke. Im Fall eines Absturzes muss ein Flugzeug erst das oben skizzierte Barriersystem überwinden. Der äußerste Baustein des Barriersystems besteht aus einer Stahlbetonhülle. Diese Stahlbetonhülle ist so massiv, dass sie in jedem Fall den Absturz eines Jagdflugzeugs aushält. Moderne Kraftwerke (Neckarwestheim II, Isar II) halten bei einer Fluggeschwindigkeit von etwa 400 km/h sogar dem Absturz einer mittleren Verkehrsmaschine stand.

²⁰ Öko-Institut e.V.: Analyse des Bedrohungspotenzials „gezielter Flugzeugabsturz“ am Beispiel der Anlage Biblis-A, Darmstadt 2007; Eurosolar: Sicherung von Kernkraftwerken vor Terrorangriffen, Berlin 2008.

5 Maßnahmen und Formate

Die Maßnahmen lassen sich in zwei Kategorien einordnen: **Plattformen und Veröffentlichungen**. Plattformen sind die gesamte Palette an Veranstaltungen, die sich zur Thematisierung der Kernkraft eignen und auch einen Mehrwert im Sinne der Überzeugungskraft erwarten lassen. Veröffentlichungen werden zu den verschiedensten Anlässen eingesetzt und dienen dazu, die positive Rolle der Kernkraft zu festigen. Gemeint sind Unterlagen, die Interessierten Kreisen auf unterschiedliche Weise zur Verfügung gestellt werden. Diese reichen vom Positionspapier für Bundestagsabgeordnete über Studien bis zu Flugblättern, die beispielsweise an Tagen der Offenen Tür verteilt werden.

Für beide Maßnahmenkategorien ist PRGS analog vorgegangen:

- Allgemeine Darstellung der gängigen und etablierten Formate
- Entwicklung neuer Formate

5.1 Plattformen

Abhängig von Dialoggruppe und Zielsetzung gibt es eine Vielzahl von Formaten, die für die Belange der [REDACTED] von Bedeutung sind. Zur besseren Übersicht haben wir diese in zwei Gruppen eingeteilt: Politische und Politisch-öffentliche Formate.

Politische Formate richten sich schwerpunktmäßig an die Angehörigen des Politikbetriebes. Diese umfassen die verschiedenen Ebenen (kommunal, Länder-, Bundes- und EU-Ebene) und die verschiedenen Institutionen von Legislative und Exekutive. Hinzu kommen noch die Akteure, die einen direkten oder indirekten Einfluss auf die politischen Prozesse haben (hauptsächlich Verbände, wissenschaftliche Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen).

Im Folgenden werden in knapper Form die möglichen Formate vorgestellt.

5.1.1 Klassische Formate für die Zielgruppe Politik

Das politische Fachgespräch

Die Kampagne liefert mit den Kernbotschaften, den ausgearbeiteten Argumentationslinien und durch die geplanten Umfragen und Studien kontinuierlich neue Informationen und Argumente, die über in den Kreis der Politik überführt werden müssen. Darum sollte die Kampagne kontinuierlich Fachgespräche zwischen Unternehmen und Politik vorsehen. Dort treffen Unternehmensvertreter auf Politiker der fachpolitischen Arbeitsgruppen, Entscheidungsträger im laufenden Wahlkampf oder auf Wahlkreisebene besonders involvierte Kandidatinnen und Kandidaten. Auch die Ministerien sind eine relevante Zielgruppe. Das Unternehmen kann hier für die Parteien koordinierende Funktionen wahrnehmen, mindestens ergänzen, aber auch kontinuierlich Informationen über parteinterne Entscheidungsprozesse während des Wahlkampfes erhalten. Durch die initiative Ansprache der politischen Befürworter der Kernenergie sollen werden diese mit Argumenten ausgerüstet, die in der anstehenden öffentlichen Debatte zur Versachlichung beitragen und die besondere Position von [REDACTED] nachhaltig platzieren.

Mit der punktuellen Einbindung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen demonstriert [REDACTED] dass es vom klassischen Lagerdenken Abstand nimmt und an einer kontinuierlichen Zusammenarbeit interessiert ist. [REDACTED] arbeitet damit wesentlich im Sinne einer Deeskalation der Diskussion.

* Top-Level-Gespräche auf Bundesebene

Die Regierungsparteien CDU/CSU unterstützen mehrheitlich die Kernenergie. In zentralen Bundesministerien (insb. das Bundeswirtschaftsministerium, aber auch Forschung) sollte die Führungsebene (Minister und Staatssekretäre, ggf. Abteilungsleiter) mit aktuellen Argumentationen pro Kernkraft versorgt werden. Gleiches gilt für die energie-affinen Mandatsträger im Bundestag. Hierdurch werden diese – gefühlsmäßig die Kernenergie unterstützenden - Multiplikatoren mit zusätzlichen Argumenten für die politische Debatte ausgestattet. Der [REDACTED] bietet sich dadurch die

Gelegenheit nachhaltig als Lieferant technischer Expertise und nicht als Fordernde wahrgenommen zu werden. Die Leitungsebene in den Parteien wird in hohem Maße an den Erkenntnissen über das Meinungsklima in diesem Wahlkampfthema interessiert sein. Auch wird das Interesse [REDACTED] begrüßt werden, die bürgerlichen Parteien über den Stand der Kampagne kontinuierlich informiert zu werden. Sollte es aus Termingründen nicht immer gelingen, direkte Treffen zu arrangieren, bleibt der Informationsaspekt unverändert bestehen. Entsprechend sollten und können auch andere Wege des Informationsflusses (regelmäßiger Austausch auf Arbeitsebene, Newsletter, Telefonate) vorgeschlagen und genutzt werden.

- Top-Level-Gespräche auf Landesebene

Mit den geplanten Regionalkonferenzen und der Mobilisierungskampagne der [REDACTED] Standorte ergeben sich für die Wahlkampfzeit immer wieder Anlässe für [REDACTED] das Gespräch mit den kampagnenrelevanten Ministerpräsidenten der Bundesländer bzw. den zuständigen Fachministerien zu suchen (z.B. Umwelt und Verbraucherschutz). Man sollte sich kennen und auch öffentlich demonstrieren, dass man sich als Weltkonzern auf Augenhöhe mit den obersten Landespolitikern spricht. Meist werden so prinzipielle Problemstellungen im Vorfeld entschärft. Terminmanagement und Briefing sollte in der Abteilung Politik liegen bzw. kann PRGS übernehmen. Ebenso zum Kreis derjenigen, die über den Stand der Kampagne informiert werden sollten, gehören die umwelt- und wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion in den Landtagen.

Arbeitsgemeinschaften auf Bundes- und Länderebene

Ein entsprechendes Gesprächsangebot sollte auch an die fachlich relevanten Arbeitsgemeinschaften gerichtet werden. Beispielsweise im Rahmen eines Mittagessens erhält dabei ein ranghoher Vertreter der [REDACTED] die Gelegenheit zu einem Vortrag bzw. einer Präsentation. Im Mittelpunkt sollten auch hier die wesentlichen Inhalte und Erkenntnisse aus der laufenden Kampagne stehen. Ziel bleibt es auch hier, einen beiderseitigen Abstimmungsprozess zu etablieren

Der Politische oder Parlamentarische Abend auf Bundes- und Länderebene

Der Netzwerk-Aspekt und nicht das singuläre Thema steht im Vordergrund des politischen Abends. Ziel ist es, eine möglichst große Zahl von unternehmensrelevanten Akteuren zusammenzubringen. Das Unternehmen soll dabei in einem positiven Licht erscheinen und politische Forderungen nur beiläufig, z.B. im Grußwort, gestellt werden. Im Nachgang erfolgen dann separate Ansprachen der relevanten Teilnehmer.

Auf Bundes-Ebene gilt, dass Veranstaltungsort (der Rahmen), prominente Teilnehmer und ein spannendes Thema die Zugpferde für eine gute Teilnehmerliste unverzichtbar sind. Im Vorfeld sollten daher Multiplikatoren gesondert angesprochen und zu einer Teilnahme bewegt werden.

Nach protokollarischem Ritus verläuft in den Ländern der parlamentarische Abend, der für gewöhnlich im landtageeigenen Restaurant stattfindet und vom Landtagspräsidium eröffnet wird. Da diese Abende während der Plenartage stattfinden, ist die Chance am größten, auf einen Schlag möglichst viele Abgeordnete über aktuelle Probleme zu informieren. Da parlamentarische Abende äußerst beliebt sind, bewerben sich viele Verbände oder Unternehmen beim Landtagspräsidium um die Ausrichtung – Vorlaufzeit 3-5 Monate. Angesichts der Kontroverse um die Kernkraft sollte ein unverfänglicher Titel gewählt werden, beispielsweise Wege zum Klimaschutz.

Durch einen reibungslosen Ablauf wird das Ansehen der [REDACTED] im politischen Umfeld weiter gesteigert. Zu den Teilnehmern kann so in einem Folgeschritt erneut Kontakt aufgenommen werden, um dann brisantere Themen, wie die Kernkraft anzusprechen. Wenn bei den Teilnehmern eine positive Erinnerung an die Veranstaltung vorliegt, fallen Argumente pro Kernkraft auf fruchtbaren Boden. Damit wird die öffentliche Debatte positiv beeinflusst.

Werkbesichtigungen

Bei diesem Format sollen Politiker einen persönlichen Eindruck über den Diskussionsgegenstand gewinnen. Neben einem Gespräch mit ranghohen Firmenvertretern werden zentrale Aspekte des Betriebs und die Anliegen des Unternehmens erläutert. Für dieses

Format eignen sich insbesondere Mandatsträger, die dem Thema nahe stehen oder ihren Wahlkreis am Standort haben. Sehr wichtig ist die Einbindung der kommunalen Würdenträger, z.B. Bürgermeister. Durch eine Werksbesichtigung sollen die Teilnehmer einen Eindruck über die Sicherheitslage und (nachgelagert) Leistungsfähigkeit des Werkes erhalten.

5.1.2 Erweiterte Formate für die Zielgruppen Politik und (Fach-)Öffentlichkeit

Politisch-öffentliche Formate sind nicht nur für Politiker konzipiert und erreichen dadurch eine höhere Aufmerksamkeit. Diese erhöht wiederum die Attraktivität für Politiker an solchen Veranstaltungen teilzunehmen. Eine vertiefte inhaltliche oder vertrauliche Diskussion ist bei solchen Formaten nicht vorgesehen. Diese kann aber für einen späteren Zeitpunkt vereinbart werden.

Die Fachkonferenz bzw. Fachdiskussion

Bei der Fachkonferenz werden neben der Unternehmenssichtweise auch andere Perspektiven dargestellt. Hierdurch soll erreicht werden, dass die eigene Position eine höhere Aufmerksamkeit erreicht. Neben Unternehmens- und Verbandsvertretern nehmen Vertreter aus Politik, Verwaltung, aber auch Öffentlichkeit teil. Die gezielte und wohl dosierte Einbindung kritischer Stimmen ist dabei unerlässlich. Wichtig ist, dass der Eindruck einer „Werbeveranstaltung“ vermieden wird. Stattdessen soll auf Faktenbasis diskutiert werden.

Das Streitgespräch

Das Streitgespräch ist ein sehr gutes Format, um ein Thema auf verschiedenen Ebenen – von lokal bis bundesweit – einer interessierten Öffentlichkeit zu vermitteln. Abhängig von der Ebene nehmen jeweils ein Firmenvertreter bzw. Vertreter des Firmenanliegens und ein Gegenpart, etwa aus einer NGO oder „gegnerischen“ Partei teil. Die Entwicklung sol-

cher Formate auf den verschiedenen Ebenen obliegt PRGS, ebenso die Sicherstellung der entsprechenden medialen Aufmerksamkeit.

Tag der Offenen Tür

Solche Betriebsbesichtigungen eignen sich sehr gut, um das eigene Unternehmen und die Aktivitäten einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Dadurch sollen nicht zuletzt Vorbehalte oder Ängste abgebaut werden. Idealerweise werden Mandatsträger in die Durchführung eingebunden, etwa durch ein Grußwort. Ähnlich wie bei der Werksbesichtigung ist ein Schwerpunkt die Vermittlung von Sicherheit und dem „letzten Stand“ der Technik.

5.1.3 Etablierte Formate

Im Folgenden werden Veranstaltungen vorgestellt, die grundsätzlich dazu dienen könnten Anliegen der [REDACTED] im politischen Raum zu positionieren.

Die Berliner Wirtschaftsgespräche (BWG)

Die BWG sind ein Verein mit dem Ziel, die in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik beteiligten Akteure zum Meinungs- und Informationsaustausch zusammen zu bringen. Mittlerweile zehn Jahre auf dem Markt etabliert bieten die BWG verschiedene Formate an, etwa Lunch-Diskussionen, Fachveranstaltungen etc. An den Veranstaltungen nehmen in der Regel >50 Personen aus den verschiedenen Gruppierungen teil. Veranstaltungsort variiert.

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.bwg-ev.net/home>

Fachkonferenzen der Friedrich-Ebert Stiftung (FES)

Die FES organisiert in regelmäßigen Abständen Fachkonferenzen, zu denen sie beteiligte aus Industrie, Politik und Wissenschaft bittet. An den Veranstaltungen nehmen > 50 Per-

sonen teil. Veranstaltungen finden in Berlin, aber auch in anderen Städten statt, die einen Bezug zum Thema haben.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.fes.de>

Fachkonferenzen der Konrad-Adenauer Stiftung (KAS)

Die KAS organisiert in regelmäßigen Abständen Fachkonferenzen, zu denen sie beteiligte aus Industrie, Politik und Wissenschaft bittet. An den Veranstaltungen nehmen > 70 Personen teil. Aufgrund des guten Netzwerkes der KAS nehmen in der Regel auch hochrangige Vertreter aus der Politik bzw. den Behörden an den Veranstaltungen teil.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.kas.de>

Das Forum für Zukunftsenergien

Das Forum ist auf den ersten Blick politisch unabhängig und branchenneutral. Es ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein und dient als Plattform für die Information und Kommunikation über die Gestaltung einer nachhaltigen Energiewirtschaft im interdisziplinären, branchen- und interessenübergreifenden Diskurs. Als etabliertes Podium der EVU eignet sich das Forum für erste Diskussionsrunden.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.zukunftsenergien.de>

Das Deutsche Atomforum

Das Atomforum ist ein Zusammenschluss von Unternehmen und Institutionen, die sich für die friedliche Nutzung der Kernenergie einsetzen. Neben Forschung und Öffentlichkeitsarbeit sind Kongresse und Seminare die Arbeitsschwerpunkte. Bei den Veranstaltungen des Atomforums werden durchaus auch kritische Geister eingeladen, jedoch ist die Präferenz des Forums bereits im Namen enthalten.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.kernenergie.de>

Die Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Die Strukturgesellschaft lädt regelmäßig in Sitzungswochen in den Bundestag, um zu bestimmten energierelevanten Themen zu diskutieren. In der Regel werden drei Statements von unterschiedlichen Akteuren einer Diskussion vorangestellt. Da zahlreiche MdB*s Mitglied sind, ist dieses Forum sehr beliebt.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://strukturgesellschaft.de>

Veranstaltungen des Wirtschaftsrates der Union

Der Wirtschaftsrat bietet verschiedene Veranstaltungsformate für seine Mitglieder. Aufgrund seiner ideologischen Unbefangenheit ggü. der Kernkraft bietet eine Veranstaltung unter dem Dach des Wirtschaftsrates eine günstige Gelegenheit per se wohl gesonnene Multiplikatoren mit Informationen zu versorgen.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.wirtschaftsrat.de

Veranstaltungen von Bundesministerien

Insbesondere das BMU und das BMWI laden in unregelmäßigen Abständen zu Fachkonferenzen, die sich mit dem Thema Energie auseinandersetzen. Da diese i.d.R. vom zuständigen Minister geleitet werden, ist eine hohe Dichte von politischen Mandatsträgern zu erwarten.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bmwi.bund.de und www.bmu.bund.de

Veranstaltungen von Verbänden

Zahlreiche große Dachverbände – etwa der BDI, der VCI oder der VIK – bieten in unregelmäßigen Zeiträumen Tagungen an, die sich mit Energiepolitik befassen.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bdi-online.de , www.vci.de und www.vik.de

Jahrestagung Energie

Das Handelsblatt organisiert i.d.R. einmal jährlich dieses Treffen, das hochrangige Vertreter aus Politik und Wirtschaft zusammenbringt. Aufgrund der Teilnahme mehrerer Minister und Vorstände ist mediale Präsenz gewährleistet.

Jahreskonferenz Erneuerbare Energien

Träger der Konferenz sind die zentralen Verbände der Branche der Erneuerbaren Energien (BEE, BWE, BSW etc.). Schnittmengen ergeben sich sowohl mit den industriellen Herstellern regenerativer Kraftwerke als auch mit vielen Betreibern, Projektierern und Finanzierern der EE-Branche, die dem konservativ-liberalen Spektrum zuzuordnen sind. Falls ein Schulterschluss zwischen Erneuerbaren Energien und Kernkraft angestrebt wird (s. Argumentationslinie 4.1 u. 4.5), sollte versucht werden, sowohl eine Sponsoring-Partnerschaft als auch einen entsprechenden Redebeitrag zu platzieren.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.jahreskonferenz.de

5.1.4 Neue Formate

Titel: Energiepolitisches Seminar

Zielgruppe: Politiker und Mitarbeiter aus Bundes-, Landespolitik von CDU/CSU u. FDP

Ziel: Vorstellen nützlicher Informationen, Abgleich der Argumentationslinien, Austausch über Erfahrungen in der politischen Arbeit

Beschreibung: Idealerweise in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Seidel-Stiftung und Friedrich-Naumann-Stiftung werden die Kommunikatoren der beiden

bürgerlichen Parteien fit gemacht für die anstehenden Auseinandersetzungen. Das zweitägige Seminarprogramm bietet Möglichkeiten der Vernetzung, stellt wichtige Informationen bereit, begründet intensive Zusammenarbeit auch mit dem Unternehmen [REDACTED] und bietet den politischen Akteuren auch Rhetorik-Schulungen

Titel: Energieinnovationen aus Deutschland

Zielgruppe: Journalisten, interessierte Öffentlichkeit, jüngere Erwachsene, Jugendliche

Ziel: Interessenidentität zwischen [REDACTED] und Bevölkerung dokumentieren. Einteilung in gute und schlechte Energien aufheben.

Beschreibung: In Kooperation mit einem Forschungsträger zur Energiepolitik (ggf. auch IZ Klima) wird ein Internetportal zu Energieinnovationen aus Deutschland aufgelegt. Es liefert Informationen technischen Innovationen zu allen Energieformen, für deren Entwicklung [REDACTED] mit verantwortlich zeichnet oder die [REDACTED] im Kraftwerksbetrieb einsetzt. Es werden die wertschöpfenden Faktoren und exportfördernden Faktoren aufgezeigt. Junge Erwachsene berichten aus persönlicher Sicht über Fortschritte in der Technologieentwicklung. [REDACTED] erscheint als Partner in einem großen Netzwerk aus Forschung, Wirtschaft und Verwaltung.

Titel: Energiepolitik und Konjunktur

Zielgruppe: Journalisten, Wirtschaftsverbände, Unternehmer, wirtschaftsnahe Organisationen der Parteien

Ziel: Folgewirkungen einer verfehlten Energiepolitik für Produktivität, Wachstum und Versorgungssicherheit in Zeiten der Rezession aufzeigen

Beschreibung: Diskussionsreihe aus vier Veranstaltungen (Berlin, Hannover, Frankfurt, München) in Kooperation mit dem DIHK. Eingeladen werden Experten aus produzierendem Gewerbe, Wirtschaftswissenschaft, Landes- bzw. Bundesregierung, Experten der Energieversorger

Titel: Energie für unsere Stadt

Zielgruppe: Regionale und lokale Medien, Bürger, Unternehmen, Interessierte Öffentlichkeit

Ziel: [REDACTED] erscheint als lokaler Partner für die Energieversorgung der Zukunft und arbeitet aktiv gegen das von dritten geförderte Image des einzig auf Gewinnmaximierung orientierten Energieerzeugers. Bürger werden aufgefordert lokal Verantwortung für die Energieversorgung zu entwickeln. Mögliche Konfrontationen mit Gegnern der Kernenergie setzen diese rhetorisch ins Unrecht.

Beschreibung: Drei Regionalkonferenzen in Bayern, Niedersachsen und NRW versammeln die energiepolitisch ambitionierten Kommunen eines jeden Bundeslandes. Veranstaltungspartner sind die kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie Deutscher Landkreistag. Im Mittelpunkt stehen Best Practices über energiepolitische Strategien und mögliche bzw. bestehende Partnerschaften mit [REDACTED].

Titel: Community-Building: Website und Veranstaltungsreihe „Wir stemmen die Energie-Zukunft!“

Zielgruppe: [REDACTED] Interessierte Öffentlichkeit, Multiplikatoren, Fachleute

Ziel: Mobilisierung und Identitätsbildung der [REDACTED] Mitarbeiter und Branche

Beschreibung: Das Community-Building läuft über zwei Module: 1. ein Internetportal macht die Community nach außen sichtbar und übernimmt als Plattform den Austausch über Standortgrenzen und Unternehmensgrenzen hinweg. 2. Eine Veranstaltungsreihe mobilisiert die Community, organisiert und stabilisiert sie.

Das Internetportal bietet Informationen und Möglichkeiten, sich standortübergreifend zu einzelnen Themen zu vernetzen. Es bietet einen internen Testkanal für die Argumentationen und lenkt die Aufmerksamkeit der Gegner auf eine ständig an Breite zunehmende

Bewegung, die sich sachlich und konstruktiv mit der richtigen Strategie für eine Energie-Zukunft auseinandersetzt. Organisatorisch wird eine separate Plattform zur „Energiezukunft“ aufgesetzt, die prominent mit der Corporate Website des Unternehmens verlinkt ist. Das Portal bietet auch eine Schnittstelle für Allianzpartner außerhalb des Unternehmens.

Titel: Energiewende in der Blogosphäre

Zielgruppe: die Junge Generation der Nicht-Gorieben-Sozialisierten

Ziel: Verankerung tragender Argumentationslinien in den klimabewegten, aber weniger kernenergiefokussierten Nutzergruppen

Beschreibung: Beginnend mit einer Bestandsaufnahme relevanter Blogs werden Argumente pro Kernenergie in den Webdiskurs eingespeist. Für die Bestandsaufnahme sind die sechs definierten Argumentationslinien Angst, Hoffnung, Unabhängigkeit, Innovation, Kosten, Risiko maßgeblicher Filter. Besonders Fragen der Versorgungssicherheit und Importabhängigkeit werden dabei angesprochen. Entsprechend der Ausrichtung identifizierter Blogs werden die entwickelten Argumente zielgruppenadäquat formuliert und eingespeist.

Grundsätzlich kann durch diesen Ansatz, die [REDACTED] Perspektive zu sämtlichen Teilthemen an die „Empfänger“ –von eher geopolitisch interessierten Zielgruppen bis zu einzig energiepreisfokussierten Bürgern –gebracht werden.

Titel: Grassroots (z.B. Unterschriftenaktion)

Zielgruppe: Befürworter Kernenergie, [REDACTED] Community, Unentschlossene

Ziel: Öffentliches Meinungsbild durch plebiszitäre Aktionsformen drehen

Beschreibung: Über ein Callcenter werden Verbraucher und Wähler aufgefordert, sich nicht nur zur Kernkraft zu bekennen, sondern dieses Bekenntnis auch ihren Wahlkreis-

Abgeordneten schriftlich mitzuteilen. An die Kernenergiebefürworter gehen variierte vorformulierte Schreiben inklusive frankiertem Umschlag.

Die Sowohl-als-auch-Haltung des „Klima schützen, aber ohne Kernenergie“ wird demaskiert. Stattdessen spitzt die Aktion die Debatte auf genau diese Alternative des Entweder-oder zu. Damit wird eine Priorisierung der Klimaziele unter Einschluss der Kernenergie unterstützt.

5.2 Veröffentlichungen

Grundlage des Lobbyings ist fundiertes Material. Politiker bevorzugen wie Journalisten quellenbasiertes Informationsmaterial, das die Neutralität der Information suggeriert. Mit bunten PR-Flyern gibt sich hier keiner zufrieden. Also erläuternde Grafiken statt Fotos ohne Nutzwert. Die Informationspapiere können selbstverständlich gut gestaltet sein, der Fließtext sollte aber nicht länger als zwei Seiten sein. Zahlen, Daten, Fakten müssen belegt sein – und zwar nicht mit firmeninternen Untersuchungen. Studien renommierter Institute gehen zwar ins Geld, rentieren sich jedoch, da die Glaubwürdigkeit des beauftragten Instituts nicht grundsätzlich in Zweifel gezogen werden kann. Wenn man Glück hat beträgt die Halbwertszeit der bestellten Studie mehr als ein Jahr.

Veröffentlichungen richten sich in unterschiedlichen Medien an unterschiedliche Zielgruppen. Deswegen muss jede Veröffentlichung auf die jeweilige Zielgruppe maßgeschneidert werden, wenn sie ihren Anspruch nicht verfehlen will.

Zentrale Veröffentlichungen um die Argumente pro Kernkraft und pro Restlaufzeitverlängerung an die jeweiligen Zielgruppen zu bringen, sind:

- Positionspapiere (Zielgruppe: Politik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene)
- Studien (Fachöffentlichkeit, Medien und Politik)
- Pressemeldungen (Medien)
- Informationsbroschüren (Politik und breite Öffentlichkeit)

5.2.1 Neue Formate

Titel: [REDACTED] Informationspaket „neuer Energiekonsens“

Zielgruppe: Wirtschaftsverbände, Politiker, Unternehmer, interessierte Öffentlichkeit

Ziel: Argumentarium zur energiepolitischen Strategie des Unternehmens. Zusammenführung der versprengten Informationen aus CR-Bericht, Unternehmensstrategie und neuen Argumenten für eine Laufzeitverlängerung.

Beschreibung: [REDACTED] benötigt für die eigenen Aktivitäten ein flexibel einsetzbares Informationspaket, das die wesentlichen Fakten auf einen Blick transportiert, die wichtigen, neuen Argumentationslinien aufnimmt und die Schwachpunkte einer einseitig auf erneuerbare Energien setzenden Strategie aufzeigt. Zugrunde liegt ein Messagehaus, für das verschiedene Materialien produziert werden, die ggf. auch einzeln einsetzbar sind. Alle Medienformen sollten einbezogen sein.

Titel: Studie „Zielgruppenanalyse der Unentschlossenen“

Zielgruppe: Unentschlossene

Ziel: Ansatzpunkte für Presse- und Medienarbeit justieren

Beschreibung: Ausgehend von der bereits vorliegenden GfK-Analyse werden für die Gruppe der Unentschlossenen die beiden Kernbotschaften des vorliegenden Konzepts getestet. Lassen sich die Unentschlossenen durch die proaktive Kommunikation von Klimaschutz unter Einschluss der Kernenergie und der Lösung der Endlagerdebatte positiv einstimmen? Nehmen die Kernbotschaften ihnen Ängste und geben sie Ihnen Hoffnung? Die Umfrage dient dazu, die Kernbotschaften in ihrer Wirksamkeit für diese heterogene Zielgruppe zu evaluieren. In der Folge dienen die Ergebnisse dazu, den bürgerlichen Parteien neue Argumente und Ansatzpunkte für die politische Überzeugungsarbeit zu liefern.

Titel: Umfragenreihe zur „Energie-Zukunft“

Zielgruppe: Öffentlichkeit, Publikumsmedien, Multiplikatoren

Ziel: Neue Argumente bzw. Bestärkung der vorhandenen Argumente. Mit einem Stimmungsbarometer kann [REDACTED] auf aktuelle Stimmungen reagieren und die eigene Kommunikationsstrategie evaluieren und anpassen.

Beschreibung: Die Ergebnisse repräsentativer Umfragen zu Teilaspekten der Argumentationslinien werden breit an Fach- und Publikumsmedien gestreut und über Multiplikatoren in die politische Diskussion eingespeist. So werden neue Argumente und Fakten für die laufende Debatte erzeugt. Im Kopf-an-Kopf-Rennen der Umfragen geht es entscheidend darum, welche Argumente bei Medien und in der Bevölkerung besonders tragfähig sind und auf Akzeptanz stoßen. Fragestellungen sind:

- Wo wollen Sie in Zukunft Energie sparen?
- Müssen die KKW-Betreiber ihre Gewinne an die Gesellschaft weiterreichen oder empfinden Sie dies als bloßen Ablasshandel?
- Was ist ein akzeptabler Preis für Energie?
- Befürchten Sie eine Energie-Abhängigkeit vom Ausland?
- Was können wir heute tun, um unsere Energieversorgung für die Zukunft zu sichern?

5.3 Beispiel für einen möglichen Maßnahmen-Plan zum Thema Endlager

Aus der Maßnahmen-Palette werden je nach Argumentationsgegenstand geeignete Instrumente ausgewählt. Um das Thema Endlager proaktiv zu besetzen, empfiehlt PRGS etwa folgendes Vorgehen:

- [REDACTED] stimmt sich im Dezember/Januar intern zu einer offensiven Position beim Thema Endlager gemäß der Argumentationslinie aus 4.2 ab.
- Die entsprechenden Positionspapiere und Factsheets für Politik, Stakeholder und Presse werden im Januar/Februar erstellt.
- Mit Unionspolitikern findet im Februar eine informelle Abstimmungsrunde statt. Hier erläutert [REDACTED] seine Position und seine Absichten und kann mögliche Differenzen klären. Das Einspeisen moderater Positionen in die Unionsfraktionen kann zudem im bevorstehendem Wahlkampf nicht schaden.
- Auf einer Podiumsdiskussion legt [REDACTED] im März seine offensive Position zum Thema Endlager vor einem Fachpublikum und Presse dar. Dies kann etwa in der Konrad-Adenauer-Stiftung geschehen oder in einer Berliner Landesvertretung im Rahmen einer Veranstaltung des Forums Zukunftsenergien. Bei solch einer Veranstaltung kann Publikum und Presse gezielt eingeladen werden.
- Die neue Endlager-Position wird dann mit SPD-Politikern der AG Energie und Umwelt im März beim parlamentarischen Frühstück diskutiert. Hier kommt es darauf an, Gemeinsamkeiten zu erkennen und zu betonen. Schließlich sollen zur SPD Brücken gebaut werden.
- Ebenfalls wird im März das Feed-back von den Grünen bei einem Gespräch mit Energiepolitikern eingeholt. Durch die Meinung der Grünen erfährt [REDACTED] gleichzeitig auch die Meinung der Umweltschutzorganisationen und kann die Wirkung auf die öffentliche Meinung abschätzen.

- [REDACTED] kann dann das Thema über die Medien (Interviews mit FAZ und Welt, TV-Reportagen etc.) oder öffentlichen Gesprächsrunden mit weiteren Experten-Meinungen, neuen Details und weiter reichenden Vorschlägen am Laufen halten.

5.4 Beispiel für einen möglichen Maßnahmen-Plan zum Thema Klimaschutz

Um beim Thema Klimaschutz Glaubwürdigkeit zu erzielen, sollte [REDACTED] verbal und faktisch den Schulterschluss mit den EE suchen. Hierzu entwickelt [REDACTED] ein Beispiel-Projekt, das als glaubwürdiges Transportmittel für die weitere Argumentation der Versorgungssicherheit dient.

- [REDACTED] entwickelt ab Dezember mit [REDACTED], dem Windkraftanlagen-Hersteller Repower, dem Biogas-Anlagen-Hersteller Schrack ein virtuelles Klimaschutz-Kraftwerk oder Null-CO₂-Kraftwerk. Vernetzt werden KKW, WKA, BioKW und ein Pumpspeicherkraftwerk aus den [REDACTED]
[REDACTED]
- [REDACTED] Die Schirmherrschaft über das geplante Projekt wird mit ersten Details zur Funktionsweise des Kraftwerks auf einer Pressekonferenz in Berlin im Januar/Februar angekündigt.
- Im März folgt in den Energiewirtschaftlichen Tagesfragen (et) eine Studie mit Hochrechnungen der Uni Duisburg-Essen, die die Möglichkeiten einer flächendeckenden Vernetzung von KKW und EE über alle vier Regelzonen auslotet und dabei die Wirkung auf die Versorgungssicherheit nach 2020 beschreibt im Fall einer Verlängerung der Restlaufzeiten.
- Die Studienergebnisse werden danach journalistisch aufbereitet und Presse und TV (Galileo, Abenteuer Wissen...) zur Verfügung gestellt.

- [REDACTED] stellt das Projekt als Sponsoring-Partner auf der Jahreskonferenz Erneuerbare Energien (EE09 wahrscheinlich im März) vor – offizieller Titel des Vortrags: „EE und Netzintegration“.
- Die Studienergebnisse und das Projekt des Null-CO2-Kraftwerks werden FDP- und Unionsfraktionen in den Sitzungswochen Ende März im Rahmen von parlamentarischen Frühstücksrunden vorgestellt.
- Die Studienergebnisse und das Projekt des Null-CO2-Kraftwerks werden dem Bundeswirtschaftsministerium Ende März / Anfang April vorgestellt.
- Um „dem anderen Lager“ das Projekt nahe zu bringen und Reaktionen zu testen, wird zusammen mit Vertretern von Seeheimer Kreis / Kurt-Schumacher-Gesellschaft im April nach Ostern ein energiepolitisches Seminar in der Akademie für politische Bildung in Tutzing (Prof. Oberreuter) organisiert.
- Bis zum Beginn der heißen Wahlkampfphase folgen Fachdiskussionen mit Stakeholdern und medienwirksame Streitgespräche in den Landeshauptstädten.

7 Auswahl: Zielgruppen, Multiplikatoren und wichtige Stakeholder

Nationale Ebene

Bundestagsausschüsse

- Petra Bierwirth (SPD), Vorsitzende des Umweltausschusses
- Edelgard Bulmahn (SPD), Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses

Fraktionen

- Laurenz Meyer (CDU), Sprecher für Wirtschaft und Technologie
- Marie-Luise Dött (CDU), Sprecherin für Umwelt und Reaktorsicherheit
- Dr. Rainer Wend (SPD), Sprecher für Wirtschaft und Technologie
- Marco Bülow (SPD), Sprecher für Umwelt und Reaktorsicherheit
- Gudrun Kopp (FDP), Sprecherin für Energiepolitik und Welthandel
- Michael Kauch (FDP), Sprecher für Umweltpolitik
- Angelika Brunkhorst (FDP), Sprecherin für Naturschutz und Reaktorsicherheit

Wirtschaftsministerium

- Michael Glos (CSU), Bundeswirtschaftsminister
- Jochen Homann, Staatssekretär, zuständig für Energiepolitik
- Herr Dauke, Ministerialdirigent Abteilung Energiepolitik
- Dr. Schneider, Referatsleiter Kernenergiewirtschaft

Umweltministerium

- Sigmar Gabriel (SPD), Bundesumweltminister
- Matthias Machnig (SPD), Staatssekretär Bundesumweltministerium
- Astrid Klug (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin
- Michael Müller (SPD) Parlamentarischer Staatssekretär
- Dr. Urban Rid, Ministerialdirigent Abteilung Umwelt und Energie

- Wolfgang Renneberg, Ministerialdirigent Abteilung Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, Strahlenschutz, nukleare Ver- und Entsorgung

Kommunen

- Arbeitskreis der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland

Politische/Gesellschaftliche/Wirtschaftliche Stakeholder pro Atomkraft

- CDU
- FDP
- Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU)
- Christian Wulff (CDU), Ministerpräsident Niedersachsen
- Karl Walter Hirche (CDU), Wirtschaftsminister Niedersachsen
- Hans-Heinrich Sander (FDP), Umweltminister Niedersachsen
- Mechthild Ross-Lüttmann (CDU), Sozial- und Gesundheitsminister Niedersachsen
- Carl Carstensen (CDU), Ministerpräsident Schleswig-Holstein
- Werner Marnette, Wirtschaftsminister Schleswig-Holstein
- Günther Oettinger (CDU), Ministerpräsident Baden-Württemberg
- Peter Müller (CDU), Ministerpräsident Saarland
- Roland Koch (CDU), Ministerpräsident Hessen
- Dieter Althaus (CDU), Ministerpräsident Thüringen
- Rainer Brüderle (FDP), Wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
- Bundeswirtschaftsministerium (BMWi)
- Deutsches Atomforum e.V.
- Kerntechnische Gesellschaft e.V.
- Informationskreis Kernenergie
- Große EVUs
- Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)
- Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V. (VIK)
- Wirtschaftsverband Kernbrennstoff-Kreislauf und Kerntechnik e.V. (WKK)
- Verband der Chemischen Industrie (VCI)

- Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
- Atomforum
- BDI
- DIHK
- Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE)
- Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)
- Ver.di
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Internationale Energie-Agentur (IEA)
- Europäische Kommission

Kritische Stakeholder

- SPD
- Grüne
- Die Linke
- Junge Liberale (JuLis)
- Umweltbundesamt (UBA)
- Christliche Demokraten gegen Atomkraft (CDAK)
- Greenpeace
- Eurosolar
- BUND
- Deutscher Naturschutzring (DNR)
- Urgewald
- Deutsche Umwelthilfe (DUH)
- WWF
- Bundesverband neuer Energieanbieter (BNE)
- Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e.V. (IPPNW)
- Naturschutzbund Deutschland (NABU)
- Verbraucherzentrale Bundesverband (VzBv)
- Bund der Energieverbraucher

- Kirchen
- Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE)

Experten

- Prof. Dr. Claudia Kemfert, Energie-Expertin des DIW
- Prof. Dr. Norbert Walter (Chef-Volkswirt der Deutschen Bank)
- Fachverband für Strahlenschutz
- Forschungszentrum Jülich
- Forschungszentrum Karlsruhe
- Prof. Dr.-Ing. Burghard Müller, Fachhochschule Aachen, Prodekan des Fachbereichs Energie- und Umweltschutztechnik, Kerntechnik (Studiengang Nuclear Applications)
- Prof. Dr. rer. nat. Hans-Josef Allelein, RWTH Aachen, Lehrstuhl für Reaktorsicherheit und Technik
- Fritz Varenholt, Repower Systems (Windenergieanlagen)

Europäische/Internationale Ebene

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE)

- Angelika Niebler (CDU), Vorsitzende
- Dr. Jorgo Chatzimarkakis (FDP)
- Rebecca Harms (Grüne)
- Werner Langen (CDU)
- Herbert Reul (CDU)
- Mechthild Rothe (SPD)
- Norbert Glante (SPD), Pro Kernkraft
- Bernhard Rapkay (SPD), Stellvertretendes Mitglied, Pro Kernkraft

Ausschuss für Umweltfragen und Lebensmittelsicherheit (ENVI)

- Hiltrud Breyer (Grüne)
- Karl-Heinz Florenz (CDU)

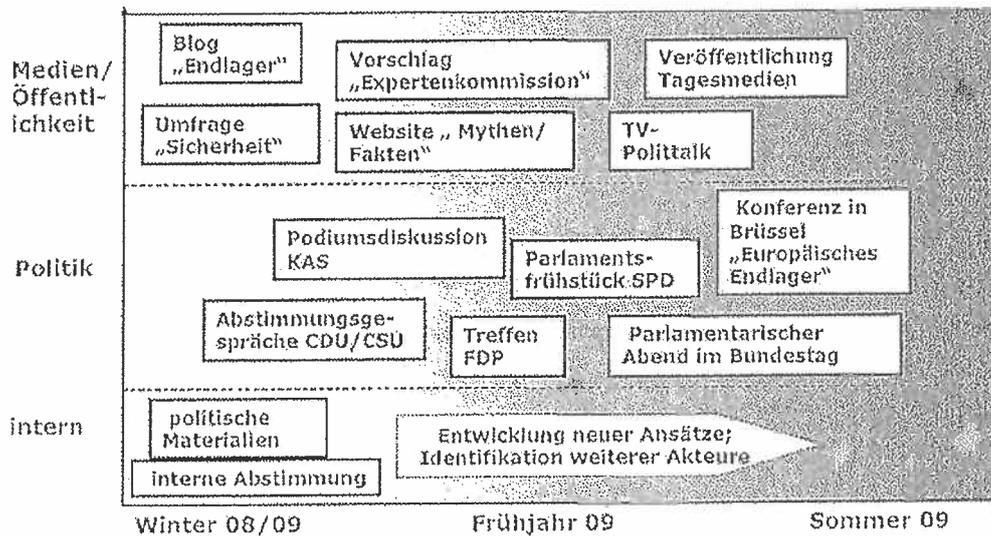
- Matthias Groote (SPD)
- Christa Klass (CDU)
- Holger Kraemer (FDP)
- Peter Liese (CDU)
- Dagmar Roth-Behrendt (SPD)
- Horst Schnellhardt (CDU)
- Thomas Ulmer (CDU)
- Anja Weissgerber (CDU)

Europäische Kommission

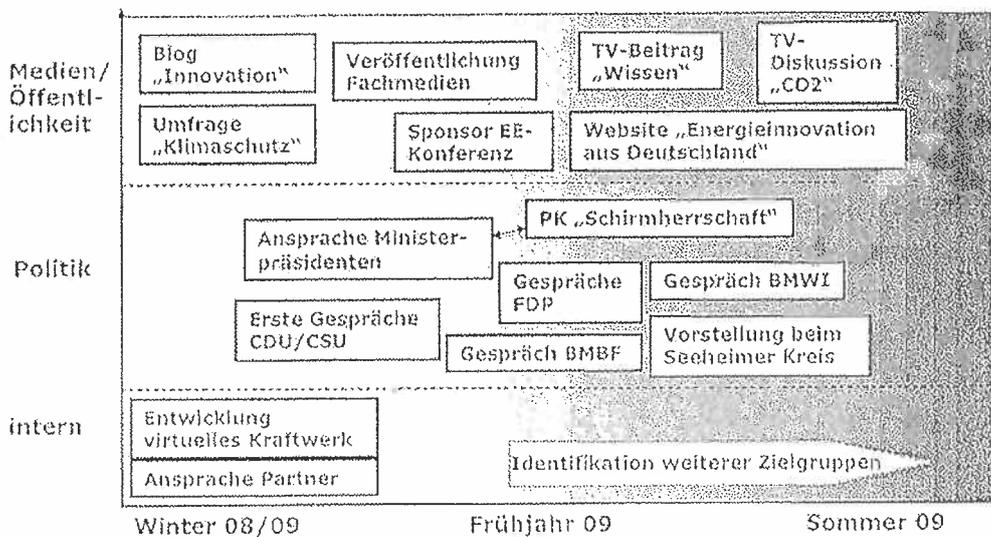
- Andris Piebalgs, Energiekommissar
 - Andris Kestēris, Kabinettschef
 - Agnija Rasa, Mitglied des Kabinetts, zuständig für Atomkraft
 - Peter Vis, Mitglied des Kabinetts, zuständig für Umweltfragen
 - Stavros Dimas, Umweltkommissar
 - Nancy Kontou, Kabinettschefin
 - Laurence Graff, Mitglied des Kabinetts, zuständig für Energie
 - Martijn Quinn, Mitglied des Kabinetts, zuständig für Umwelt und Industrie
 - Matthias Rūthe, Generaldirektor der DG Verkehr und Energie (DG TREN)
 - P. Faross, Leiter Direktion Kernenergie der DG TREN
 - U. Blohm-Hieber, Leiter Abteilung Kernenergie und Ab-/Rückbau der DG TREN
 - Jos Delbeke, Generaldirektor der DG Umwelt
 - Piotr Tulej, Leiter Abteilung Energie und Umwelt der DG Umwelt
-
- Europäische Atomgemeinschaft (Euratom)
 - International Atomic Energy Agency (IAEA)
 - Internationale Energie-Agentur (IEA)
 - Foratom – European Atomic Forum
 - Joint Research Center (JRC) der Europäischen Kommission

8 Anhang

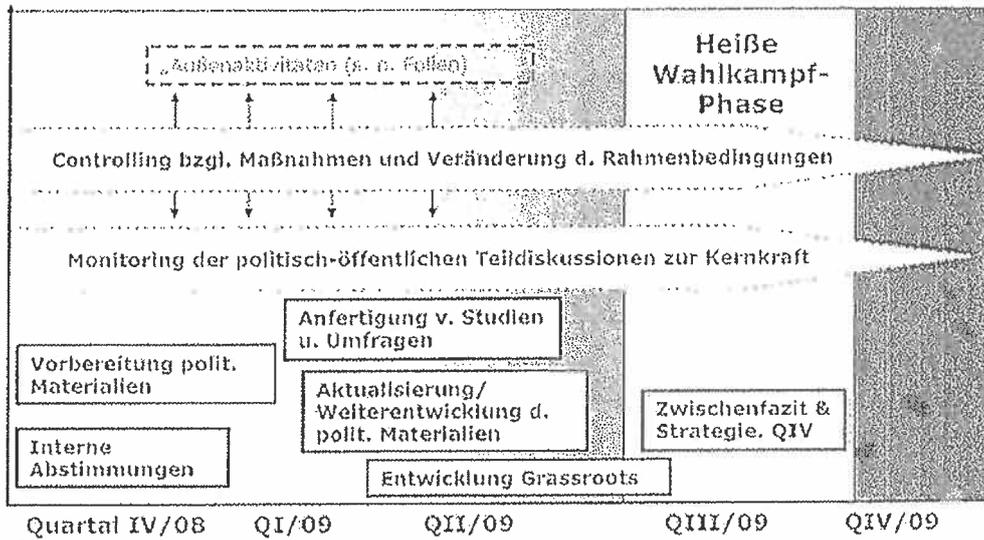
Maßnahmenbeispiel Endlager (exemplarisch)



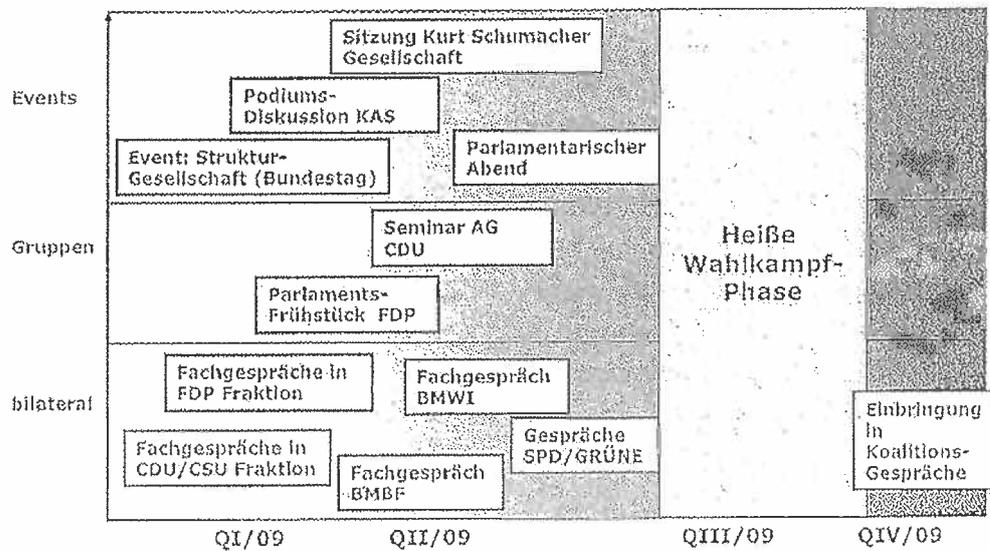
Maßnahmenbeispiel Klimaschutz (exemplarisch)



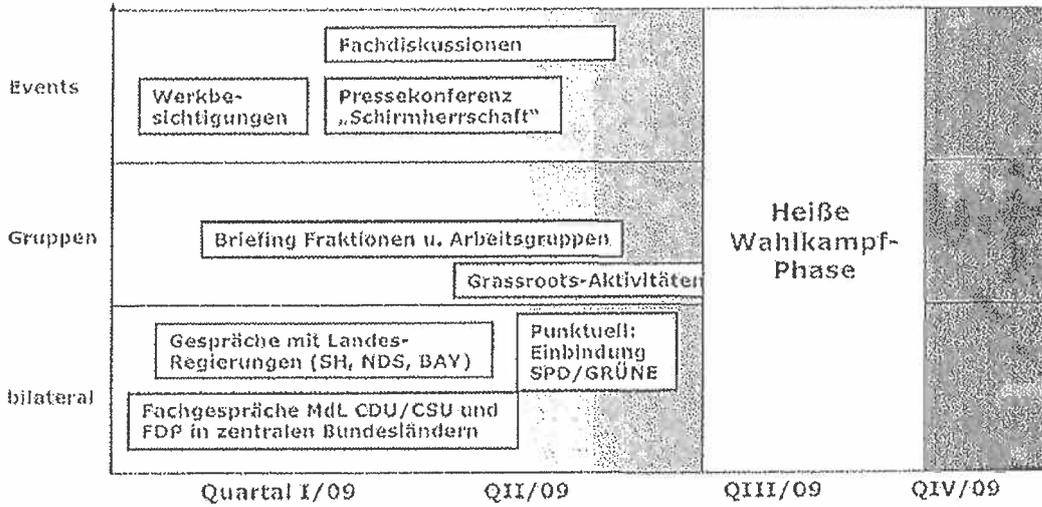
Interne PA-Aktivitäten



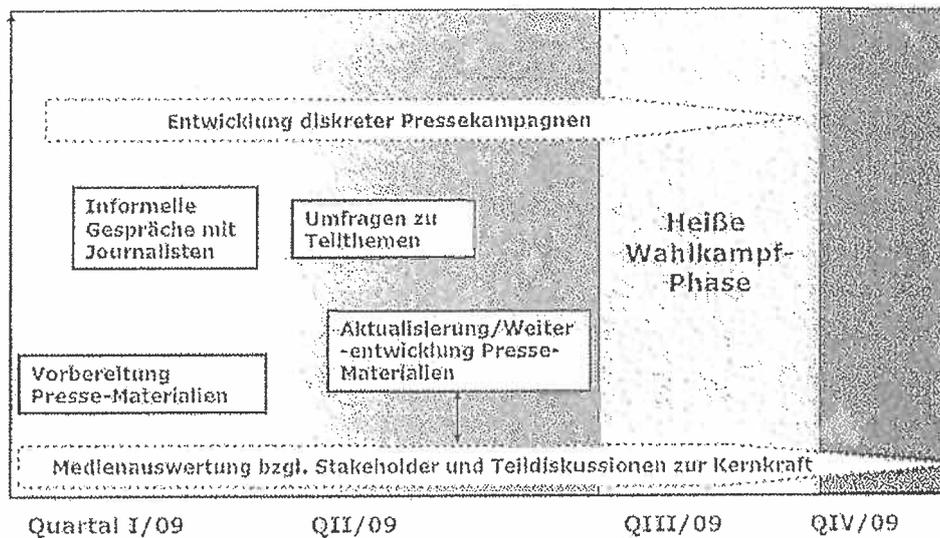
PA-Aktivitäten auf Bundes-Ebene (Auswahl)



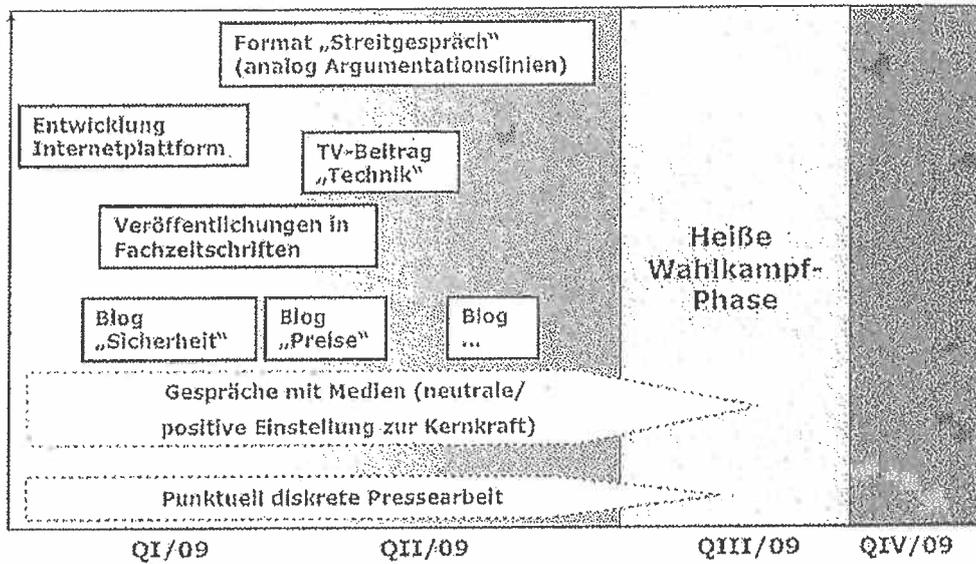
PA-Aktivitäten auf Landes- und kommun. Ebene (Auswahl)



PR-Aktivitäten intern



PR-Aktivitäten überregional



PR-Aktivitäten regional

